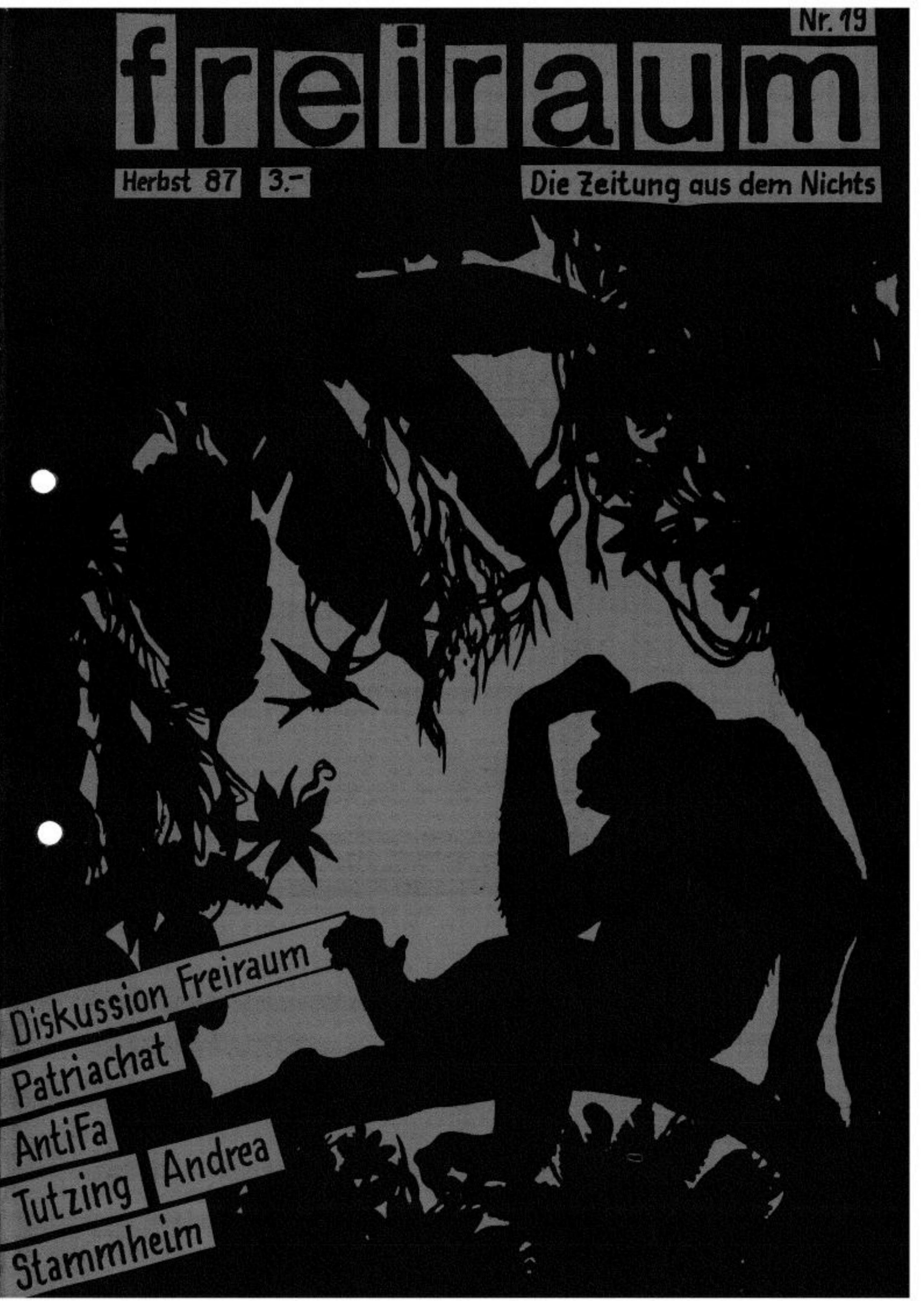
freiraum

Nr. 19

Herbst 87 3.-

Die Zeitung aus dem Nichts



Diskussion Freiraum
Patriachat
AntiFa
Tutzing
Andrea
Stammheim

FREIRAUM
ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Herbst 87, Nr. 19

Auf ein Neues

Zum ersten Mal seit langem ist es uns gelungen, einen unserer guten Vorsätze einzuhalten. Deshalb haltet ihr jetzt schon nach "nur" 2½ Monaten einen neuen FREIRAUM in Händen - auch ein Zeichen von Wiederbelebung in der Szene. Besonders gut finden wir, daß uns diesmal vergleichsweise viele Diskussionsartikel und Beiträge aus München erreicht haben. Allerdings sollte es nicht zur Gewohnheit werden, ellenlange Teile in letzter Sekunde anzubringen, das führt für uns zu überflüsssigem Streß.

Da wir auf einen etwa 2-monatigen Erscheinungsrhythmus hinarbeiten, haben wir den Seitenumfang diesmal reduziert. Wenn das nächste Mal wieder mehr Material da ist, werden wir auch wieder dicker.

Hier ein Wort (vor allem) an unsere Wiederverkäufer: Wenn wir öfter erscheinen, brauchen wir auch mehr Kohle. Wir haben keine Lust, schon wieder ständig jede Ausgabe vorzufinanzieren, während wir von euch noch ca. 1500 Märker kriegen. Vor allem die, die mehrere Ausgaben einstecken und nie was bezahlen im Vertrauen auf unsere Unfähigkeit, es einzufordern, sind unsolidarische Arsche. Deshalb haben wir auch die Zahlungsbedingungen geändert:

Wer innerhalb von 2 Monaten seine Rechnung nicht bezahlt, fliegt aus der Kartei - ohne Ausnahmen.

Wir hoffen, daß damit unsere Verluste endlich mal eingedämmt werden. Gleichzeitig weisen wir noch mal daraufhin, daß wir aus (hoffentlich!!!!) verständlichen Gründen kein Konto haben. Es ist also völlig zwecklos, uns ständig wieder danach zu fragen. Schickt das Geld an die Postlagerkarte - wenn nötig eben mehrere kleinere Beträge.

Zum Schluß noch einige Worte zu den Texten, die wir diesmal nicht reingenommen haben:

- Erklärung der Roten Zora zu Adler, weil sie bereits in der Augustnummer der AKTION abgedruckt war
- Zusammenstellung der Anarchistischen Zellen von verschiedenen ihrer Erklärungen, da die dazugehörenden Ausführungen unserer Meinung nach nichts Neues reinbringen
- Demonstrationsaufruf der Indianerkommune, da die Demo bei unserem Erscheinen bereits vorbei ist

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
W.Herzog
Ulmer Str.45
8900 Augsburg

Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Herausgebers wieder.
Eigendruck im Selbstverlag.
Anschrift:
Postlagerkarte Nr. 073396 A, 8000 München 34

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt wurde. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bezugsbedingungen:
Abonnement:
6 Nummern kosten 20,- DM
nur gegen Vorkasse
Wiederverkäufer:
2,30 pro Stück
auf Rechnung, mit Rückgaberecht

Die Rechnung ist innerhalb 2 Monaten zu bezahlen, sonst erfolgt Löschung aus der Kartei und bei schweren Fällen direkte Aktion.

Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten Freiabos.

Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1,- DM folgende Ausgaben angefordert werden:

Nr. 5,6,7,8,10,13,15,16,18

Von folgenden Ausgaben existieren nur noch wenige Exemplare bzw. nur Fotokopien, sie kosten deshalb 3,- DM:

Nr. 0,1,2,3,4,9,11,12,17

Lieferung nur gegen Vorkasse.

MYTHOS FREIRAUM ..?

Fortsetzung Mit brille

Es lebt sich offenbar schwer als Linker in diesem traurigen Land, die Realität ist nur schwer zu ertragen. Da erfindet mensch schon lieber seine Mythen, um überwintern zu können. Auch der freiraum scheint seinen speziellen Mythos geschaffen zu haben: verfolgt, gehetzt - aber tapfer und unbeugsam erscheint er immer weiter. Das Fähnlein der sieben Aufrechten... Der folgende Leserbrief soll also am Mythos "freiraum" kratzen, denn unsere Zeitungen sind viel zu wichtig, um sie sich selbst überlassen zu können.

Entstanden zu Zeiten der Anarchistischen Föderation Südbayern (AFS) wurde der freiraum schon bald Opfer der bayerischen Verhältnisse: beschlagnahmt, verboten. In ihrem blinden Um-sich-schlagen schafften es Polizei und Staatsanwaltschaft aber dem freiraum genau das Maß an Kriminalisierung zukommen zu lassen, daß er zu seinem Aufstieg vom AFS-Blatt zur bundesweit beachteten Autonomenzeitung brauchte: nie wurde er unbeachtet, einfach links liegen gelassen; nie wurden die Autoren so weit kriminalisiert, daß der freiraum sein Erscheinen einstellen mußte. Der Ruf von der verfolgten Zeitung blieb - ohne substantielle Gefahr.

So flossen durch den zunehmenden Bekanntheitsgrad bald die bundesweiten Artikel - und hier vornehmlich die illegalen (z.B. Erklärungen), denn mit der zunehmenden Kriminalisierung glaubten Leser und Redaktion offenbar, daß eine kriminalisierte Zeitung auch "kriminelle" Beiträge enthalten müsse. Der Abdruck von "Herschlägen" hat durchaus seine Berechtigung, beim freiraum scheinen die Erklärungen oft aber nicht aus inhaltlichen Gründen ausgewählt zu sein, sondern aus der puren Lust an der Provokation des Staatsanwalts. Oder warum druckt ihr trotz der Ankündigung, die Briefe zukünftig auszuwählen auch noch die plattesten Erklärungen im "Hau zu, schlag drauf"-Stil (in Nr. 18 z.B. Erklärungen zu Anschlägen auf Hochtief und Heitkamp) ab?

Nach der Auflösung der AFS blieb die AAU (Anarchistische Arbeiter Union). Was die AAU ist - abgesehen davon, daß sie gelegentlich unter Demoaufrufen steht- und ob die AAU tatsächlich - wie zumindest der bayerische Verfassungsschutzbericht behauptet- den freiraum herausgibt, habt ihr immer im unklaren gelassen. Der freiraum sollte klären, ob er hier nicht mit Scheinorganisationen Politik betreibt - und wer dabei mehr verarscht wird, die Bullen/Verfassungsschutz oder die eigenen Leute.

Wie dem auch sei, mittlerweile ist bereits die 18. freiraum-Ausgabe erschienen. Eine bemerkenswerte Kontinuität in unserer schnellebigen Szene - aber auch eine Kontinuität gewisser Fehler.

Als da wären:

Zunächst muß man die schlichte Feststellung machen, daß die Redaktion kaum redaktionelle Arbeit macht. Im großen und ganzen ist der freiraum die beste Münchner Sammlung aller aktuellen Fluggis, im Gegensatz zum "Info-Dienst" löblicherweise gebündelt, nicht als Lose-Blatt-Sammlung. Hier liegt auch das entscheidende Manko: da die Redaktion unwillig, vielleicht auch unfähig ist, Hintergrundberichte zu schreiben, zu recherchieren, aktuelle Ereignisse in einen geschichtlichen Zusammenhang zu stellen, kann der freiraum nicht über das Bewußtsein von aktuellen Papieren hinausgehen. Heute BOBS, morgen AWO in Laim. Gestern ist Hausbesetzung out, heute brennt Freiburg. Revolten entstehen und vergehen - der freiraum immer im Mittelpunkt? Es ist doch kein Zufall, daß die wichtigsten Diskussionsartikel dieses Jahres -z.B. die Kritik im "schwarzen Faden" oder der Beitrag zu den "Libertären Tagen" eben nicht im freiraum abgedruckt wurden. Nicht einmal eine Aufarbeitung der derzeitigen Perspektivdiskussion geschieht.

Die Entstehung von plötzlichen Revolten wie am 1. Mai in Berlin oder die Tatsache, daß Leute monatelang ein Thema (z.B. VoBo) beackern, daß sie ein halbes Jahr später als abgehakt betrachten, hat doch Ursachen und Folgen. Schlimm ist nicht nur, daß durch diese Revoltenpolitik jegliche Kontinuität und Perspektive auf der Strecke bleiben; schlimmer noch sind die Opfer am Rande, von denen niemand mehr was wissen will. Die Gefangenen von Tutzing, Augsburg, Neumarkt, Berlin sind out, ebenso wie die vielen, die sich aus welchen Gründen auch immer wieder in ihr Privatleben zurückgezogen haben. Wer Straßenschlachten und Anschläge propagiert und die Opfer dann sich selbst überläßt, handelt in hohem Maße verantwortungslos. Diese Revoltenpolitik ist auch dadurch gekennzeichnet, daß viele Autonome heute mehr über die spanische Revolution wissen als z.B. über die Autonomia in Italien oder auch nur die Geschichte der Anti-Akw-Bewegung.

Aber auch wenn euer Selbstverständnis nicht über eine Flugblattsammlung hinausgeht, ist dies doch kein Grund einfach ALLE Flugblätter abzudrucken, ohne nach inhaltlichen Kriterien auszuwählen. So stehen bei euch Szeneflugis kommentarlos neben Bürgerflugis (z.B. Rangierbahnhof, WAA-Herbstaktionen) Bürgerflugis sind doch völlig ungeeignet einen für uns wichtigen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, da sie lediglich uns längst bekannte Verhältnisse beschreiben. Mal davon abgesehen, daß es einfach traurig ist, nach all den Zerwürfnissen beispielsweise um die WAA-Herbstaktionen nur das Aufrufflugblatt zu lesen, nachdem der freiraum in der vorherigen Ausgabe noch gegen den KB Stimmung gemacht und damit zu den Streitereien beigetragen hat.

Politische Plattheiten entstammen aber nicht nur den Bürgerflugis, sie sind in nahezu jedem Beitrag vorhanden: Da ist der "antifaschistische Kampf ein wichtiger Teilaspekt im Kampf gegen das kapitalistische System" (DVU-Artikel), und bekanntlich sind "nicht die, die sich dagegen wehren, sondern das System menschenverachtend" (zu Freiburg), die "Freiheit hat einen Preis" - nämlich die "Revolution" ("Gerhard Linner") und im Vergewaltigungsartikel schreibt frau "erste Thesen zu Imperialismus und Patriarchat" und stellt fest, daß "um eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu erreichen, der Kampf gegen den Imperialismus mit dem Kampf gegen das Patriarchat verknüpft werden muß" - na, wer hätte das gedacht. Das sind keine willkürlich herausgegriffenen Zitate, sondern zentrale Aspekte oder gar die Quintessenz eines ganzen Artikels. Ist diese Phrasendrescherei der Rosenkranz des Autonomen: morgens, mittags, abends - wenns uns dreckig geht doppelt so oft?

Ihr wollt keine "Zeitung für Illegales" sein - ja, was denn dann?

- "Zeitung für München": erstens passiert nicht genug und zweitens gibt es da den Spion, der zwar auch alles druckt, aber wenigstens ein klar umrissenes Aufgabenfeld hat.
- "Guerilla und Bekennerbrief-Zeitung" - da gibt es schon den Knipselkrant.
- "Anti-Atom-Zeitung" - zu spezialisiert, gibt es schon die atom und die RadiAktiv.
- "Knastzeitung" - s.o., gibt es schon Haberfeld u.a.
- "Zeitung für Anarcho-Kultur" - gibt es schon den Schwarzen Faden.
- "Anarchistische Zeitung" - gibt es schon die "Aktion" und außerdem habt ihr euch ja nie eine eigene Position gegenüber den Antiimps erarbeitet.

Man macht also nun eine bunte Mischung aus allem: ein bißchen München, ein bißchen Ausland, etwas Anti-Atom, etwas Knast, etwas Anarchismus etwas viel Bekennerbriefe - nur die Kultur lassen wir weg, weil die brauchen wir im Kampf ja eh nicht...(was sich zum Beispiel auch an der Einfalt der Titelbilder zeigt)...mit anderen Worten: der Versuch, eine kleine "radikal" zu werden. Nur dumm, daß die "große" radikal von Zeit zu Zeit noch erscheint...

Stellt sich zusammenfassend die Problematik: es gibt weder eine "Marktlücke" für den freiraum noch ein erkennbares Bestreben der Redaktion, ihm eine Bestimmung zu geben. Folge: die Zeitung wird zum Zufallsprodukt, gedruckt wird, was halt so kommt - und damit ist sie eben ein gutes Spiegelbild großer Teile der autonomen Sze.

Kann Entmythologisierung letzten Endes auch heißen, den Mythos "freiraum" aufzugeben? Unsere Politik krankt auch daran, daß vieles nebeneinanderherläuft und dadurch Kraft verschwendet wird. In den vergangenen Monaten gab es ja einige Versuche die vielen Zeitungen der militanten Linken zusammenzuführen. Die Entstehung der "Unzertrennlich" oder die Mediendiskussion auf den "Libertären Tagen" sind Ausdruck dieser Entwicklung. Aus der letzteren habt ihr euch nun bedaulicherweise mit der lapidaren Begründung, es sei euch zu gefährlich geworden, ausgeklinkt. Obwohl es nicht ungefährlich ist, sichert ihr doch euer Erscheinen und den Vertrieb ab. Wieso soll es dann nicht gehen, die Teilnahme an einer Perspektivdiskussion zu organisieren? Weshalb bleibt ihr in der Ecke "Zeitung für Illegales", in die ihr doch angeblich nicht gesteckt werden wollt?

Und dann ist da noch die "radikal" - sicherlich ein Mythos für sich. Trotzdem bleibt sie aber die umfassendste Zeitung und wenn noch ein paar selbstkritische Papers wie die berühmten "Libertären Tagen"-Artikel dazukommen, trotz aller Widersprüchlichkeiten die beste. Das scheint aber auch daran zu liegen, daß -zumindest soweit ich es überblicke- die radikal eine breitere Verankerung in der Szene besitzt und sie sich eher aus einem Diskussionsprozeß heraus entwickelt als der freiraum.

Was der radi aber nach wie vor fehlt sind Beiträge aus dem süddeutschen Raum - z.B. über die Situation in Wackersdorf, über die DVU in Passau etc. Vielleicht ist ja das ein Betätigungsfeld für die freiraum-Redaktion: Eine bundesweite Zeitung zu unterstützen, die quasi ein Markenzeichen unsere Politik wird und stark genug ist sich gegen die Repression behaupten zu können.

Ich möchte meinen Beitrag nicht als ultima ratio verstanden wissen. Sicher ist aber in diesem Jahr der relativer Ruhe, wo durch überfällige Bestandsaufnahmen vielleicht der Grundstein dafür gelegt wird, daß es endlich wieder Spaß macht, als Linker in diesem elenden Land zu leben, auch eine radikale Diskussion über unsere Zeitungen angebracht.

In eurer letzten Ausgabe habt ihr einen kritischen Leserbrief abgedruckt, ihn ansonsten aber ignoriert. Diese Masche, einen "liberalen" Eindruck zu schinden, solltet ihr der taz überlassen. Die freiraum-Redaktion wird ausdrücklich gebeten, sich an der Diskussion über ihre Zeitung zu beteiligen.

Anmerkungen der RedakteurInnen

1.) Die "Redaktion" in dem Sinne einer tatsächlichen Redaktion gibt es nicht. Durch die staatliche Repression, die zu Anfang zwar eher harmlos war, wo aber ab ca. Nr. 12 versucht wurde und wird die Zeitung tatsächlich zu vernichten u.a. durch ständige 129-a Verfahren und der Vernichtung der offenen Strukturen in München, gibt es nur noch einen kleinen Kreis von Personen, die für Satz, Layout, Druck und Vertrieb zuständig sind.

2.) Als AnarchistInnen lehnen wir Machtstrukturen ab, der Staat zwingt uns durch Repression teilweise aber oft in solche hinein. Konspirativität ist nötig, bedeutet aber auch Abschottung und Strukturen ohne Basis und Rückkopplung. Deshalb wollen und können diese wenigen Personen nicht Inhalt, Zweckbestimmung etc. dieser Zeitung festlegen. Wir wollen kein ZK, daß die Linie festlegt. Eine "anarchistische" Zeitung hat offen zu sein für alle AnarchistInnen und andere sozialrevolutionäre Gruppierungen.

3.) "Der FREIRAUM" gibt nur einige Vorgaben, was in etwa hineinkommen kann, steckt nur einen groben Rahmen ab. Wie es schon in der Nullnummer (Februar 1984) hieß: "Jetzt seid Ihr dran!" Wollt ihr eine freie Gesellschaft und wollt ihr auf den Weg dahin schon unter Euch damit anfangen, oder braucht ihr eine Zeitung, die für Euch das Denken und recherchieren übernimmt? Soweit wir in irgendwelchen Sachen drin stecken, kommen auch aus der "Redaktion" eigene Artikel, aber nicht als Redaktionsartikel gekennzeichnet, sondern als Artikel unter all den anderen.

4.) Wir finden es erbärmlich, aus den Briefen eines Gefangenen einen Satz herauszugreifen und so zu tun, daß praktisch nichts relevantes drin stehen würde. Genosse, ließ die zwei Seiten doch wirklich einmal, und nimm nicht irgendeinen Satz heraus, der Dir zufällig ins Auge sticht, wohl weil es einer am Ende eines der Briefe war! Und zum Patriachatsartikel, wenn diese Diskussion momentan in der ganzen Bewegung läuft, kann wohl nicht alles selbstverständlich sein, leider.

5.) Klar ist, nicht alles ist gut, was im FREIRAUM steht, doch er ist eben ein Spiegelbild von UNS ALLEN. Wir haben keinen Bock, überwiegend abgehobene theoretische Diskussionen zu führen, wie der Schwarze Faden u.a.

6.) Den VS-Bericht zu Spekulationen heranzuziehen, finden wir bescheuert! Der FREIRAUM hat mit der AAU nichts zu tun, dies ist ein Konstrukt unserer Gegner.

7.) Dann noch: In der vorletzten Nummer gab es eine kritische Einschätzung zu bestimmten Anschlägen, der wir uns im Kommentar (kommt selten vor) anschloßen, während der Produktion passierte dann die Tutzinger Sache. Also mal zu spät. Aber bereits früher gab es in der Nummer 5, in der Nummer 8 und in der Nummer 11 Diskussionsartikel zur Gewaltfrage, ...das Papier von Errico Malatesta, einen kritischen Leserbrief anläßlich der militanten Offensive beim Hungerstreik 1984/85 und viel Kritik nach dem RAF-Anschlag auf die Air-Base in Frankfurt. Und daß viele Leute im Knast einfach hängen gelassen werden, liegt an der ganzen Bewegung. Wir haben versucht, über die Situation in verschiedenen Knästen zu berichten,haben eigentlich immer viel zur staatlichen Repression gebracht, wie Haidausen-Prozeßberichte etc.

8.) Zur Radikal, erstens sind wir froh, daß sie weiter erscheint, kritisieren aber den langen Zwischenraum und die Unklarheit über die Situation nach dem Auffliegen von 80 Widerverkäufern. Zweitens, die Strukturen der Radikal betrachten wir keinesfalls als gesichert, wir sehen auch wenig Kontinuität und viele offene Fragen bei der Radikal, mal Anti-Imp-Mäßig, dann ein Radikal-Info (also ein völlig neues Konzept), dann wieder autonom/anarchistisch. Wenn sich da was klärt, würden wir eine Zusammenarbeit von RADIKAL und FREIRAUM befürworten. Eine einzige Zeitung, die über militante Aktionen berichtet und Erklärung abdruckt, halten wir allerdings völlig für Quatsch, wir brauchen viele Standbeine, nicht nur eines, wenn der Staat noch mehr versuchen sollte, unsere Kommunikationsstrukturen zu zerschlagen.

9.) Nachdem nun alle "Klarheiten" beseitigt sind, fordern wir alle LeserInnen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Für den FREIRAUM verantwortlich sind WIR ALLE, wir alle sind MitarbeiterInnen.

Die RedakteurInnen

Leserbrief zum Leserbrief aus Sommer-Freiraum 87

Ich bin alt, zwischen 60 und 70 und will son langweiligen Ton nur auf kurze Strecken halten:

Wenn Zeus grollt, dann blitzts. Wenn's Volk grollt, blitzt und donnert's wohl auch zwischen anderem.

Mach, was DU denkst. Ich blitze auch nicht. Ob feig, ob unfähig, ob "Analyse" -- hinterher wird Petrus mir sagen, was ich hätte tun sollen. So genau wissen wir's alle nicht, daß aus unserer Entscheidung immer gleich eine gebietsabdeckende Weisheit werden muß.

Der Ton soll wohl anmeiern, aber er tut's wohl doch nicht.

Ursula

Freiraum – Sommer 87 – Leserbrief

Emotions- und Aktionsschreiben -> eine Antwort

Anarchist ist er – gerade noch entziffert – mit der Scene nicht einverstanden – ich auch nicht. Was lese ich da – analysieren heißt lat. auseinanderhalten?

Er hält sich nicht dran, schlabbert süffisant drauf los. Nicht daß ich nicht auch schockiert verfolge, wie Anarchisten, um revolutionär was zu forcieren, anfangen immer enger mit den historisch abgefuckten K-Orgs zu clinchen.

Sollte jemals Revol kommen, dann lesen wir bereits 1920 was Lenin zu A. SOUCHY gesagt hat. "In der ersten Phase der Revolution sind die Anarchisten nützlich, ja von unschätzbarem Wert. Wenn sie aber in der zweiten Phase die revoltuionäre Staatsmacht (mir wird schon schlecht...) nicht respektieren, müssen sie als Konterrevolutionäre betrachtet werden..."

Die Tscheka wütete ... gegen ... Syndikalisten + Anarchisten, die auf dem Boden der Revolution standen. Für diese Entwicklung trug Lenin die Hauptverantwortung. (A. Souchy in 'Vorsicht Anarchist') Nein Danke – einmal Geschichte reicht!

Die andere Variante ist, wenn Autonome keinen Unterschied zwischen militanter und militärischer Strategie machen, von Partei reden und sogar vom autonomen ZK und sich permanent der nur systemimmanent fixierten Roten Armee!!F anschleimen.

Schlimm für mensch, der anarchistisch-autonomem Spektrum angehört und raus will aus der Scheißgeschichte, hinein in die ChAos-UtOpiE oder sowas ähnlichem.

Jetzt die neueste Variante: Anarchistische Wurzeltheorie von der gewaltfreien Biologie des gesunden Widerstands – Stein, mittlerer Größe – gerade noch, Strommasten 1988 bitte nicht mehr so viele, aber Bomben – nein, niemals!

Knast – auf keinen Fall ohne Vorbereitungsgruppe, weil in einem geordneten Widerstand bei Kleinbürgers 'ne saubere Linie gefahren werden muß.

Es ist zum Kotzen, wieviel Variationen von Blödheit es inzwischen im Widerstand gibt.

In der Physik heißts – je größer der elektrische Widerstand eines Leiters ist, um so schlechter leitet er den elektrischen Strom. Widerstand relativiert also Fließgleichgewichte. Und wenn phys. Aktion = Reaktion ist, dann heißt das für den Widerstand, daß er stets in seiner Stärke der Stärke der Unterdrückung entsprechen muß. Jede Faselei von Gewaltfreiheit ist in diesem Zusammenhang eben Anpassung an den Unterdrücker, hat systemstabilisierende Wirkung, Widerstand gleich O. Fragt sich mensch, ist diese Unterdrückung, nach Faschismus und KZ's lückenlos weiterunterdrückt, überhaupt noch steigerbar? Ein Haufen ausgerasteter Geisteskranker wollen uns was von Ordnung und Recht zwangsfaseln?

Da ist es doch nur mehr als verständlich, daß wenn ich mit dem Restfunken meines Hirns kapiert habe, was hier läuft, ich um mich schlage wie wild, mit allem was mir in die Finger kommt. Vielleicht nicht sehr intelligent, sagen die Theoretiker und die Durchblicker wissen, daß aufgrund dialektischer Zusammenhänge, die Rumhauer leider in den Fängen der Unterdrücker hängen bleiben, wenn sie nicht intelligenter sind als diese Geisteskranken.

Nein, darüber diskutiert man nicht, aber darüber wie wenig Bücher die Autonomen gelesen haben und selbst die Anarchisten hängen am Scheiß-Marx wie am neurotischen Schnuller, anstatt was Adäquates zu entwickeln aus unserer heutigen Praxis heraus. Hat sogar Engels selbst mal gesagt – die Leute nach uns werden sich nicht drum kümmern, was Leute wie wir vorgedacht haben sie werden sich ihre eigene Situation schaffen. – Denkste.

Weiß überhaupt jemand, wie so ein Vorstandstyp in den Etagen der Industrie auf so eine Aktion + Brief reagiert? Weiß jemand wie's die "Öffentlichkeit", "Bürgis" oder Masse findet, wenn so ein Bekennerbrief mal zufällig nicht nur in der eigene Scene, sondern auch in den Briefkästen der Städter + Ländler landen würde. Wäre keine schlechte Möglichkeit auch mal so abzufassen, daß die Ungeheuerlichkeit der Gewaltschraube Staat erkennbar wird und Minimalansatz / Sprengsatz seinen adäquaten Stellenwert in diesem Kotzsystem bekommt. Industrieverbrechern ihre eigene Statistik um die Ohren zu hauen und auf Bürgis moralisch einzuwirken, ist vielleicht ein Einstieg. Auf Dauer muß beiden Seiten klar werden, wie jeder auf seine Weise sich gegenseitig stabilisiert, damit die Gewalt bleibt und bleibt ... und uns soll keiner erzählen können, sie hätten nichts gewußt.

Dann kommen wir vielleicht zum nächsten Punkt, daß unsere Aktionen in Zukunft uns was bringen müssen. Adäquate Bezugssysteme schaffen, die den Staat kippen mit dem ganzen Spektrum, was phantasievolles als direkte Aktion, wo der Nikolaus den Tresor räumt, damit wieder mal Kohle ins Haus kommt.

Die Verbissenheit der Scene auf ihre auserwählten Projekte + Autoritäten Eindruck zu machen, scheint bißchen Relikt zu sein, es bei mammi + pappi nicht ganz geschafft zu haben.

In den Rest dieses Lebens muß endlich beides rein, nicht nur sich gegen die herrschende Gewalt zu wehren, sondern auch sowas wie Liebe + Phantasie zu leben.

Unvollständig + spontan $A = mc^3$

(Ob das Fest tatsächlich stattfinden konnte und ob die Rede gehalten wurde, wußten wir bei der Erstellung dieser Zeitung noch nicht)

Liebe Leute,

wie ihr ja vielleicht schon mitgekriegt habt, findet dieses Konzert hier nicht nur statt, um sich Musik reinzuziehen, sondern auch um endlich mal Geld in den Rechtshilfefond des FREIRAUM zu bekommen. Viele von euch werden zwar wissen, was der FREIRAUM ist, aber wohl nicht die Entwicklung verfolgt haben. Außerdem hoffen wir, auch einige Menschen erreicht zu haben, die nicht in unserer Scene sind. Deshalb möchten wir euch jetzt einiges zur Entstehung, Entwicklung und Perspektiven dieser Zeitung darlegen.

Im Dezember 1983 wurde hier in München die Anarchistische Föderation Südbayern (AFSB) gegründet, die allerdings recht bald wieder in der Versenkung verschwand. Im Rahmen dieser Föderation bildete sich ein Zeitungskollektiv, das ein "Kommunikations- und Diskussionsforum für alle libertären Gruppen und Individuen Südbayerns und alle anarchistischen Strömungen" aufbauen wollte (s. Nullnummer). Die Nullnummer des FREIRAUM erschien dann bereits im Januar 1984. Ziel war eine legale Zeitung, in der die Inhalte nicht von einer zentralen abgehobenen Redaktion bestimmt werden, sondern von den Aktionen und Diskussionen der verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen. Deshalb gab es auch anfangs öffentliche Redaktionstreffen.

Es stellte sich bald heraus, daß trotz häufiger personeller Wechsel die Zeitungsgruppe die einzige kontinuierliche Arbeitsgruppe der Föderation blieb und diese letztendlich auch überlebte. Möglicherweise trugen zu dieser (für die anarchistisch-autonomen Szene) überraschenden Kontinuität auch die Aktionen des Staatsapparates bei, die nach einer Phase der Beobachtung begannen, die verschiedenen Ausgaben mit eher lächerlichen Begründungen zu verbieten.

Mit steigendem Bekanntheitsgrad und zunehmender Erfahrung der Beteiligten erhöhten sich auch die Ansprüche an Form und vor allem Inhalt. Ansatzweise wurde versucht, den einzelnen Ausgaben einen thematischen Schwerpunkt zuzuordnen. Gleichzeitig öffnete sich die Zeitung auch für andere Spektren der revolutionären Bewegung. Ab Anfang 1985 war der "Herausgeber" nicht mehr die AFSB, die Zeitung bekam teilweise ein neues Gesicht, in der Redaktion gab es erhebliche personelle Veränderungen. Dies bedeutete u.a., daß ab der Nr. 8 Anfang 1985 des öfteren Erklärungen zu Direkten Aktionen abgedruckt wurden. Das KOnzept der Zeitung war (und ist) u.a. aus dem gesamten Spektrum des Widerstands zu berichten. Wegen der daraufhin einsetzenden rigoroseren Maßnahmen der Justiz verlagerte sich die Zeitung immer mehr in die Illegalität. Bezüglich eines abgedruckten Bekennerbriefes zum Anti-WAA-Widerstand in der Nr.9 gab es (2 Monate nach Erscheinen) bundesweit 10 Hausdurchsuchungen, darunter drei Druckereien. Für den im Impressum angegebenen Herausgeber Fred St. gab es einen Haftbefehl. Dies war ein konkreter Versuch, die gesamte Struktur der Zeitung aufzudecken und zu zerschlagen. Die meisten der 10 Ermittlungsverfahren wurden dann allerdings nach ein bis zwei Jahren eingestellt. Ab der Nr. 12 wurde jede Ausgabe (soweit wir wissen) wegen § 129a (Werbung für terroristische Vereinigung) verboten. Da es den Bullen bisher nicht gelang, die Hersteller zu erwischen, halten sie sich in letzter Zeit verstärkt an öffentliche Verkaufsstellen (v.a. Buchläden). In einem der Prozeße gegen drei Münchner Buchläden sprach der Staatsanwalt von einer "Zeitung aus dem Nichts". Die Staatsanwaltschaft verlangte von den Buchläden eine "Vorzensur", d.h. auch wenn es noch keinen Beschlagnahmebeschluß gäbe, müßten die Geschäftsführer den strafbaren Inhalt der Zeitung erkennen und die Zeitung aus dem Verkauf nehmen. In München haben sie es leider geschafft, den offenen Verkauf so gut wie lahmzulegen. Damit ist es ihnen weitgehend gelungen, unsere Versuche, anarchistische, autonome und antiimperialistische Diskussionsprozesse bzw. Praxis in einem weiteren Spektrum zu verbreiten, zu unterbinden. Natürlich betrifft diese Repression nicht nur uns, sondern alle Publikationen, die sich mit revolutionärer Politik auseinandersetzen, wie z.B. Radikal, s'Blättle, Knipselkrant, diverse Stadtzeitungen. Ziel ihrer Maßnahmen ist es, unsere gemeinsamen Entwicklungsansätze und -prozesse zu verhindern und damit den Hauptzweck antistaatlicher und revolutionärer Zeitungen zu sabotieren.

Auch aus dieser Situation heraus haben wir uns entschlossen, dieses Konzert zu veranstalten und damit unsere Isolation ein Stück weit zu durchbrechen. Durch eine breitere Verankerung wollen wir versuchen, das weitere Erscheinen zu sicher und aus dem Szene-Ghetto herauszukommen. Dazu finden wir es unheimlich wichtig, daß sich die aktuellen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Zeitung (verständlich) wiederfinden. Wir sehen uns jedoch nicht in der Lage, zu allen wichtigen Themen eigene Artikel zu verfassen, mal ganz davon abgesehen, daß das nicht unser Ansatzpunkt ist. Wir sind gegen hierarchische Strukturen, und damit auch gegen eine Zentrale, die den Inhalt einer anarchistischen Zeitung bestimmt. Dadurch fehlen öfters sicherlich wichtige Themen und der Inhalt wird eher nach dem, was gerade rein kommt, bestimmt. In Zukunft wollen wir jedoch (wieder mal) versuchen, inhaltliche Schwerpunkte zu bilden, mehr nach Qualität auszusuchen und vor allem wieder öfter zu erscheinen. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn ihr aufhört, den FREIRAUM lediglich zu konsumieren, sondern ihn als gemeinsames Projekt begreift und entsprechend unterstützt. An dieser Stelle können wir allerdings sagen, daß sich hier bereits einiges gebessert hat, was ihr auch an der Herbstnummer seht.

Die Diskussionen um eine revolutionäre bundesweite Monats- bzw. Wochenzeitung halten wir für sehr wichtig. Das Entstehen einer derartigen Publikation, die wirklich freie und umfassende Berichterstattung zuläßt, wär uns ein Anlaß, den FREIRAUM wegen Überflüssigkeit sterben zu lassen. So weit sind wir allerdings noch lange nicht. Eine unzensierte bundesweite anarchistische Wochenzeitung halten wir allerdings bei dem derzeitigen Stand der Bewegung und dem derzeitigen Stand der Repression nicht für durchsetzbar. Mit anderen erscheinenden Zeitungen wollen wir übrigens keine Konkurrenz, sondern Zusammenarbeit und Koordinierung. Momentan denken wir nicht daran, aufzuhören, da wir auch noch nicht unter akutem Lustmangel leiden.

Bis zur nächsten FREIRAUM-Fete

Am 18. September fand vor dem 4. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt der 2 Prozeß wegen Verbreitung der Zeitschrift RADIKAL 132 statt. Wurde im ersten Prozeß im Mai noch ein angeblicher Handverkäufer zu 8 Monaten auf 4 Jahre (!) Bewährung vom selben Senat verurteilt, so stand hier schon nach 4 Stunden das Urteil fest: Freispruch! Wir haben den Prozeß besucht und wollen über die jüngste Entwicklung zur neuen RADIKAL 133 berichten.

RADIKAL Nr. 133

FREISPRUCH im 2. RADIKAL-Prozeß

Freitagmorgen, 9.00 Uhr. Vor dem OLG in Frankfurt stehen ca. 90 Leute. Der Zugang zum Prozeß ist auf einen Seiteneingang verlegt worden. Hier kommt man/frau nur einzeln, durch eine Schleuse in's Gebäude, dann in den Keller, Einzelkabine, Durchsuchung, Sachen abgeben. Nur so gelangt man/frau in den Zuhörerraum im 1. Stock. Dieser ist durch eine 3 Meter hohe Trennscheibe vom Gerichtssaal abgetrennt. Man fühlt sich an TerroristInnenprozesse erinnert. Doch heute sind die Grenzen weit vorverlagert worden. Der Prozeß beginnt mit Verlesung der Anklagepunkte. Dann ist die Verteidigung dran. Sie zweifelt grundsätzlich die Verfassungsmäßigkeit der § 129 a, 90 etc. an. Eingehend auf die RADIKAL, vertreten sie die Meinung, daß sie sich auch kritisch mit der RAF auseinandersetzt. Als Beispiel führen sie eine Diskussion über den Genickschuß an dem US- Soldaten in der RADIKAL an. Die angeklagten Frauen äußern sich selbst nicht während des Prozesses. Sie geben auch keine Prozeßerklärung ab.
Dann werden durch die Richter mehrere Textstellen aus der RADIKAL 132 verlesen. Es ist für ZuhörerInnen schon eine groteske Situation, eine vollständige „Bastelanleitung" von dieser Seite vorgelesen zu bekommen. Als nächstes werden als Zeugen zwei Beamte des politischen Kommissariats Gießen vernommen, die die Durchsuchung im Buchladen „Kleine Freiheit" vornahmen. Sie sagen aus, daß ihnen 5 Exemplare der RADIKAL 132 nach Vorlage des Durchsuchungsbeschlusses und der Nachfrage nach dieser Nummer ausgehändigt werden. Die befanden sich in einem Schiebeschrank in der Buchhandlung. Daraufin verzichteten sie auf eine weitere Durchsuchung. Auf der vom BKA beschlagnahmten Paketkarte waren aber 15 Exemplare vermerkt. Der Beamte konnte nicht ausschließen, daß sich die restlichen 10 Expl. auf der durch die Schiebetür verdeckten Seite des Schrankes befanden, die er nicht einsehen konnte. Auf die Frage, ob sie den Buchladen und die Buchhändlerinnen kennen, sagten sie: *„Ja, da guckt man ab und zu mal rein"*. Nach der Vernehmung dieser Zeugen folgte eine kurze Prozeßpause. Anschließend nahm der Prozeß einen überraschenden Verlauf. Der Staatsanwalt verzichtete auf weitere Zeugen. Die Verteidigung auch. Der Staatsanwalt begann mit seinem Plädoyer. Als erstes bedauerte er, daß die Angeklagten keine Einlassungen gegenüber dem Gericht gemacht hätten (wie 7 von 10 anderen Buchläden). Dies hätte es der Staatsanwaltschaft sicher leichter gemacht. Zur Ermordung von Siemens-Manager Beckurts vertrat er die Meinung, daß dies damals durch alle Medien gegangen sei. Und selbstverständlich sei es durch das Grundrecht auf Informationsfreiheit richtig und notwendig, daß Erklärungen zu solchen Taten vollständig abgedruckt würden. Diese Aussage überraschte die ZuhörerInnen doch sehr. Was allerdings auf keinen Fall sein dürfte, wären *„Schähmaufrufe die der RAF nützten"*. Damit meinte er die Grußadresse in der RADIKAL 132 an das Kommando, das Beckurts umbrachte. Danach kam er zu der Frage, ob die Angeklagten Kenntnis vom Inhalt der RADIKAL 132 hatten. Dabei vertrat er die Auffassung das *„Die Sicherheit, die erforderlich ist, nicht gegeben ist"*. Deshalb beantragte er zur Überraschung aller Freispruch, was unter den ZuhörerInnen spontanen Beifall auslöste. Die Verteidigung schloß sich in ihrem Plädoyer, wie schon zu Beginn der Verhandlung, dieser Forderung an. Nach einer nur 30minütigen Pause erfolgte das Urteil:Freispruch aus tatsächlichen Gründen. Der Senat sei nicht in der Lage gewesen, den Nachweis zu erbringen, ob der Inhalt der RADIKAL 132 den Angeklagten bekannt gewesen sei und ob die fehlenden 10 Exemplare sich vielleicht doch noch im Laden befunden hätten. Auch hier Beifall von den ZuhörerInnen.

RADIKAL 133

Daß Polizei und Staatsanwaltschaft lernfähig sind und sich auf allen erdenklichen Ebenen weiterbilden, konnte man/frau seit dem 5. August sehen. Seit dem ist bundesweit wieder die politische Polizei unterwegs, um die ihr bekannten „Alternativ"läden aufzusuchen. Die Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes haben festgestellt, daß die neue Nummer der RADIKAL 133 auf dem Markt ist, und haben daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen die Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter nach § 129 a StGB eingeleitet sowie die Beschlagnahme angeordnet. Im Unterschied zu dem Vorgehen bei RADIKAL 132, wo in Läden und z.T. in Wohnungen Durchsuchungen stattfanden und gegen die Betroffenen in der Regel Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, geht es jetzt „nur" um die Aushändigung des Beschlagnahmebeschlußes mit der Aufforderung, die vorhandenen Exemplare auszuhändigen. Später eintreffende Exemplare seien sofort der Polizei zu übergeben. Diese neue Vorgehensweise bedeutet zunächst Freundlichkeit und Verzicht auf die übliche Durchsuchungspraxis, ist aber vorsichtig ausgedrückt zweischneidig:
1. Mensch könnte jetzt denken, Justiz- und Strafverfolgungsbehörden haben ihr nicht-rechtsmäßiges Vorgehen bei der Radikal 132 erkannt und begeben sich jetzt zurück auf die korrekte Ebene, indem ersteinmal Mensch darüber aufgeklärt wird, er könne sich strafbar machen, wenn ... Die Erhaltung freiheitlich-demokratischer Spielregeln sei jetzt auch von Justiz und Polizei wieder als notwendig erachtet.
2. Die potentiell Betroffenen könnten sich freuen, da sie nicht mehr juristischen Unsicherheit und Unkenntnis zum Opfer fallen, sondern fürsorglich darauf aufmerksam gemacht werden, was erlaubt sei und was nicht.
3. Wenn die Polizei in dieser Art und Weise flächendeckend vorgeht, dürfte sichergestellt sein, daß niemand mehr in seinen, der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglichen Räumen, diese Nummer offen auslegt. So ist der Verbreitungsgrad der Radikal endgültig auf „informierte Insider" eingeschränkt. Nicht nur die Herstellung, sondern auch die Verbreitung und das Lesen (?) verschwindet in die Illegalität.
4. Sollte diese Praxis Schule machen, wird der öffentliche Austausch über Ideen, Meinungen, Einschätzungen und Praxis, der sich aus den unterschiedlichsten Quellen speißt, endgültig verhindert. Die linken Buchläden können sich endlich nunmehr der marktorientierten Ausrichtung ihrer Sortimente widmen und so durch die hemmungslose Teilnahme am kapitalistischen Warentausch endgültig zur Stütze des Systems werden.
5. Wer sollte denn nicht helfen wollen, bei der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Und wenn Mensch so freundlich gebeten wird, doch mit der Polizei zusammen zuarbeiten, erspart er/sie sich viel Ärger – wenn die inkriminierten Schriften und alle, die dazugehören könnten, gleich bei den Behörden abgegeben werden – und den Beamten viel Aufwand.
6. Auch gestaltet sich so der Kontakt zwischen Polizei und Szene viel enger als das gewöhnlich durch Gummiknüppel möglich ist. Die Anwesenheit der politischen Polizei zu einem Bestandteil der Existenz. Die Herren vom K 14 schauen dann halt alle zwei Wochen nach, ob noch alles in Ordnung ist und geben freundliche Tips zur Gefahrenvermeidung. Freund und Feind vermischen sich bei Plauderei. Und natürlich hält sich die Staatsgewalt bei den Uneinsichtigen den sofortigen Zugriff offen – aber, das nur unter uns.

im august und september sind zum ersten mal massiv hunderte zeitungen der knipselkrant auf dem postweg abgefangen worden. wir finden das nicht toll. sie greifen eine struktur an, die sich nach langer zeit um de knipselkrant entwickelt und gefestigt hat. mit blindwütig die zeitung zu beschlagnahmen werden die schweine nicht sehr weit kommen. die beschlagnahme soll einschüchtern und so im wesentlichen erreichen,

daß die zeitung auf eine politische clique oder scene zurückgeworfen wird. wir stellen die zeitung zwar zusammen, aber auf den weg bis ihr sie in den händen haltet, haben wir nur begrenzten einfluß, daß heißt es hängt von jedem und jeder einzelnen ab, inwiefern die bullen bei dieser und folgenden aktionen erfolg haben.

wir wissen, daß die operativen counter insurgency maßnahmen international koordiniert und auch ausgeführt werden. eines der meist deutlichsten beispiele sind die vorfälle im september/oktober 1986.
anfang september wurde ein redakteur der knipselkrant vom bnd in die brd gelockt, die bullen versuchten ihm einige guerillaaktionen in die schuhe zu schieben, um ihn damit unter druck zu setzen und so eine kooperation abzuzwingen. mitte september wurden in paris verschiedene genossen festgenommen und gleichermaßen unter druck gesetzt. im falle von weigerung würden sie, so wie auch der bnd gedroht hatte, physisch erledigt werden'. in der selben zeit tauchten in der brd die sogenannten 1 million briefe auf, mit dem selben ziel: verrat. wir wissen, daß es eine koordinierte operation von bnd, bvd, mossad, dst war. wir wissen auch, daß der französische polizeiinfiltrant und anwalt mazurier hierbei eine wichtige rolle gespielt hat. der besuch von einer internationalen delegation an syrien im juli/august 1986, ist vom mossad/dst gefilmt und abgehört worden. bei der rückkehr in westeuropa machten die bullen sie, nachdem die aktionen der c.a begonnen hatten, hierfür logistisch verantwortlich.
wir gehen davon aus, daß es auch den bullen klar ist, oder daß sie wenigstens vermuten, daß menschen, die wissen wofür sie kämpfen, die eine idee von befreiung haben, daß sie die - uns - mit ihrem schmutzigen geld nicht kaufen können. trotzdem versuchen sie es. das ist auch nur ein gipfel des eisbergs, was sich hier abzeichnet kennen wir aus spanien, frankreich und irland, wo paramilitärische einheiten revolutionäre/militante zum verrat versuchen zu zwingen und/oder einfach töten. das sie die knipselkrant und einen ihrer redakteure für eine mögliche neue guerillakampagne in belgien verantwortlich machen, paßt genau in dieses konzept. auf allen niveaus setzen die bullen ihre arbeit fort. wir wissen, daß die bullen kürzlich an einen genossen herangetreten sind, mit dem versuch die internationale redaktion der knipselkrant, ihre genaue arbeitsweise und struktur aufzudecken. auch die plumpe 24 stunden observation eines genossens, provozierend 3 bullenautos vor der wohnung parken, die mit zur fabrik fahren und ruhig warten bis der genosse wieder nach hause geht, ist uns bekannt. diese intimidierung, das gefühl vermitteln zu wollen von 'paß auf, wir sind immer da, alles was du tust ist uns bekannt', wird ihnen kein resultat bringen.

Anmerkung der Redaktion:
Die Mitteilung der Knipselkrant haben wir um etwa 50 % gekürzt, wir haben versucht, die wesentlichsten Punkte herauszunehmen. Trotzdem ist die Mitteilung immer noch zusehr ein Rundumschlag, besteht die Unklarheit, was genau passiert ist, weiter. Fest steht, daß offensichtlich die ganze Post in Richtung BRD abgefangen wurde. Statt Klarheit zu schaffen, wird mit etwas schräger Argumentation behauptet: "Wir stellen die Zeitung zwar zusammen, aber auf dem Weg bis ihr sie in den Händen haltet, haben wir nur begrenzten Einfluß, das heißt, es hängt von jedem und jeder einzelnen ab, inwiefern die Bullen bei dieser und folgenden Aktionen Erfolg haben." Soweit uns was neues zu dieser Sache zugeht, werden wir es veröffentlichen.

wir sind imstande die ganze kontra-propaganda des feindes, die aus der sogenannten mobilisierung der meinung der weltöffentlichkeit besteht, zu widerstehen. wir sind imstande die wirkliche meinung der weltöffentlichkeit hören zu lassen, die stimme der unterdrückten völker der welt.

die knipselkrant wird oft nur als eine zeitschrift angesehen, die texte von bewaffneten gruppen veröffentlicht. dies ist jedoch nur eine dimension des projekts aber nicht das ganze projekt. die knipselkrant ist ein element, ein werkzeug für das konstituieren eines ganzen politischen courants, einer politischen organisation.
der kampf hat erst begonnen!!
es ist kein zufall, daß nach jahrelangen einschüchterungsversuchen jetzt der vertrieb der zeitung so massiv durch den staatsschutz angegriffen wird, dieser jahrelange dorn im auge des bullenapparats soll nun endgültig verschwinden. trotz diesen schwierigkeiten, um weiterhin zu erscheinen, haben wir uns strukturen geschaffen, die es uns ermöglichen die inhalte, die wir wollen, zu transportieren.
die knipselkrant ist nicht justizlabel, weil der staat des kapitals als die reaktionäre seite des widerspruchs gezwungen ist, uns, die knipselkrant, in der entwicklung der sozialen krise exemplarisch als die möglichkeit und die aktualität einer revolutionären entwicklung zu verfolgen. notwendig in den kategorien des kriegs, denn die guerilla und die artikulation ihrer politik in der knipselkrant, diese politische strategie ist teil des weltweiten antiimperialistischen befreiungskriegs, der die krise in den metropolen determiniert.
wir fragen alle unsere genossen und genossinnen, zu vermitteln was die wahrheit der kommunistischen guerilla, des antiimperialistischen widerstands ist und sein wird, die wahrheit des kampfes der verdammten der erde um ihr leben.
wir fragen alle leute, die heute kämpfen, die notwendige kommunikation i.b.a. revolutionäre politik fort zu setzen. wir wissen, daß das schon geschieht.
wir wiederholen: nicht sich drehen und winden unter den schlägen des gegners heulen, winseln und entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint; wie viele tun. **wiederhauen muß man, für jeden feindlichen hieb zwei, drei zurück.**

an wem liegt es, wenn die unterdrückung bleibt? an uns.
an wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? ebenfalls an uns!
wer zu hause bleibt, wenn der kampf beginnt und läßt andere kämpfen für seine sache, der muß sich vorsehen: denn wer den kampf nicht geteilt hat, der wird teilen in der niederlage.

MITTEILUNG DER KNIPSELKRANT

AUS DER TRAUM, REIN INS HAUS! Hausbesetzung in Essen!!

Am Samstag, den 18.7.87 sind wir in das Haus des städtischen Verkehrsbetriebes EVAG in der Altendorfer Str. 537 eingezogen und erklären es damit für besetzt.

Wir haben die Schnauze voll von der systematischen Zerstörung unserer Lebensräume durch:

- Wegsanierung billigen Wohnraums
- Kürzungen im sozialen Bereich (Arbeitsloseninis, Jugendhaus)
- Streichungen bei selbstverwalteten Projekten wie der Zeche Carl in Altenessen oder der Werkstatt in Steele
- Vernichtung unkommerzieller Treffpunkte wie z.B. der Wiese

Dieser Kahlschlagpolitik werden wir nicht mehr widerstandslos zusehen!

Laßt uns mit unserer Besetzung nicht nur billigen Wohnraum erhalten und andere Lebensbedingungen für uns schaffen, sondern auch ein selbstverwaltetes Zentrum aufbauen und erhalten gegen den Zerfall der sozialen/politischen Zusammenhänge!

Kommt nicht nur zur Besetzungsfete am Sonntag, sondern erscheint oft, zahlreich und mit vielen guten Ideen bzw. auch mit Materialien!

Bevor wir auf die Hausbesetzung eingehen, ist es notwendig, daß einleitend etwas zur Situation in Essen gesagt wird. Politischer Widerstand in Essen ist im Zuge eines Strukturwandels der Stadt innerhalb der letzten Jahre zerstört worden, viele von uns haben resigniert und/oder sind in die Metropolen abewandert. Das heißt, daß politischer Widerstand in Essen z.Zt. sehr schwach und unterentwickelt ist, Strukturen ziemlich kaputt sind. Dieser Zustand ist zum einen der staatlichen Planungsstrategie zuzuschreiben, für die die Stadt Essen eines der besten Beispiele darstellt, zum anderen natürlich unserer Unfähigkeit, den schleichenden Umwandlungsprozeß von der ehemaligen Arbeiterstadt hin zu einer Verwaltungsmetropole in vollem Umfang zu erkennen, einzuschätzen und diesem etwas entgegenzusetzen.

Die Zersiedlung und Auflösung von Arbeitervierteln mit eigener Infrastruktur, Schließung ruhrpottypischer Industriezweige, welche Abwanderung bzw. Verarmung der Arbeiterfamilien zur Folge hatte, Kommerzialisierung oder Auflösung von Szenekneipen, Vernichtung unserer nicht-kommerziellen Treffpunkte, die natürlich nicht in das von den Stadtplanern gewünschte Bild paßten, das alles waren planungsstrategische Schritte, die - wenn überaupt- nur vereinzelt/punktuell als solche erkannt wurden. Insofern wurden viele Möglichkeiten, sich an punktuell motivierten, innerstädtischen Auseinandersetzungen zu beteiligen und diese weiterzuentwickeln, ausgelassen. Seit drei Jahren versuchen wir in Essen, die zersplitterten Strukturen neu zu organisieren, kontinuierliche Diskussionen zu führen und der Ohnmacht in der Vereinzelung entgegenzuwirken. Die Besetzung des Hauses Altendorfer Str. 537, das den städtischen Verkehrsbetrieben EVAG, also quasi der Stadt gehörte, war ein erneuter Schritt zur Weiterentwicklung autonomer Perspektiven in Essen. In einer Zeit verschärfter Repression ((un)Sicherheitsgesetze, Volksquälung, Kriminalisierungswellen, usw...) verstehen wir die Besetzung als Aktion, an der deutlich wird, daß wir nicht so leicht einzuschüchtern bzw. bereit und in der Lage sind, den Kampf weiterzuführen.

Auch in einer Stadt, in der autonome Zusammenhänge kaum entwickelt sind. Nachdem in Essen die Hemmschwelle, eine Besetzung durchführen zu können, überwunden ist und der fehlende Freiraum, der lange Zeit von vielen beklagt und als Entschuldigung für die Kaputtheit der politischen Strukturen in Essen genannt worden ist, existiert, können wir nun den zweiten Schritt tun, d.h. den erkämpften Freiraum mit unseren politischen Inhalten füllen. Wir, die Besetzer/innen, fordern euch (alle Essener/innen) auf, sich an den Diskussionen über das Infoladen-Cafe-Konzept zu beteiligen und eigene Ideen/Vorstellungen miteinzubringen, denn wir wollen nicht über die Köpfe von anderen hinweg eine Richtung vorgeben oder ein Konzept erarbeiten, dessen Angebote nur noch konsumiert werden müssen.

Neben der Diskussion über unterschiedliche Widerstandskonzepte oder themenbezogene, inhaltliche Erarbeitung von eigenen Positionen stehen für uns (als Vorschlag) folgende Diskussionsprozesse, die Kontinuität erlern, an:

- Finden und verwirklichen der eigenen politischen Identität
- Entwicklung von Selbstvertrauen in kollektiven Zusammenhängen gegen die zermürbende, aktionshemmende Unsicherheit in der Vereinzelung
- Überdenken bisheriger Wertmaßstäbe in Bezug auf die Realisierung und Konkretisierung politischer Identität (Selbstkritik!)
- Erarbeitung eigener Positionen zu bereits laufenden Diskussionen (z.B. Radikalinfo, Vergewaltigung, ...) in Essen
- Realistische Einschätzung des Repressionsapparates und sich daraus entwickelnde Widerstandsformen

Die Besetzer/innen aus dem Infoladen-

Duisburg

Am 15.9.87 durchsuchte das 14. K Duisburg in Zusammenarbeit mit dem Raubdezernat und gut einem Dutzend Bereitschaftsbullen eine Wohnung von Genossen aus dem Widerstand.

Vorwand für die Durchsuchung war eine mehrere Monate zurückliegende Diebstahlsanzeige. Der dafür vom Amtsgericht Du-Hamborn ausgestellte Durchsuchungsbeschluß existierte schon seit zwei Monaten. Dadurch wird klar, daß die Schweine sich jeden "Grund" nehmen, um ihren Ausnahmezustand gegen uns juristisch zu rechtfertigen. Das 14. K nutzte die Gelegenheit um festzustellen - was wird gelesen, was wird geschrieben - was und wie wird diskutiert. Dies war die fünfte Hausdurchsuchung in dieser Wohnung seit der Verhaftung von Norbert, Thomas und Bärbel im August 86.

Beschlagnahmt wurde eine Radikal (Aug. Nr!), die letzte Hau Ruck und ein Einladungsschreiben zu einem Treffen zur Prozeßvorbereitung des Prozesses der 4 Duisburger Gefangenen. Der anwesende Genosse wurde anschließend zur ED-Mißhandlung mitgenommen, obwohl schon zweimal vorher seine Prints und seine Fotos festgehalten wurden.

Sie wollen durch die permanenten Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Zeugenvorladungen, ED-Behandlungen und offene Observationen ein Klima der Verunsicherung schaffen, indem wir uns mehr Gedanken über ihren ganzen Staatsschutzterror machen, anstatt weiter an unserem Ziel einer klassenlosen, HERRschaftsfreien Gesellschaft orientiert - zusammen mit den gefangenen GenossInnen Perspektiven für den gemeinsamen revolutionären Kampf zu entwickeln.
Sie werden ihr Ziel nicht erreichen!

Venceremos

Flammende Grüße an die politischen Gefangenen in den NATO KZ's

Zusammenlegung der revolutionären Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen

Zu den Zeugenvorladungen:

Am 29.9 um 9:45 hat der erste der Leute, die Vorladungen bekommen haben, seinen Termin. (Der Genosse kommt auch aus Duisburg) Die Vorladung stützt sich formal-juristisch auf die Beschlagnahmung eines Stadtplanausschnittes von Bonn während einer Hausdurchsuchung nach der Verhaftung von N., T. & B.

Neueste Entwicklungen beim Rangierbahnhof

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Berlin hat gezeigt, daß sich der Rangierbahnhof allein auf rechtlichem Weg nicht verhindern läßt. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, daß das Bundesverfassungsgericht dessen Entscheidung aufheben wird. Wirklich verhindern kann dieses menschenverachtende, profitorientierte und naturzerstörende Projekt letztendlich nur der massive Widerstand von Münchner Bürgerinnen und Bürgern.

Als konsequente Naturschützer wenden wir uns gegen die Politik des Bund Naturschutzes, die sich darauf beschränkt, Natur zu betrachten, statt sich aktiv an ihrer Rettung zu beteiligen. Im Gegensatz zu einigen betroffenen Mitgliedern versucht der Münchner Vorstand alles, um die Bürgerbewegung in ihrer aktiven und inhaltlichen Arbeit zu behindern, z.B. versuchte Zensur der Rede unserer Sprecherin bei der Kundgebung am 22.5.87 aufgrund politischer Differenzen, Verweigerung der Tonbandprotokolle der einzelnen Reden, Diskriminierung von den Waldspaziergängen. Derartige Störmanöver führen nur zu einer Spaltung des Widerstands.

Eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadt München kommt für uns erst in Frage, wenn sie ihr geplantes Siedlungs- und Gewerbeprojekt aufgibt und konsequent und solidarisch mit allen Gruppierungen gegen den Rangierbahnhof kämpft. Es kann für uns keine Ersatzlösung wie IGA oder Gewerbeprojekt geben. Wir wollen die Gegend als das Naherholungsgebiet erhalten, als das es innerhalb der letzten 40 Jahre unbeeinflußt gewachsen ist.

Unser wichtigstes Ziel dabei ist es den Widerstand vor Ort voranzutreiben.

In einer Studie aus dem Jahr 1978 wird der Bildungsstand der Menschen im Münchner Norden als unterdurchschnittlich gering angesehen. Es wird also davon ausgegangen, daß diese Leute aufgrund mangelnder Intelligenz und politischer Bildung unfähig sind, einem Projekt wie dem Rangierbahnhof ernstzunehmenden Widerstand entgegenzusetzen.

Mit unseren Aktionen wollen wir der Deutschen Bundesbahn das Gegenteil beweisen. Jeden Sonntag finden Spaziergänge auf dem Baugelände statt. Treffpunkt ist jeweils um 15 Uhr an der S-Bahnstation Fasanerie. Für den 00.00. um 20.00 Uhr ist eine Veranstaltung im "Alten Wirt" in Moosach geplant. Vor kurzem wurde eine Plakataktion zum Thema Rangierbahnhof durchgeführt. Weitere Aktionen wie eine Demonstration, ein Film und ein Fest vor Ort sind in Vorbereitung. Noch ein Wort zur Bürgerbewegung: Mit dem Zusammenschluß von betroffenen Bürgern/innen, Grünen, Mitgliedern der SPD, des Bund Naturschutz, der Schutz- und Klagegemeinschaft, der Aktionsgemeinschaft "Rettet den Münchner Norden", Autonomen, Anarchist/inn/en und einigen K-Gruppen wollen wir einen machtvollen, SOLIDARISCHEN und phantasiereichen Widerstand gegen die Profitsucht der Deutschen Bundesbahn organisieren, die ihr Projekt gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen will und dabei die Zerstörung eines einzigartigen ökologischen Systems in Kauf nimmt. Wir wollen gemeinsam mit ALLEN Gegnern dieses Projektes kämpfen, ob sie nun in Parteien sitzen oder nichtorganisiert sind. Wir können es nicht zulassen, daß -aus welchen Gründen auch immer- der Widerstand gespalten wird.

LIBERTÄRE AMEISEN

BUNDESWEHR
und
BUNDESBAHN

DB

seit Jahren
PARTNER
im
MILITÄRVERKEHR

Bundesbahndirektion MÜNCHEN

ERKLÄRUNG

Am Montag, den 27. Juli 1987 hat die Kriminalpolizei eine Operation gegen patriotische Kurden in Köln durchgeführt. Dabei wurden Wohnungen von Sympathisanten und Mitarbeitern der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) von bewaffneten und spezialausgerüsteten Einheiten der Polizei überfallen und durchsucht. Diverse Schriften, interne Schriftmaterialien und eine hohe Summe an Geld und Schmuck, das unserem Komitee gehört, wurden beschlagnahmt. Die Operation wurde von der Abteilung K 14 (Staatsschutz) der Polizei geleitet. Drei vorläufig festgenommene Patrioten mußten kurze Zeit später wieder freigelassen werden. Den Ablauf der Razzien schilderte die ERNK in ihrer Presseerklärung vom 30. Juli 1987 wie folgt: "Die Polizisten, die mit Spezialhelmen und kugelsicheren Westen die Wohnungen von Mitarbeitern und Sympathisanten überfielen, schnitten die Türen der Wohnungen auf und fielen über unsere Freunde, die schliefen her ... nachdem man vorher über sie herfiel, auf sie sprang und mit Handschellen festband, am Boden schleifte und mit Stiefeln trat."

Neben verschiedenen Schriftmaterialien wurden auch insgesamt 456.845 DM, 209.530 Schweizer Franken und 2000 FF, sowie 152 Stück diverse Wertgegenstände wie Goldmünzen, goldene Armringe, Halsketten, Ohrringe, Uhren usw. im Wert von mehreren hunderttausend DM beschlagnahmt. Dieses Geld und die Wertgegenstände gehören unserem Komitee und wurden aus Spenden von patriotischen Kurden gesammelt. Dieses Geld und die Wertgegenstände sollten am Montag nach Frankreich in die Zentrale unserer Komitees gebracht werden. Es handelt sich um materielle Hilfe für politische Gefangene, deren Angehörige und Anwälte, die unser Komitee in der Türkei und in Kurdistan in dieser Form unterstützt, was es sich in seinen Statuten zur Aufgabe gemacht hat.

Die Hintergründe sind leicht durchschaubar, wie bekannt ist, wurde vor einigen Wochen vom Innenministerium eine angebliche "Anti-Terror-Kampagne" gegen patriotische Kurden und ihre Organisationen angekündigt. Dabei ist offen, daß die Kampagne auf Wunsch der türkischen Regierung geschieht, die das schon seit längerem fordert. Deswegen wurden den patriotischen kurdischen Kräften immer wieder verschiedene inszenierte Komplotte vorgeworfen. Mit dieser Operation bezwecken die bundesdeutschen Behörden den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes, gemäß ihren Interessen in der Region, zu verhindern. Die beschlagnahmten Materialien, die nichts beinhalten, was gegen die Bundesgesetze verstößt, nützen den hiesigen Behörden nichts, dafür aber umso mehr der türkischen Regierung, weil es sich u.a. um Kontaktadressen in der Türkei und Kurdistan handelt.

Weiterhin haben wir aus sicheren Quellen erfahren, daß hinter der Operation nicht nur der Verfassungsschutz steht, sondern direkt der MAD (Militärische Abschirmdienst) und der BND (Bundesnachrichtendienst). Diese Tatsache(!) allein zeigt, um welche Dimensionen es sich bei dieser Operation handelt. Wir fordern die sofortige Zurückgabe der beschlagnahmten Materialien und des Geldes. Wir rufen alle dazu auf, beim Innenministerium und der Polizei zu protestieren. Schafft Öffentlichkeit, nur die kann uns schützen, die Polizei hat Nachrichtensperre verhängt. Wir können euch weitere Informationen per Telefon mitteilen, deswegen ruft an. Spendet zur Deckung der Kosten und des entstandenen Schadens.

Kurdistan Komitees in Frankreich, BRD, Schweiz, Niederlande, Griechenland, Belgien, Österreich, Dänemark
Köln, den 31. Juli 1987

Bankverbindung: P. Lucke, BfG Köln, Konto 2139149900 (BLZ: 37010111)

Anmerkungen zur Patriarchatsdiskussion

Hier soll notwendige Kritik an der bisherigen Art der Patriarchatsdiskussion in autonomen und antifaschistischen Zusammenhängen angebracht werden, daran anschließend werden einige Gedanken zur Weiterführung der Diskussion selbst kurz angerissen.

a) Es ist (nicht erst jetzt) richtig, daß eine antipatriarchale Diskussion geführt werden muß, doch diese Diskussion sollte auch in engem Zusammenhang mit teilweise autoritären Strukturen bei uns selbst gesehen werden. Macker-Funktionen werden bezeichnenderweise in den allermeisten Fällen von Typen eingenommen. Wenn es aber nur um die Typen geht, dann geht der Ansatz der Diskussion nicht weit genug. Wenn die antipatriarchale Diskussion also nur um die Rollen FRAU/MANN geht, dann ist das zuwenig. Das soll nicht heißen, daß in konkreten Fällen, wo Frauen in unseren Strukturen unterdrückt werden, an diesem Punkt nicht anzusetzen sei. Nur, dies ist nicht der einzige Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. In der Geschichte gab es wechselweise Gesellschaften mit patriarchalen und matriarchalen Strukturen. Wenn wir gegen patriarchale Strukturen in dieser Gesellschaft und unter uns selbst kämpfen, ist das ein erster Schritt. Klar, daß es nicht nur gegen Kapitalismus und Imperialismus geht, Patriarchat ist kein Nebenwiederspruch, gab es Patriarchat doch auch vor dem Kapitalismus. Doch wenn wir die Scheiße in unseren Strukturen allein am Patriarchat festmachen wollen, so ist das ein verhängnisvoller Fehler. Es geht gegen jede Autorität, nicht nur gegen die Ausmerzung einer Form davon. Das fehlt mir einfach. In der anarchistischen Forderung nach einer HERRschaftslosen Gesellschaft ist (eigentlich) der antipatriarchale Kampf integraler, unverzichtbarer Bestandteil, dies jetzt zu trennen, ist ein bedenklicher Fehler. Angesichts bestimmter Vorfälle in einzelnen Städten scheint zwar tatsächlich eine Patriarchatsdiskussion notwendig, obwohl eigentlich für Anarchist/innen/en und Autonome (seltsam, daß es keine weibliche Form von AutonomER gibt!) der Kampf gegen das Patriarchat selbstverständlich sein müßte. Bedenklich ist es, wenn Frauen und Männer nichts mehr zusammen machen sollen, wie es einige autonome Frauen bei einer Diskussion angedroht hatten. Klar ist, daß eigene Frauengruppen etc. nötig sind, doch grundsätzlich zu erwägen, mit allen Männern nichts mehr zusammen zu machen, wird zum Bummerang. So was ist reine schwarz/weiß-Malerei. So kann keine HERRschaftsfreie Gesellschaft erkämpft werden, so können lediglich bestimmte Strukturen verändert werden, mehr nicht. Es gilt, in gemischten (Basis)Gruppen Patriarchat und jede Form von Autorität zu bekämpfen. An diesem und an anderen Punkten läuft die Revolution in uns und unter uns selbst. "In unseren Herzen wächst eine neue Welt" (B. Durruti).

b) Soweit wir es mitgekriegt haben, hat in Norddeutschland die Patriarchatsdiskussion teilweise zu Ausschlüssen einzelner Gruppen aus verschiedenen Zusammenhängen geführt. Sippenhaftmäßig sollen dann vor allem in Antifa-Zusammenhängen sogar noch Gruppen ausgeschlossen worden sein, die mit den bereits Ausgeschlossenen noch was zu tun hatten. In Süddeutschland jedenfalls wurden Gruppen massiv zur Rede gestellt, die eine "Patriarchatsdiskussion" noch nicht bzw. nicht jetzt auf die Reihe gebracht hatten. Bei einzelnen Diskussionen war zu beobachten, daß Typen ganz offensichtlich sich nicht das zu sagen trauten, was sie dachten, sondern das sagten, was Mehrheitsmeinung zu sein schien. Dies war auch so beabsichtigt, hieß es sinngemäß doch, daß "Männer ohne Kontrolle von Frauen nicht über Patriarchat diskutieren dürften". Wer mal rausgehen wollte, um eine Weile abzuschalten oder einfach am späten Abend müde war und in den Schlafsack wollte, wurde mindestens schief angesehen. Mensch und einzelne Gruppen kamen sich teilweise wie vor einem Tribunal vor, wo es zudem noch unfair zuging: Gegenargumente wurden gerne mißverstanden, vieles wurde für nicht glaubhaft gehalten oder der Sinn wurde einfach entstellt und dies dann für neue Vorhalte hergenommen. Über Leute, die in einzelnen Punkten widersprachen, andere Thesen hatten etc. laufen nun hinter ihrem Rücken seltsame Gerüchte etc. In HERRschaftsfreien Umgangsformen unter uns selbst keine Spur, ja das Gegenteil war der Fall. Genossinnen und Genossen, so geht es nicht! Es ist zwar nötig, ein wenig zu powern, um eine überfällige Diskussion anzuleiern, aber zu glauben, innerhalb von Monaten eine bestimmte Diskussion in unseren Zusammenhängen durchzusetzen und zu Ende zu bringen, ist widersinnig. Wir sind ja in der Regel auch nicht nur mit uns selbst beschäftigt, stehen in den einzelnen Städten auf einem unterschiedlichen Diskussionsstand usw. Und ein Diskussionsprozeß unter uns selbst kann nicht mit Gewalt erreicht werden.

c) Bei Diskussionen in einer süddeutschen Stadt wurde es für richtig befunden, konkret an einigen praktischen Punkten anzufangen:

- Untersuchung, warum in bestimmten Gruppen wenig Frauen sind
- Untersuchung, der internen Gruppenstrukturen, wo sind autoritäre und patriarchale Strukturen vorhanden.

- Untersuchung der personellen Veränderungen in den letzten Jahren, zumeist gibt es viele Aus- und Eintritte, wenig Kontinuität. Vor allem Frauen machen seltener kontinulerlich in Gruppen mit.
- Warum gibt es so viele "Aussteiger/innen", was machen diese Leute danach?
- Ist es für neue Leute leicht, Anschluß an die Gruppe zu finden?
- Vor allem bei überregionalen Strukturen sind viele autoritäre Tendenzen zu beobachten, gibt es keine richtige "Basis" etc.
- Warum gibt es in einzelnen Städten autonome Frauengruppen, warum gibt es sie in anderen Städten wiederum nicht? Gibt es sie wegen "Macker"-Strukturen, oder weil sie eigenständig etwas machen wollen?
- Die "Trennung" vom persönlichen und politischen Bereich muß überwunden werden, die antipatriarchale Diskussion ist da ein guter Ansatz, an dem es weitergehen kann.

Es ist zu hoffen, daß es nach dem "Sommerloch" nicht nur bei diesen Vorsätzen bleibt.

d) In diesem Zusammenhang gibt es noch einen zusätzlichen Gesichtspunkt: Wir alle wollen zumindest dem Anschein nach keine Machtstrukturen bei uns. Gleichzeitig haben wir auch große Ressentiments gegenüber verbindlichen Strukturen. Nur kommen diese dann über die Hintertür wieder rein. Offiziell ist niemand Versammlungsleiter/in, Diskussionsführer/in, Delegierte/r etc., nur einige Besserinformierte, manche Cliquen oder manchmal Wichtigtuer nehmen solche Funktionen dann ein. Es regt sich kein Protest, denn <u>offiziell</u> haben wir diese Strukturen nicht. Besser wäre es, unsere Furcht vor bestimmten organisatorischen Vereinbarungen abzulegen und dann klar ein paar Leute von Fall zu Fall zu bestimmen, die ein Plenum im Auftrag aller vorbereiten, bei bestimmte Aktionen festzulegen, wer bestimmte Verantwortung trägt, Delegierte zu bestimmen und zusammen die Treffs dann vorzubereiten, etc. etc. Funktionen sollten dabei nicht längerfristig festgelegt werden, sondern laufend unter denen durchgewechselt werden, die auch das Vertrauen aller in einem bestimmten Sachbereich haben. So werden patriarchale und autoritäre Strukturen nämlich leichter eingedämmt, die Gruppenstruktur ist klar und transparent, ist auch jederzeit veränderbar. Jedes Gruppenmitglied sollte von Zeit zu Zeit Funktionen wahrnehmen. Stattdessen laufen die meisten Entscheidungen nicht durch offene Diskussionen und Absprachen, wird viel ohne Beteiligung der Gruppenmehrheiten entschieden, gibt es einen völligen Kompetenz- und Entscheidungswirrwar. Nur erfahrene oder rücksichtslose Genoss/en/innen können da durchsteigen und sich <u>gegen</u> die anderen durchsetzen. Gerade dadurch werden viele einzelne Meinungen unter den Tisch gekehrt bzw. bleiben gleich darunter. Da sind manche "demokratische" Staatsstrukturen fast noch besser. Wirklich.

"VOLKSFRONT" UND PATRIARCHAT

Bei einem Treffen von AntiimperialistInnen, Autonomen, AnarchistInnen und mehreren Volksfrontmitgliederinnen zwecks der geplanten Stammheim-Demo kam es zu einem neuen Eklat im Rahmen der bundesweiten Patriarchatsdiskussion.

Einige Berliner Frauen verlangten von der "Volksfront" eine Stellungnahme zu der Position der "Volksfront" Hamburg bzgl. des Umgangs mit Vergewaltigern etc.

Gerechterweise muß hier gesagt werden, daß es falsch war, eine Stellungnahme <u>der</u> "Volksfront" allgemein dazu zu fordern, da einige anwesende Mitglieder dazu nicht befugt sind, dazu bedarf es einer Diskussion auf einem Bundeskongress. Für einzelne MitgliederInnen der "Volksfront" Hamburg bzw. für eine Position der Hamburger "Volksfront" insgesamt können nicht andere MitgliederInnen verantwortlich gemacht werden.

Richtig ist allerdings, wenn jemand mit Leuten nichts zu tun haben will, die möglicherweise auch solche Positionen vertreten, wie "Vergewaltigung sei Privatsache" etc., daß sie/er eine persönliche Stellungnahme anderer "Volksfront"-MitgliederInnen (oder auch anderer Anwesender) dazu verlangt. Drei Herren der "Volksfront" bzw. des BWK verweigerten dies strikt. Sie vermuteten, daß dies schlicht ein Mittel sei, sie von dem Treff rauszuschmeißen. Zudem wüßten sie zuwenig über die Sache selber, sie wollten sich nicht zu einer Stellungnahme überzeugen lassen. Wie sie mit der Sache allerdings umgingen, durch ihren Diskussionsstil (einige Peinlichkeiten werden hier ausgelassen) usw. waren sie für das Plenum nicht mehr tragbar. Sie sagten dann auch, daß die "Volksfront" einen ganz anderen Politikansatz vertrete, keine Ansprüche an die RevolutionärInnen selber stelle (sinngemäß). Sie verstanden dieses Treff nur als Bündnistreff. Mehr oder weniger freiwillig verließen sie den Saal. Einige andere "Volksfront"-Mitglieder blieben.

Da es bereits vorher Widersprüche zwischen einem Teil der "Volksfront" und den anderen PlenumsteilnehmerInnen gab, drängt sich der Verdacht auch auf, daß diese Diskussion für einen begründeten Abgang gerade recht kam. Die Zusammenarbeit mit der "Volksfront" dürfte in Zukunft nun schwierig sein. In einigen Städten arbeiten auch einzelne Leute aus Ⓐ-Zusammenhängen in der "Volksfront" mit, sie werden sich nun neu die Frage stellen, ob mensch sich die "Volksfront" als antifaschistische Bündnisorganisation vorstellen kann, in der u.a. mitgearbeitet werden kann oder eben nicht. In einigen Städten, Landesverbänden und auf dem kommenden Bundeskongress wird das Thema auf jeden Fall angesprochen werden.

Vier (Noch)-"Volksfront"-MitgliederInnen

Der Münchner EA zu — wie immer zu spät — Tutzing

- In der Woche vor Ostern 87 führten ein Brandanschlag auf die (De-)Chiffriergerätefirma TST in Tutzing durch Verpuffen von Gasen zu einer Explosion mit einem Schaden von mehreren Millionen DM.

- Die Tage darauf werden 5 Leute festgenommen, dene aufgrund von Geständnissen z.T. fünf weitere Anschläge (u.a. auf Strommasten und S-Bahnen) vorgeworfen wurden. Die Leute sitzen seither, auf verschiedene Knäste verteilt in U-Haft.

- Wir haben versucht rauszubekommen, was genau los war, die Leute zu kontaktieren, und unser Verhältnis zu den Anschlägen, dem Aussageverhalten der Leute und der Strategie von LKA/Innenministerium zu klären. Dabei sind wir auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen:

- Wir haben bisher keinen direkten Kontakt zu den Leuten. (Von 2 der 5 wissen wir inzwischen definitiv, daß sie keinen Kontakt zu uns haben wollen).

Die 5 kommen unseres Wissens nicht aus irgendwelchen, wie-auch-immer gearteten, politischen Zusammenhängen, die sich jetzt um sie kümmern/Kontakt zu ihnen haben. Dadurch beschränt sich die Kontaktmöglichkeit auf die Verwandten (Eltern) und die Anwälte, von denen wir nur einen Teil kennen - und den einen von ihnen, der sonst rechtsradikale verteidigt und Mitglied in einer schlagenden Burschenschaft war, vielleicht noch immer ist, wollen wir auch gar nicht kennenlernen.

Soweit wir wissen, will keiner der Anwälte einen "politischen" Prozeß führen (was auch immer das sein mag). Entsprechend wird ein Kontakt mit der "Szene" als schädlich für die Prozeßführung betrachtet.

Wir erwarten eine Prozeßführung, die der Berichterstattung in den Zeitungen und den Vorstellungen von LKA und Innenministerium entspricht. Überspitzt: Ein etwas durchgeknallter "Rädelsführer", ein mitgezogener Freund, dessen verführte Geliebte und 2 harmlose Mitläufer als Einmaltäter. Deshalb werden auch psychiatrische Gutachten erstellt, die z.B. das "schwierige Elternhaus" unter die Lupe nehmen.

Wir haben in dieser Situation ziemliche Schwierigkeiten mit unserem Selbstverständnis bekommen; d.h. was haben wir als EA mit den Leuten / mit der Sache zu tun? Was können/sollen wir tun?

Anfangs war für uns trotz der Schwierigkeiten mit den S-Bahnanschlägen und dem Aussageverhalten der Leute klar, die sind wie wir ein Teil der Bewegung gegen die WAA. Wir sahen uns in der Verantwortung, den 5 die Möglichkeit einer politischen Auseinandersetzung zu bieten, damit sie die mehrere Jahre Knast einigermaßen überstehen könnten. U.a. auch weil uns an dieser Sache wieder mal aufgestoßen ist, daß eine Diskussion/Auseinandersetzung über Aktionsformen und -inhalten, Verhältnis zu Knast und Justiz, die "Militanzdebatte" in der "Wackersdorf-Szene", wenn überhaupt, dann nicht breit und tiefschürfend genug geführt wurde; d.h. wir wollten unter anderem erstmal die Adressen der Fünf bekanntgeben, um zumindest ein Kontaktaufnehmen und ansatzweises Auseinandersetzen zu ermöglichen.

Nachdem aber immer mehr rüber kommt, daß das garnicht erwünscht ist, stehen wir mittlerweile zwischen dem eine vom Strafmaß her wahrscheinlich "billigere" Prozeßstrategie nicht "stören" zu wollen und dem Wissen, daß ein paar Jahre Knast ohne ihr/sein Zerbrechen überstanden werden kann, wenn mensch weiß wofür.

Dazu ist nochmal zu sagen, daß wir keinen direkten Kontakt zu den Tutzingern haben, und z.T. auch gar nicht versucht haben, Eltern oder Anwälte anzusprechen, da wir keine Möglichkeit sahen, ihnen als fremder bis unerwünschter Teil der "Szene" plausibel zu machen, was wir eigentlich wollen; wo es uns doch selber nicht mehr klar war. Die Fünf per "Rundschreiben" anzusprechen, erschien uns kaum aussichtsreich (zu formal), was durch Erfahrungen aus anderen Städten (Berlin) bestätigt wurde. Um den Leuten direkt zu schreiben, fehlte uns der persönliche Bezug zu ihnen.

Alles was wir wissen ist also aus 2. und 3. Hand; die Informationen widersprechen sich in wesentlichen Punkten, so daß wir definitiv kaum mehr sagen könnten als in den Zeitungen gestanden ist.

Der andere Punkt, warum es so lange gedauert hat bis wir jetzt was vorlegen können ist, daß wir beim Versuch des Aussageverhaltens bzw. die Aktionsformen der Fünf einzuschätzen, ziemlich schnell auf sehr grundsätzliche Probleme gestoßen sind, bei denen wir in langen Diskussionen erhebliche Schwierigkeiten hatten und haben, unsere eigenen Standpunkte klar zu kriegen.

Das was wir bis jetzt leisten können, ist:

- Die Fakts so weit sie uns bekannt sind
- Eine Einschätzung der LKA / Innenministeriums-Strategie
- Unsere Auseinandersetzung mit dem Verhalten und den Aktionen der Tutzinger; soweit wir sie jetzt zu Papier gebracht haben.

Den Fünf wird im einzelnen vorgeworfen:

7.3.86: Rudolf und Mathias hätten bei Aschering im Landkreis Starnberg einen Strommast gefällt. Schaden 40.000 DM.

5.10.86: Rudolf, Mathias und Daniela hätten einen Oberleitungsmast der S6 München- Tutzing gekippt. Schaden 50.000 DM. 1.000.000, diesmal nicht DM sondern Flugblätter, war dieser Anschlag dem Gauleiter wert, weil er so den "menschenverachtenden Terro- nus" der "Strommastumsägerszene" anprangern konnte.

14.10.86: Rudolf, Mathias, Daniela, Peter und Georg hätten einen weiteren Strommast bei Tutzing gefällt. Schaden diesmal: 500.000 DM.

7.3.87: Rudolf hätte im Chemie-Labor des Tutzinger Gymnasiums gezündelt. Schaden: 10.000 DM.

15.3.87: Rudolf und Mathias hätten eine Schienenweiche der S6 gleich hinter dem Starnberger Bahnhof verkeilt, so wäre ein S-Bahnzug beim Verlassen des Bahnhofs aus den Schienen gesprungen. Nur Sachschaden 25.000 DM, keine Verletzten.

13.4.87 um 02:25: Rudolf, Mathias und Daniela hätten bei dem Versuch, das Firmengebäude der Tutzinger TST (Time-Security-Timmann, stellen Dechiffriergeräte u.a. für den BND her) mit Aceton in Brand zu stecken, eine "explosionsartige Verpuffung" herbeigeführt. Schaden: 6-9 Millionen DM.

Um 13:40 am 13.4.87 werden Rudolf, Mathias und Daniela in ihren Wohnungen festgenommen. Alle drei machen Geständnisse bzw. Aussagebestätigungen.

Am Abend des 15.4.87 wird Georg auf Grund der Aussage/n verhaftet.

Am Nachmittag des 16.4.87 stellt sich Peter mit seinem Anwalt freiwillig der Polizei.

Die Anklageschrift ist mittlerweile bei den Anwälten eingetroffen - uns allerdings noch nicht bekannt - „ die Prozesse werden wohl Anfang 1988 beginnen.

Alle 5 sitzen wie bereits gesagt in U-Haft:

Rudolf Gleixner in der JVA Garmisch
Mathias Zillich in Stadelheim
Daniela Nitzinger in Neudeck
Georg Benike in Weilheim
Peter Heinrichs in Landsberg

Zur Strategie von LKA / Innenministerium

- "Ein einmaliger Schlag gegen die Strommastenumsägerszene ohne Beispiel in anderen Bundesländern" (Gauleiter; Innenstaatssekretär)
- "Es ist zum 1. Mal in einem Bundesland gelungen, eine solche terroristisch aktive Gruppe zu zerschlagen" (Trometer, LKA Präsident)
- "Es ist davon auszugehen, daß es sich bei dem Trio um regional tätige autonome Militante handelt" (Tr.)
- "Alle drei waren schon mal in Wackersdorf" (Tr.)

Das waren die Schlagzeilen und wesentlichen Aussagen bei der Bullenpressekonferenz nach der Festnahme von Daniela, Mathias und Rudolph. Die ein halbes Jahr alte SOKO "Energie und Bahn" hatte ihren Fahndungserfolg (natürlich mit geheimen Fahndungsmethoden und der Mithilfe der Bevölkerung); Bayern hatte das erreicht, was andere Bundesländer nicht zusammenbrachten. Es ging ihnen also zuerst darum, die Position der CSU in den Verhandlungen um die Verschärfung des Demonstrationsrechts zu stärken; nach dem Motto "schaut her, so wie wir müßt ihr's machen". Dafür waren die Festgenommenen eine "terroristische Gruppe" und "autonome Militante", sonst wäre es kein so großer "Erfolg" gewesen.

Konträr dazu der weitere Umgang mit den Gefangenen: "Normale" Haftbedingungen, keine 129a, Verhandlung vor der Jugendkammer München.

Wir denken, daß das folgende Gründe hat: Der 129a ist in 1. Linie ein Ermittlungsparagraph. Verurteilungen nach 129a ohne Zusammenhang zur RAF hat es bisher kaum gegeben. (Ein Versuch das auszuweiten ist der jetzt stattfindende Prozeß in Wuppertal).

Bei den Tutzingern gab es nichts zu "ermitteln", weil die Leute eh alles gesagt haben und in Tutzing und Umgebung keine aushorch- oder paralysierbare Szene existiert.

Der Hauptgrund ist also, daß das LKA / Innenministerium erkannt hat, daß die 5 keinen Bruch mit diesem System gemacht hatten/haben (?), also noch zum integrierbaren Teil der Bewegung gehören.

Und genau dem entspricht auch das weitere Vorgehen von LKA/Innenministerium: Kein weiteres großes Aufsehen, völlige Entpolitisierung. Die Leute sollen zwar bestraft, aber nicht vernichtet werden, sondern wieder zu funktionierenden Elementen dieser Gesellschaft gemacht werden.

Die Anwälte steigen auf diese Spaltungsstrategie mit eventuell geringeren Haftstrafen ein.

Soweit wir es wissen, haben vier der Tutzinger volle Geständnisse bei den Verhören abgelegt bzw. sich gegenseitig belastet und Aussagen bestätigt. Es ist erstmal sekundär, ob mensch als erste/r gesteht oder eine Aussage bestätigt - die Tatsache des Aussagens überhaupt ist die gleiche; daß sich die Tutzinger gegenseitig belastet haben ist etwas, woran bei uns lange Diskussionen stattgefunden haben. So können wir es uns nur schlecht bis garnicht vorstellen, daß bei fünf Anschlägen innerhalb eines Jahres nicht die Möglichkeit des Einfahrens und das Verhalten dabei ausführlich besprochen werden.

Scheinbar sind diese Diskussionen überhaupt nicht gelaufen - anders ist gerade die Fremdbelastung kaum vorstellbar.

Ein weiterer Punkt der uns zum Hinterfragen der politischen Motivation der Tutzinger brachte, ergab sich aus den unterschiedlichen Anschlägen.

Inwiefern paßt so ein S-Bahn-Anschlag, der eher an faschistische Terror und staatliche Counteraktionen erinnert, mit dem Fällen von Strommasten zusammen? Die willkürliche und nicht mehr einplanbare Gefährdung von Menschen hat nichts mit einem gezielten Angriff auf den Staat / die Gesellschaftsordnung zu tun.

Eine Überlegung war, ob die Anschläge z.T. aus der Übernahme der uneingeschränkten "Militanzgeilheit", die sich teilweise am WAA-Widerstand entwickelt hat, entstanden sind. Nachdem die Repressionen immer größer und die Situation am Bauzaun damit immer unbefriedigender geworden war, wurde das Strommastenfällen als dezentrale Aktion eine "Modeform" ihren/seinen Widerstand weiterhin zu zeigen; dem sich an der WAA entwickeltem Aktionismus fehlte die theoretische Radikalisierung.

Szeneintern ist zwar auch Kritik an diesen Militanzformen gelaufen, aber eben nicht so breit veröffentlicht und diskutiert, daß es z.B. die Tutzinger hätten mitkriegen können.

Daraus ergibt sich auch die Frage, inwieweit die sogenannten Szene Mitverantwortung gerade auch an den Anschlagsformen und dem Aussageverhalten hat. **Es gab** weder ein Hinterfragen der Anschläge / **Strommasten**, noch eine ausführliche Knast- bzw. Justiz-Diskussion. Viel zu oft wird das Einfahren oder die Prozeßsituation als Ausnahme und "Einzelschicksal" begriffen. Klar, ist auch gut wenn es die Ausnahme bleibt - aber solange wir nicht die Konfrontation mit der Justiz als Teil des Widerstands begreifen, und das heißt eben auch sehr breit über Prozeßverhalten, Knastsituation, Isolations- und Solidaritätsformen, Spaltungsabsicht der Justiz, etc. zu reden, werden auch immer wieder Leute im Knast und in Verhörsituationen "umkippen".

Gerade auch bei den Tutzingern stellt sich die Frage, ob ihr Aussageverhalten nicht auch durch einen Mangel an "Identität" bedingt ist; ob sie ihre Anschläge nicht eher als ein "großes Spiel" angesehen haben.

An diesem Punkt haben wir lange über die Akzeptanz von Anschlägen geredet bzw. was für uns Voraussetzungen dafür sind. Ob unbedingt jeder Anschlag / jede Aktion den formulierten theoretischen Hintergrund haben muß, oder ob z.B. ein momentanes Abreagieren nicht genauso als Motivation und Hintergrund reicht. Trotz teilweise verschiedenen Auffassungen war jedoch der Großteil von uns der Meinung, daß zumindest das Handeln als Konsequenz aus der eigenen überzeugung notwendig werden sollte - womit auch ein Anschlag als Ausdruck von Wut seine volle Berechtigung findet.

Es steht an, nicht mehr jeden gefallenen Strommast oder ähnliches als Bestätigung der eigenen Politik und als Zuwachs des Widerstands zu sehen, sondern sich genauer auch über Hintergründe und (mögliche) Motivationen auseinanderzusetzen.

Denn so wie sich die Tutzinger und andere (Neumarkt, Augsburg) jetzt verhalten (komplettes Aussagen, Abblocken jeglichen Szenekontaktes), hat die Justiz ihr Spaltungsziel erreicht und die Leute sind nur noch schwerlich als ein Teil des Widerstands zu begreifen.

Gegen einen billigen Prozeß und staatliche Spaltung!

Schreibt massenhaft!

Am Donnerstag den 17.9.87 durchsuchten BKA und LKA in Berlin, Freiburg, Karlsruhe, Offenbach und München Wohnungen. In der Offenbacher Wohnung wurde Andrea Butt festgenommen. Eine weitere Frau wird noch mit Haftbefehl gesucht. Andrea wird "Gründung einer terroristischen Vereinigung" vorgeworfen, §129a. Sie sitzt seitdem in Preungesheim im toten Trakt in Isolationshaft. Gegen neun andere Personen wird noch wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Außerdem wurden noch die Kanzleien einer Hamburger Anwältin und eines Berliner Anwaltes durchsucht.

Die ganze Aktion stützt sich auf die Aussage eines gewissen Dirk Strandenaes. Obwohl gegen ihn nichts vorlag, "stellte" er sich am Dienstag, den 13.9. in Hamburg den Bullen und gab an, er hätte mit Andrea und der anderen Frau Ende August 87 eine terroristische Vereinigung gegründet. Sie hätten den vorsitzenden Richter am OLG Stuttgart, sowie den BGH ausgekundschaftet zwecks Planung eines Anschlags. Außerdem hätten sie gemeinsam Unkraut-Ex geklaut, um das Amtsgericht Offenbach zu sprengen. Der Anschlag sei nur nicht zustandegekommen, weil die beiden Frauen am geplanten Tag keine Zeit gehabt hätten. "Alles erstunken und erlogen. Staatschutzkonstruktion." sagt Andrea. Die betroffenen Anwälte beschuldigte Dirk S., sie hätten ihn, zu einer Zeit als er im Knast saß, mit Schriften der RAF versorgt und hätten ihn für die RAF anwerben wollen.

Gegen beide läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung. Dirk Strandenaes saß schon öfters im Knast. Zuletzt von 1984 bis Mai 87. Er beteiligte sich 84/85 am Hungerstreik der politischen Gefangenen und nahm während dieser Zeit Kontakt zu einigen von ihnen und einigen ihrer AnwältInnen auf. Mehrere brachen den Kontakt bald wieder ab, da sie in Dirks politischen Äußerungen nur Nachgeplapper dessen, was er gelesen hatte, sahen. Leider wurden diese Erfahrungen nicht weitergegeben. So konnte Dirk noch zu weiteren Gefangenen ebenso wie zu Knastgruppen draußen und zu den Knastzeitungen "Durchblick" und "Haberfeld" Briefkontakte aufbauen.

Nachdem er nach Absitzen von 2/3 seiner Strafe im Mai 87 entlassen wurde, hielt er sich abwechselnd in Wohngemeinschaften in Berlin, Freiburg, Offenbach und Karlsruhe auf.

viele hinter Gittern, die wir draußen brauchen!

Nach kürzester Zeit gab es aber überall Schwierigkeiten mit ihm.

In politischen Diskussionen wußte er nicht viel mehr zu bringen als harte Sprüche, Parolen aus antiimperialistischen Broschüren und militantes Gehabe. Wenn es um die Geschichte seiner Politisierung ging, verwies er immer nur auf den "subjektiven Sprung" (auf die Seite der Guerilla war gemeint), den jeder machen müsse und den er durch die Erfahrung Knast gemacht habe.

Auseinandersetzungen über sein persönliches Verhalten, seine übertriebene Neugierde, den Mißbrauch des Vertrauens, das ihm entgegengebracht wurde, zum Beispiel, wich er aus.

Zuerst wurde er für einen ziemlich durchgeknallten, durch den jahrelangen Knast kaputtgemachten Ex-Junkie gehalten. Dann schöpften einige Leute Verdacht, er sei ein Spitzel. Bei genaueren Nachforschungen ergab sich, daß er nicht wegen BTM - wie er erzählt hatte - sondern wegen Vergewaltigung einer Prostituierten gesessen hatte, auch einige andere Sachen, die den Verdacht bekräftigten, tauchten auf.

Als Dirk S. am 13.9. in Berlin deswegen zur Rede gestellt wurde, brach seine angebliche politische Identität völlig zusammen.

Die vorgebliche Geschichte von Dirk S. - Drogenknacki, der sich im Knast politisiert, rauskommt und politisch was machen will - öffnete ihm die Türen zu einigen WG's. Er war auf diese Zusammenhänge aber nicht nur angesetzt, um seinen Auftraggebern Informationen zu verschaffen, sondern auch, um Leute zu militanten Aktionen zu provozieren. Das ist ihm nicht gelungen. Aber es reicht allein, daß er einige Leute kennengelernt hat, für das Konstrukt "Terroristische Vereinigung". Die ganze Aktion von BKA und LKA stützt sich einzig auf die Lügengeschichten des Dirk S. Andreas Haftbefehl wurde damit begündet, daß Dirk glaubwürdig sei, da er ja sich selbst mitbelaste.

Die Konstruktion "terroristische Vereinigung" heißt für alle Betroffenen erst einmal, daß sie unbeschränkt observiert, ihre Post und ihre Telefone abgehört werden können. Außerdem die ständige Bedrohung: Knast. Bei 129a Verfahren ist kein Haftgrund nötig.

Für Andrea heißt es Isolationshaft im toten Trakt. Sie sitzt in einem Kellerloch, in dem es stinkt, weil vor einiger Zeit in der Nähe ein Wasserrohrbruch war. Links, rechts und über ihr nur leere Zellen. Ausblick auf eine fensterlose Mauer durch ein engmaschiges Gitter. D.h. der einzige Kontakt, den sie überhaupt hat, sind die Anwaltsbesuche. Post wird fast ganz angehalten, Tageszeitungen bekommt sie zensiert, bis jetzt sind noch keine Sachen (Kleidung, Schreibmaterial) durchgelassen worden.

"Liebe Grüße an alle! Ich komme mit der Situation klar." sagt Andrea.

Schreibt ihr!

Andrea Butt
JVA 3 Preungesheim
Obere Kreuzeckerstr. 4

über: Ermittlungsrichter Dr. v. Gerlach, BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe 1

Spendenkonto:
Stichwort Drinnen und Draußen
BLZ 508 501 50
Ktnr. 111 034 150
Sparkasse Darmstadt

Schreib ihr

19

Mein erster Tag in P dem Ende entgegen. tion" nennen sie da nur Sicherheit für v

Samstag, 19.9.87

Mein erster Tag in Preungesheim geht dem Ende entgegen. "Sicherheitsstation" nennen sie das hier, fragt sich nur Sicherheit für wen und wovor ... Konstrukte, Korrupte, Konstruktionen. Die alten Kerkermauern sprechen Bände .... Was sich hier materialisiert hat deutsche Tradition.

JaJa sie sagen: Nichts sei, vielleicht ist es ja auch gerade das - Ihr fragt wie es mir geht, fragt lieber was ich tue....

Mal der Reihe nach: Nach der Festnahme ins Präsidium OF, auf den Rücken gefesselte Arme, im Betonsarg, weiß gekachelt von oben bis unten, und absolut nichts außer den Neonröhren und deinem Herzschlag. Handschellen schneiden sich langsam in dein Fleisch, keine Träne, keine Trauer, alle Angst wie weggeblasen, aufgelöst ins Nichts. In all der Kälte eine Wärme; Du selbst als Mensch wie du bist, lebendig, chaotisch, hungrig.... Da ist der ganze Zinnober um mich herum lächerlich - 1,2, Gleichschritt, mit der Präzision eines Schnellfeuergewehres, mit der Perfektion der Maschinerie, hochgerüstet bis zum gehtnichtmehr und Hunderte von stummen laufenden Rädchen; ist das alles nichts gegen meine Gewissheit,schlägt immer wieder ins Leere, - Ich immer noch in Lederhose, T-Shirt und barfuß, holen mich zur ED-Behandlung, was einer Einweisung in einen Folterkeller gleichkommt. Fotos auf dem elektrischen Stuhl, Abdruck der Handflächen, reißt am T-Shirt, die besonders fleißige Komplizin - besonders eifrig - besonders gehorsam - besonders dienstgeil, eine von den 150%igen.... Der Bulle steht nur daneben und sieht zu, dann wieder Handschellen, ins 2. Revier in OF, Berlinerstr.... Im Keller, ein Kerker-

meister erinnert mich am Quasimodo, sechs Zellen, mehr Löcher, mit Nichts, Milchglas, mal wieder weiß gefliest, 2 Glühbirnen in der Wand,einen Steinsockel mit Gummibezug, das soll mein Bett sein.... Menschen die vorübergehen werfen Schatten in das Loch, sonst hörst du mit einer unendlichen Penetranz den Ventilator, immer ohne Unterbrechung bis dir der Kopf dröhnt, das nackte Licht bis dir die Augen tränen, und über der Decke ständig Stühlerücken, Gepolter, Schritte....

Wahrnehmungsterror, du denkst die Decke stürzt ein, und gleichzeitig diese eiserne Ruhe, dieses Nichts. dann holen sie mich wieder, handschellen wieder, ins PP noch mal Fotos, Handschellen, wieder ins Revier, Handschellen wieder ins PP zur Vernehmung, sie lassen keine Methode unversucht, verachtenswert und jämmerlich, ich könnte auf die Mörderhände spucken .... wohl enttäuscht, oder was - sie sperren mich wieder in den Betonsarg. Und dann wieder Handschellen, und gegen 16.00 bin ich zurück im Revier, wo ich bleibe bis sie mich holen zum BGH am nächsten Tag...

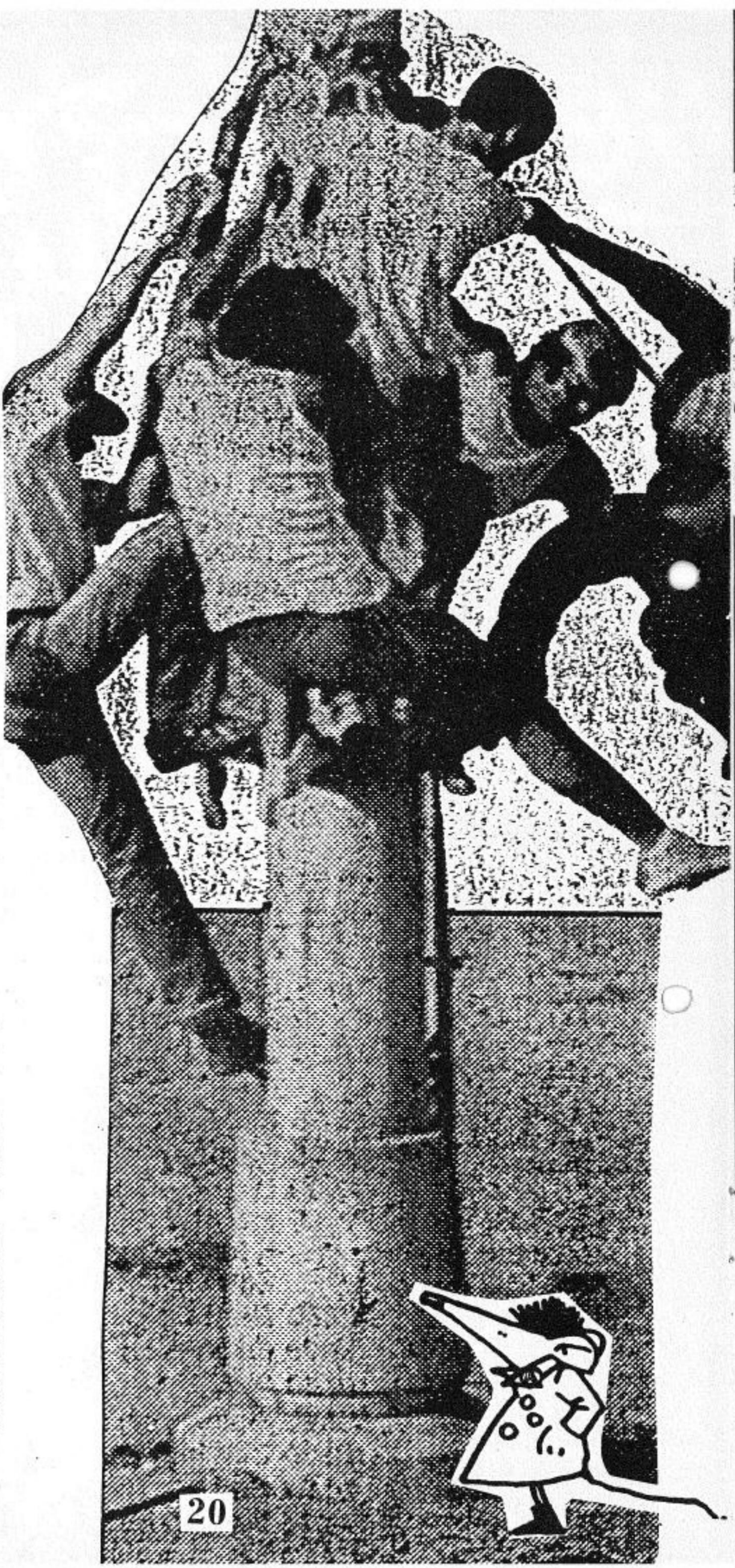
Die Nacht ist kalt, ich tue fast nichts anderes als Zittern - one Decke - mich schmerzen noch jetzt meine Nieren, nichts gegessen, kein Wasser, mein Zahnfleisch fault, der kreislauf wacklig, gelbe Flecken überall, das T-Shirt deckt nicht mal den Rücken ganz, Gänsehaut und Schwindel, als es endlich hell wird, fast ein Gefühl der Erlösung, als endlich der Ventilator abgeschaltet wird.

Im Zivil-LKA-Saab nach Karlsruhe, drei von diesen Figuren im Auto, die Quintessenz ihrer Unterhaltung nacht mir einiges klar...

Dann verfahren sie sich in Karlsruhe, finden nicht mal ihr eigenes BKA. Der Anblick meiner Freunde freut mich. Nach dem Zeremoniell der Haftbefehl, doch erst mal verfrachten sie mich ins Präsidium in Karlsruhe. gewöhnlich stinkende Zellen, die Bullen mit merkwürdigem Dialekt, mein Magen der sich schon fast selber verdaut, wird mit Brot und Streichkäse gefüttert. 5 stunden später (ca 18.00) werde ich vom schicken weißen Saab wieder abgeholt, die Handschellen, doch diesmal die Arme nach vorn, ihre Anwesenheit verursacht körperliche Schmerzen, die eben gegessenen Brote kommen mir fast wieder hoch.... Dann verfahren sie sich wieder, ruinieren das Getriebe, beinah auch ihr Funkgerät, die großen Herren vom LKA, ich komm mir vor wie in nem Comicstreifen; gegen 19.30 öffnet sich dann die Metallschleuse Preungesheims. Nach Einschluß der anderen kriege ich endlich meine Zelle zu Gesicht. Wie gesagt Sicherheitsstation, 23 Std. Zelle, Fliegengitter vorm Fenster, Knastklamotten und im Einzelhofgang mach ich Training. Mareille Schmegner, Ingrid Barrabas und Gisela Dutzi sind auch hier, permanente Überwachung, permanenter Angriff.

(Dokumentation eines Briefes von Andrea)

- Ende -



"Raus aus'm Ghetto!"

"Wir müssen mehr werden!"

lauten die allerortens zu hörenden Parolen der Autonomen, spätestens seit den libertären Tagen. Endlich scheinen die RevolutionärInnen begriffen zu haben, daß es nicht viel nützt, die politische Weisheit und den Gerechtigkeitssinn mit'm Löffel gefressen zu haben, wenn mensch als kleines radikales Häufchen beim Anrennen gegen die Institutionen der Macht sich immer nur die eigenen Köpfe wundschlägt.

"Von der spontanen Bewegung zur revolutionären Kraft." Klar. Ey, ja. Das isses. Bloß wie?

Die Aktivitäten der Münchner Autonomenszene lassen bis jetzt jedenfalls nicht viele praktische Antworten auf dieses WIE? erkennen.

Z.B.: Norbert K. Demo

Einer, der nach dem Aufstand vom 1. Mai in Kreuzberg festgenommen wurde, bi[illegible]t sich im Knast um. Einer von uns. Wut. Haß. Sofort wird ein Flugblatt gemacht, "Knast tötet", und zu einer Spontandemo mobilisiert. Aber die Bullen sind mal wieder schneller. Die Demo wird nach 100 Metern gestoppt. Der Staatsschutz kann seine Informationen darüber, wer hier aktiv ist, was macht, auf den neuesten Stand bringen. Ein Beispiel für blinden Aktionismus aus dem Bauch heraus direkt in die Computer der Bullen hinein - ohne Nachdenken über politische Wirksamkeit. Schließlich ist schon länger klar, daß die Bullen hier Spontandemos nie zulassen. Flugblattverteil- oder sonstige Aktionen von Kleingruppen in der ganzen Stadt hätten viel mehr über Knast und die Situation in Berlin vermitteln können.

Z.B.: Hönkel

Ro[illegible]e kömmt nach Berlin, die Münchner Szene auch. Diskussionen

beschränken sich auf Technik, Helm ja oder nein, wie kommt mensch durch Kontrollen. Einschätzungen der Berliner Situation fehlen, phantasievolle Aktionsideen ebenfalls. Also latscht mensch auf die Demo, dabeigewesen sein ist alles. Auf den Gedanken, hier in München über die Szene hinaus mal klarzumachen, was da so los war, kommt keine/r.

Z.B.: Passau

Erfreulich viele Szeneleute fahren nach Passau um gegen das DVU-Treffen zu demonstrieren und es durch eine Blockade der Eingänge auch direkt zu behindern. Was auch halbwegs klappt. Allerdings beschränkt sich unsere Radikalität mal wieder auf die Aktionsform. Kein Flugblatt und kein Redebeitrag teilt unsere Einschätzung der Rolle der Neonazis oder unsere Gründe dafür, das Ding zu blockieren, mit.
Es gibt in dieser Stadt einige mehr Leute als uns paar Schwarzjacken, die alles Interesse hätten, mit uns zu kämpfen und keines, die herrschenden Eliten an der Macht zu erhalten.

Es gibt noch mehr Punkte als Atomprogramm und Neofaschismus, an denen für viele sich die Notwendigkeit zeigt, was zu tun, mehr zu tun als nur Grün zu wählen.

In dieser Stadt ist Wohnraum unbezahlbar, die letzten - sowieso von Jungunternehmern kontrollierten - Freiräume (Dachauerstr.) werden im Augenblick vernichtet ... etc...

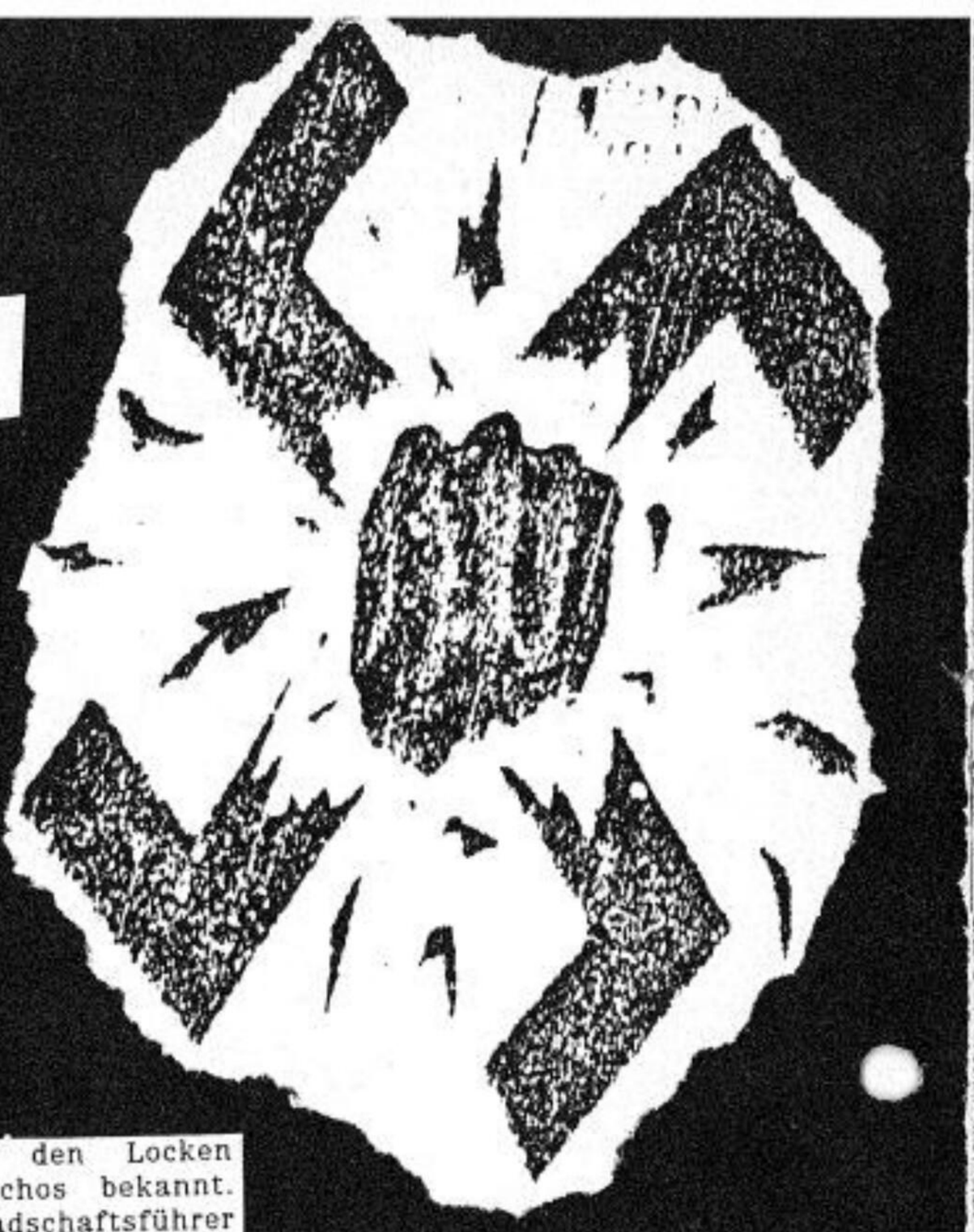
Wenn unser Wille die Revolution zu machen so stark ist, wie unsere Sprüche und Parolen, ist es höchste Zeit, an solchen Punkten die Initiative zu ergreifen, mit den Menschen zu reden, gemeinsam Gegenmacht aufzubauen. Gegenmacht, d.h. viele Menschen sein. Kommunikationsstrukturen. Infrastruktur. Öffentlich präsent sein können. Schnell reagieren und agieren können.

D.h., statt uns von denen, die nicht so hart drauf sind, abzugrenzen, gerade mit ihnen was zusammen machen. Radikalität ist keine Gottesgabe, sondern Ergebnis politischer Erfahrungen.

Es muß uns aber auch klar sein: Wenn wir aufhören, uns in revolutionärer Pose zu inszenieren, uns aufs Ghetto zu beschränken, wenn es uns gelingt, zur politischen Kraft zu werden, dann wird dieser Staat alles daransetzen, uns zum Schweigen zu bringen. Wir sagen, Strauß und Gauweiler und Zimmermann und Konsorten sind Faschisten. Und Faschisten kennen keine Skrupel im Umgang mit ihren Feinden●

Teds in München wollen Zoff

Zu den faschistischen Umtrieben in der Gaststätte Klostergarten



Chronologie

15.08.87 Montag: Rudolf Heß hängt sich hin
21.08.87 Freitag: Faschos sprühen Parolen in der Breisacherstr.12 und schmeißen Scheibe ein
28.08.87 Freitag: Mehrere Autonome "besuchen" die Teds in ihrer Kneipe "Klostergarten"
18.09.87 Freitag: Fight mit Teds vor Infoladen
25.09.87 Freitag: Bullen räumen das Ted-Treffen ab
02.10.87 Freitag: 100 Antifaschisten besetzen den "KLostergarten"

Die Eskalation

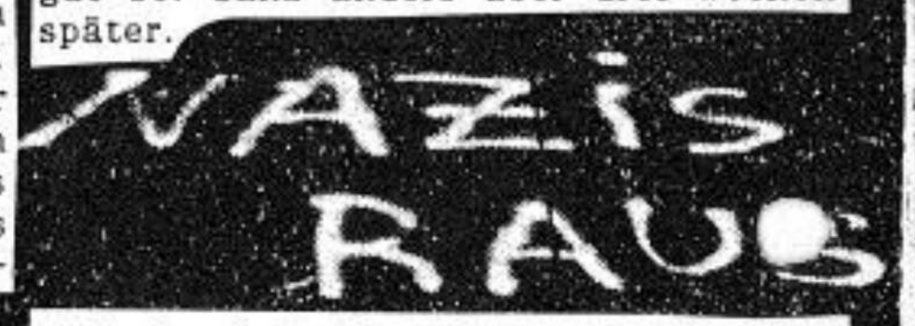
Der ganze Nerv, den anfangs keiner wollte, begann eigentlich mit dem Tod des Führer-Stellvertreters Heß. Wie überall gab es auch in München Aufmärsche und offene Provokationen von Neonazis. So wurden z.B. im Hausgang zum Infoladen Parolen wie "Rache für Heß" gesprüht, eine Scheibe eingeworfen (auch in der Breisacherstr.12) und die Gegend mit Hakenkreuzen verziert. Platte Faschoaktionen eben. Dabei wurden vier junge, schwarzgekleidete Männer gesehen, die unerkannt entkamen.

Aus dem Faschodunstkreis wurde uns bekannt, daß diese Aktion möglicherweise von einem hohen Ex-Funktionär der ANS/FAP durchgeführt wurde. Andererseits erfuhren wir, daß sich seit geraumer Zeit in einer Eckkneipe in der Nähe des Infoladens jeden Freitag Teds treffen und dort Disco/Konzerte machen. Bei den Diskussionen über diesen Sachverhalt wurde deutlich, daß wir eigentlich kaum etwas über unsere neuen Nachbarn wußten. Allerdings waren uns Verbindungen zwischen den Locken und Glatzen sowie Faschos bekannt. (Manfred Geith, Kameradschaftsführer der ANS/FAP ist z.B. einer der ihren). Diese Bekanntschaften der Teds wurden auch vom Wirt des Klostergartens (o.g. Eckkneipe) bestätigt.

Die Ted-Schublade erzählt uns: Teds sind Fans des 50ziger-Jahre Rock&Roll und die Typen tragen eine Schmalzlocke. Ted-Frauen sind zwar ein wesentliches Element, um das sie sich streiten, ansonsten scheinen sie aber eine absolut untergeordnete Rolle zu spielen. Ausgeprägter Männlichkeitskult ist Grundvoraussetzung für einen lächerlichen Ehrenkodex, der einen schnell in einen "Zweikampf vor der Tür" verwickeln läßt, wenn mensch einen Ted versehentlich berührt. Das Aggressionspotential ist allerdings nicht ganz so groß wie bei den Skinheads.

Für den Fall, daß die Teds den Angriff auf das Haus Breisacherstr.12 wirklich gemacht haben, und um ihnen die Lust zum Wiederholen zu nehmen, versammelten sich am Freitag Abend mehrere Leute Mit entsprechender Streetfightausrüstung. Da die Teds aber friedlich in ihrer Kneipe blieben, beschlossen wir schließlich, sie einfach zu besuchen.

Die anfängliche Nervosität auf beiden Seiten, die natürlich entsteht, wenn plötzlich 20 Autonome dichtgedrängt mitten in einer Ted-Kneipe stehen, wurde relativ schnell kompensiert durch ein Billardspiel und mehreren lockeren, aber auch manchen längeren Diskussionen. Bei den Diskussionen stellte sich heraus, daß die Mehrzahl der Anwesenden ihre Jugendkultur als absolut unpolitisch verstehen und mit Politik auch nix zu tun haben wollen. Die Präsenz von Faschisten in ihren Reihen kritisieren sie selber, nehmen dies aber grundsätzlich hin, da diese Fascho-Teds halt trotzdem Teds sind. So wurde eben auch der eine Ted akzeptiert, der offen seine faschistische Grundhaltung und Ressentiments gegenüber Ausländern zugab, und der sich an dem Abend fürchterlich ärgern mußte, daß seine Kumpels unter Fascho-Teds grade nicht da waren. Jedenfalls ging der Abend ruhig ab, und beide Seiten fandens eigentlich auch gut so. Ganz anders aber drei Wochen später.



Mit der Intention die Fascho-Teds zu vertreiben, mit den (Normal-)Teds aber noch mal zu labern, damit sie sich nicht mit ihren Faschos solidarisieren, versammelten sich wieder mehrere Leute im Haus Breisacherstr.12. Zwei Genossen gingen in die Kneipe, um Ausschau nach Faschos zu halten. Erkennbar war ihnen unter den ca. 50 anwesenden Teds anfangs nur der eine Fascho-Ted vom letzten Mal, sowie ein weiterer Fascho (Mitte dreißig, riesiger Eierkopf, keine Locke, Tatoos), der sich als Ordner bei der DVU in Passau aufgespielt hatte. Angequatscht wurden die beiden Autonomen aber zunächst von einem Ted, der sich als Anhänger der NR (Nationalrevolutionäre) zu erkennen gab. Als kurz darauf ein dunkelhäutiger Rosenverkäufer die Kneipe betrat, wurde er von einem Fascho mit überheblichen Gesten rausgeschmissen und beschimpft. Unsere beiden Leute werteten dies als gezielte Provokation ih-

nen gegenüber. Einer stellte dem Fascho einen Haken. Daraufhin wurden sie von dem Anführer einer Sechsergruppe bisher unbekannter Faschoteds angemacht und mit einem Messer bedroht. Sie verließen sofort das Lokal. Die Faschos forderten die 50 anderen Teds auf mitzukommen und trieben die beiden bis zum Infoladen, wo etwa 30 überraschte Autonome standen. Die Teds gingen sofort zum Angriff über und warfen mit Steinen und Knüppeln aus einem Baucontainer. Die Autonomen wehrten sich nur sehr zögerlich - doch dazu später. Die große Straßenschlacht blieb somit aus. Allerdings kriegte einer der Anführer der Fascho-Teds ganz gut aufs Maul. Kurz bevor die Bullen auftauchten, sangen die Faschos das Horst-Wessel-Lied ab - mehrere Teds wurden festgenommen.

In den darauf folgenden Diskussionen in unseren Zusammenhängen wurde beschlossen, auf diese Übergriffe zu reagieren: Mit dem Wirt vom Klostergarten wurde gesprochen, ein bürgerfreundliches Flugi für die Anwohner der Breisacherstr. wurde geschrieben (schließlich gingen ja deren Autos dr[illegible]). Für den nächsten Freitag wurde vereinbart, zwar in der Gegend präsent zu sein, aber primär die Teds nur zu beobachten und gegebenenfalls ins Leere laufen zu lassen. Dies erwies sich als richtig. Die Bullen hatten sich ab spätnachmittag mit mindestens einer halben Hundertschaft bei der Kneipe postiert. Dadurch bekamen wir zwar keinen vollständigen Überblick, aber soviel ließ sich erkennen:

- zumindest die Faschos unter den Teds hatten ihre Kader organisiert und mobilisiert
- Verstärkung durch Skinheads
- Verstärkung durch ANS/FAP mit Logistik (z.B. Funkgeräte)
- Überall versteckte Waffen und Propagandamaterial

Dem Wirt schien dies wohl zuviel geworden zu sein und setzte die Teds vor die Tür. Zu Fights und sonstigen Auseinandersetzungen kam es nicht.

Der vorerst letzte Teil der Auseinandersetzung: 100 AntifaschistInnen veranstalten am Freitag, den 2.10.87 in der Ted-Kneipe "Klostergarten" ein Fest, um den Teds ihren Treffpunkt zu nehmen. Die Veranstaltung verläuft friedlich. Teds/Faschos lassen sich nur vereinzelt blicken. Die ganze Gegend wird von einem massiven Bullen/Zivi-Aufgebot beobachtet. Die Bullen betrachten die ganze Geschichte als Auseinandersetzung rivalisierender Jugendgruppen.

Einschätzung und Ausblick

Diskussionen zu den Vorfällen hatten folgende Schwerpunkte zum Thema:

1.) Unsere Einstellung zu den Teds
2.) Erfahrung im Streetfight

zu 1.) Als wir uns der (räumlichen) Nähe der Teds bewußt waren, merkten wir, daß wir eigentlich gar nichts über die wissen. Der "Besuch" in der Kneipe wurde von vielen als positiv empfunden. Wie die Teds drauf sind, wurde bereits in dem Schubladenabsatz (s.o.) besprochen. Die Teds kommen für uns nicht als revolutionäres Subjekt in Frage, die meisten haben keine Einstellung zu Politik, wollen nichts mit uns zu tun haben, sind aber auch nicht prinzipiell gegen uns. Ergo interessieren sie uns z.Zt. nicht.

Anders ist dies, wenn Neonazis in ihren Reihen stehen, egal ob diese uns konkret angreifen oder nicht. Darauf reagieren wir immer. In diesem Staat spielen Neonazis u.a. die Rolle unsere Kräfte an irgendwelchen Nebenkriegsschauplätzen zu binden. Um unsere eigenen Kräfte zu schonen und um keinen Kleinkrieg in Haidhausen anzufangen, waren unsere Aktionen am 18.9. und am 25.9. darin bestimmt, mittelfristig eine Entsolidarisierung zwischen (Normal-)Teds und Faschoteds zu erzeugen. In den oben geschilderten Gesprächen mit den Teds zeigte sich, daß diese latent genervt waren durch die Faschos. Ob dies zum Erfolg führt, wissen wir noch nicht, anläßlich der aktuellen Entwicklung darf dies jedoch bezweifelt werden. Es wäre allerdings ein (zweifelhafter) Teilerfolg, sie aus ihrer Kneipe zu vertreiben (und der ginge woanders weiter).

zu 2.) Größere offene Auseinandersetzung mit Faschisten hat es in München bisher noch nicht gegeben. Bei den Ereignissen vom 18.9. machten viele Leute von uns die Erfahrung, daß zwischen Fights Mit Teds/Skins/etc. und Bullen qualitative Unterschiede bestehen. Die Unterschiede sollen an dieser Stelle nicht herausgearbeitet werden, sondern es wird darauf hingewiesen, daß Mensch sich so etwas nicht mit dem Kopf ERARBEITEN kann, sondern einfach ERFAHREN muß. Obwohl vorher ganz deutlich diskutiert wurde, daß es möglicherweise zu knallharter physischer Auseinandersetzung mit den Teds kommen kann, waren die meisten Leute vollkommen konsterniert und verunsichert, als die Teds auf einmal angriffen. Und wenn die Faschos dann noch ungehindert vor unseren Augen das Horst-Wessel-Lied absingen können, offenbart dieses unser Dilemma deutlichst. Einige Leute waren froh, als endlich die Bullen kamen. Es wäre sicherlich falsch, diese Auseinandersetzung in den Mittelpunkt radikaler Politik hochzuhieven, aber mensch kann daran für sich über sich lernen. Strukturen bauen sich auf. Wie bereits erwähnt, finden solche Fights auf einem Nebenkriegsschauplatz statt, unser Feind steht woanders! Die Widersprüche in unserer Gesellschaft werden immer krasser und die Zeiten härter, klingt pathetisch, aber isso.

Lieber ein Geschwür am Hals als ne Locke mit Schmalz.

Antifaschistische Aktion

Zu den faschistischen Umtrieben in der Gaststätte Klostergarten

An die Anwohner, den Wirt, die Teds und alle antifaschistischen Haidhauser!

Freitags treffen sich regelmäßig Teds (50-ziger-Jahre-Rockfans) zu ihrem Vergnügungsabend im Klostergarten, Ecke Breisacher/Elsässerstr. Dagegen wäre so nichts einzuwenden, wären in ihrer Mitte nicht auch Jungfaschisten anzutreffen. Diese Faschisten beschränken sich in letzter Zeit nicht mehr darauf, die Teds in ihrem Sinne zu beeinflußen, sondern gehen in der Umgebung der Gaststätte massiv gegen Büros, Läden und Menschen vor. So geschehen am 23.8., wo sie mit Sprüherein ("Rotfront verrecke", "Rache für Heß", Hakenkreuz) die Innenhöfe beschmierten und die Scheibe des Mieterladens in der Breisacherstr. 12 - in dem sich unter anderem eine türkische Initiative trifft - einschlugen.

Desweiteren werden sie handgreiflich gegen ausländische Mitbürger. Höhepunkt dieser Angriffe war der tätliche Übergriff auf einen ausländischen Rosenverkäufer in der Gaststätte Klostergarten am 18.8. Ein Antifaschist, der ihm zur Hilfe kommen wollte, wurde dabei mit einem Messer bedroht. Als er sich auf die Straße flüchtete, rannten die Faschisten unter den Teds mit Angriffsgeschrei hinter ihm her und wollten mit den draußen Anwesenden eine Straßenschlacht provozieren. Mit Stuhlteilen und Knüppeln bewaffnet sangen sie das Horst-Wessel-Lied.

Wir fordern den Wirt und die Teds ultimativ auf, sich von den NeoNazis zu trennen und zu distanzieren. Wir nehmen nicht hin, daß in Haidhausen NeoNazis ihr Unwesen treiben. Diese Nazis gehören zum Teil Organisationen an, die vor Mord nicht zurückschrecken. Bekannt sind unter anderem Verbindungen zwischen den Teds und Manfred Gaith, dem Kameradschaftsführer der Ortsgruppe München der FAP, der gewalttätigen Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS des Michael Kühnen. FAP'ler terrorisieren und töten Ausländer (Brandanschläge auf Asylbewerberheime, Überfälle auf Türken) und schrecken auch vor Fememorden in den eigenen Reihen nicht zurück. Im Klostergarten sind auch Leute gesehen worden, die beim Treffen der faschistischen Deutschen VolksUnion (DVU) in Passau als Ordner und Straßenschläger eingesetzt waren.

Neonazis, die Massenmord und Kriegsgreuel verherrlichen, haben auf einem Rockfantreffen nichts zu suchen!

Wir sagen deswegen ganz klar und unmißverständlich:

Der Wirt muß dafür sorgen, daß die Faschisten seine Wirtschaft nicht mehr betreten, die Teds müssen die Faschisten von ihrem Abend ausschließen.

Sollte dies in der nächsten Zeit nicht geschehen, sehen wir uns gezwungen, geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Wollt ihr die Faschisten in eurer Straße?? - Dann sagt NEIN!

Antifaschistische Aktion Haidhauser Nachrichten, Initiative Haidhausen, Freie Union, Anarchistische Arbeiter Infoladen, Anwohner der Breisacherstr.

München, Mieterl- Arbeiter Union,

Agression lag in der Luft, als vor der Halle wartende Antifaschisten auf vermeindliche Neonazis losgingen. Foto Hübl

Nazis handfest vertrieben

Alabama-Halle: Live-Diskussion aus Angst vor Krawallen abgesagt

Für diesmal wurden die Neo-Nazis noch einmal abgesetzt. Der Auftritt von jungen Nationalsozialisten in der Talk-Show „Live aus dem Alabama" fand gestern abend nicht statt. Die Sendung des Bayerischen Rundfunks (BR) war eine Stunde vor Beginn vom „Spielmotor e.V.", dem Hausherrn der Alabama-Halle, abgesagt worden. Die offizielle Begründung verlas Moderator Günter Jauch sowohl vor der Kamera als auch vor der versperrten Halle: Nachdem massive Störungen angekündigt waren, könne der „Spielmotor e.V." die Sicherheit der Gäste nicht garantieren.

Alles was nach Neo-Nazi aussah, war von den wartenden antifaschistischen Gruppierungen handfest vertrieben worden. Fidelis Mager, der Autor der Sendung, lieferte sich das geplante Wortgefecht vor der Halle: „Ich bin immer noch überzeugt, daß es einfach gewesen wäre, die Nazis zu widerlegen." Die Absage der Diskussion wurde dem BR zunächst nicht geglaubt. Erst nachdem eine Abordnung das leere Studio inspizieren durfte, zerstreuten sich die etwa 150 Anwesenden.

Eine Stunde vor der Absage hatte Rundfunkrat Edmund Stoiber seine Besorgnis geäußert:

„Wer Rechtsradikale zu einer Fernsehdiskussion einlädt, erkennt sie – ob er will oder nicht – als Diskussionspartner an und trägt damit zwangsläufig bei, sie aus ihrem Schattendasein herauszuführen."

„Keinen Kommentar" gab der eingeladene Jungfaschist vom „Komitee Adolf Hitler". Das Thema „Rechtsextremismus" unter Jugendlichen will der BR „in anderer Form und bei anderer Gelegenheit" wieder aufgreifen – und zwar „in aller Offenheit und Härte", so BR-Abteilungsleiter Horst Lohmann.

Markus Beck

Presseerklärung

Heute abend (14.9., Red.) haben mehrere hundert Antifaschist/inn/en aus München durch gemeinsames Auftreten vor der Alabamahalle eine Veranstaltung des bayerischen Rundfunks verhindert.

In der Fernsehsendung "Live aus dem Alabama" sollte eine Live-Diskussion mit drei militanten Neonazis stattfinden, unter anderem mit Mitgliedern der bundesweit auftretenden FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands). Die FAP ist Nachfolgeorganisation der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), deren "Führer" Michael Kühnen zur Zeit eine längere Haftstrafe absitzt. Mitglieder und Anhänger dieser Partei sind verantwortlich für zahlreiche Brand- und Mordanschläge auf Asylantenheime, Ausländer und Linke. So ist z.B. einer der Diskussionsteilnehmer ein führendes Mitglied der FAP Hannover. Mitglieder und Anhänger dieser Ortsgruppe stehen zur Zeit vor Gericht wegen Mordes an dem Skinhead und abtrünnigen Mitglied Roger Bornemann. Ein anderer Diskussionsteilnehmer trat kürzlich als Ordner bei der diesjährigen Großveranstaltung der nazistischen DVU in Passau in Aktion. Die rechtsextremen, z.T. bewaffneten Diskussionsteilnehmer brachten Verstärkung aus dem gesamten Bundesgebiet mit.

In dieser Sendereihe sind bereits mehrfach Neonazis ausführlich zu Wort gekommen ("Wiking-Jugend", rechtsextreme Ausländerfeinde). Die Erfahrung lehrt, daß Neonazis ihre jeweiligen Auftritte in öffentlichen Medien für ihre Propaganda mit Erfolg nutzen konnten.

Wir nehmen es grundsätzlich nicht hin, daß der Bayerische Rundfunk zu einem Forum für nazistische Propaganda wird. Wir werden auch in Zukunft weitere Veranstaltungen dieser Art zu verhindern wissen.

KAMPF DEM FASCHISMUS!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION!

Stellungnahme zu Passau

Obwohl, oder gerade weil, in der Geschichte des Widerstandes in Passau gegen die DVU die diesjährige Demo als die kämpferischste und am breitesten angelegte (vom Bündnisspektrum her) zu bezeichnen ist, müssen wir als Autonome Antifaschist/inn/en zu einigen Dingen Stellung nehmen.

Wir begreifen die DVU, die sich selbst "Sammlungsbewegung der Freiheitlichen" nennt, nicht nur in ihrem historischen Kontext als einen Müllhaufen Ewiggestriger, sondern auch als Forum eines "modernen" breiten faschistischen Spektrums von CSU/Braunzone bis FAP-Steinzeitfaschismus. Wir distanzieren uns nicht vom "Aufklärungsantifaschismus" reformistischer Kräfte in Regionen, in denen dieser Teilbereich sozialrevolutionärer Politik z.Zt. noch schwach entwickelt ist, doch halten wir Militante Agitation (womit nicht ausschließlich militärische Konfrontation gemeint ist) gegen Faschisten und ihren Freunden und Helfern als genauso notwendig. Auf dieser Basis haben wir uns an einem Bündnis aller Linken beteiligt.

Kritik zur Vorbereitung: Die Mobilisierung in unserem Spektrum nach Passau wurde in einer anderen Stadt in Süddeutschland gestartet. Dies war von Passau aus nicht möglich, da unsere Strukturen dort noch sehr schwach sind. Einerseits versuchten wir, in der Fehleinschätzung unserer eigenen Stärke, ein breites Bündnis mit einem kunterbunten, zT. recht revisionistischen Spektrum einzugehen, andererseits möglichst stark unsere Inhalte in den Widerstand einzubringen. So wurde dann auch unser Vorschlag zur Blockade der Eingänge der Halle von allen Gruppen in der Vorbereitungsphase getragen. Allerdings ist als großen Fehler von uns zu erwähnen, daß wir auf das Angebot einen eigenen Redebeitrag zu stellen verzichtet haben. Da wir während der Vorbereitungsphase nur geringe Resonanz aus unserem Spektrum erhielten, haben wir viele andere Forderungen gar nicht mehr gestellt. Dies soll nicht nur bescheidene Selbstkritik sein, es drückt auch nach wie vor deutlich Schwächen in unseren kommunikativen Strukturen im süddeutschen Raum aus!

Zum Ablauf der Demo: Die für uns überraschend starke Präsenz von Autonomen bereits bei der Auftaktkundgebung (ca. 250 Leute im tiefsten Bayern!) machte uns zunächst relativ ratlos. Uns fiel lediglich ein, uns irgendwo immernoch sehr defensiv in die Mitte des Zuges einzureihen, um uns nicht von den Revis abhängen zu lassen, obwohl wir fast den größten Block in einer Demo mit ca. 1000 Teilnehmern stellten (letztes Jahr waren es gerade ein Dutzend Autonome). Entsprechend "gutbürgerlich" verlief auch die Demo, mit Ausnahme der Knaller, des Durchlüftens eines Sex-Shops und den beiden Zivis, denen gemeinschaftlich die Krawatte gebunden wurde.

Im Ausblick aufs nächste Jahr nur einige Überlegungen zum Unterlassenen: Es ist richtig und wichtig auf das extensive Fotografieren am Rande von Demos zu reagieren, sei es nur durch Vermummem oder durch Abdrängen der Fotografen; eine Demo braucht Sanis - Verletzte auf unserer Seite mußten sich zT. von Bullensanis behandeln lassen; es wurde nicht gesprüht...; die Zivis marschierten in unseren Reihen mit und wurden nicht abgedrängt.

Zur Abschlußkundgebung: Der Demozug kam eine Stunde zu spät an der Halle an - die Faschisten waren schon organisiert. Für viele Leute, die zum ersten mal nach Passau kamen, war die Darstellung der DVU schon beeindruckend: Eine Riesenhalle mit Monumentalportal mitten in der City, zwischen den Säulen Kohorten faschistischer Schläger (Ordner) aller militanter Fascho-Schattierungen (FAP, Shitheads, JN und Wiking-Jugend) - zu diesem Bild der gewohnte Rahmen: Deutsche Polizisten schützen ihre Faschisten. Entsprechend reagierten sie dann auch, als wir am Kundgebungsplatz neben der Halle ankamen.

Wir sehen daher auch keinen Grund, uns für das folgende kurze Scharmützel mit Bullen und Faschos rechtfertigen zu müssen. Die Demo wurde für viele von uns überraschend mit Flaschen und Steinen angegriffen, die Bullen setzten ihre Gasmasken auf. Es ist eigentlich erstaunlich, warum wir uns dabei so defensiv verhielten.

Wir kritisieren aber grundsätzlich das Verhalten mehrerer Ordner (und deren anschließenden Stellungnahmen und Distanzierungen von uns). In dem vorbereitenden Ordnerplenum wurde vereinbart, daß die Ordner den Raum zwischen Kundgebungsplatz und Halle nicht als ihr Einsatzgebiet zu betrachten hatten. Mehrere Revi-Ordner beschimpften uns und bildeten Ketten, um uns bzw. alle die dort standen von der Halle abzudrängen.

Wir wollen hier aber gleichzeitig nachhaltigst feststellen, daß die distanzierenden Äußerungen von Frau Rosmus-Wenniger während der Abschlußkundgebung und das Verhalten einiger Ordner nicht in Absprache mit d[illegible] Demo- bzw. Versammlungsleitung erfolgt ist. Wer sich aufgrund der Vorfälle bei Ankunft der Demo an der Halle von uns distanziert und den Widerstand gegen die DVU für die Zukunft spaltet, macht die Drecksarbeit von Staat und Bullen!

Zur Blockade: In den Vorbereitungstreffen war es Konsens nicht nur Präsenz zu zeigen, sondern auch den Versuch einer massiven Störung der Veranstaltung zu unternehmen. Dabei schien ALLEN eine Blockade der Eingänge für geeignet. Konfrontation mit der Polizei sollte vermieden werden. Der Versuch einer Blockade ist auch unternommen worden. Zu einer kompletten Blockade waren wir zu wenig. Nicht zuletzt deswegen, weil sich trotz der oben angemerkten Übereinkunft an der Blockade außer den Autonomen AntifaschistInnen nur wenig andere Personen aus dem Bündnisspektrum beteiligt haben. Die Faschos überkletterten einfach die Absperrgitter der Bullen. Trotzdem war es richtig, daß wir uns alle zu der Seite konzentrierten, wo die Bullen eine Gasse für Nazis freihalten wollten. Diese Gasse haben wir mit unserer Masse zugedrückt. Hilfreich bei einer Blockade haben sich immer wieder große Transparente erwiesen, die diesmal fehlten. Außerdem fehlten Flugblätter vor Ort, viele Passanten (Passauer & Touristen) wußten gar nicht was los ist.

Die Fehler bei der Blockade sind sicherlich auch in der mangelnden Vorbereitung zu suchen . Ein genaues Konzept hat es eigentlich nicht gegeben. Beim nächsten mal muß mensch sich auch Gedanken machen, wann eine Blockade abgebrochen wird und wie die einzelnen Gruppen vor Ort besser untereinander kommunizieren können.

Situation am Abend: Dazu ist grundsätzlich zu bemerken, daß antifaschistische Demonstrationen ihren eigenen Charakter haben: mensch demonstriert nicht nur für/gegen etwas, sondern die Zielgruppe des Protestes ist selbst direkt vor Ort. Das heißt konkret: wenn alle nach der Demo nach Hause fahren, kommen die Faschos oft aus

ihren Löchern und greifen sich den Rest der Leute von uns. Dies ist auch als Kritik an Leute gemeint, die gleich nach der Demo verschwunden sind.

Allerdings muß dann auch im Vorfeld überlegt werden, wie mensch z.B. wie in Passau einerseits die lange Zeit zwischen Blockadeende und Konzertbeginn überbrückt, andererseits aber trotzdem in der Stadt sinnvoll präsent bleibt.

Zum Fest selbst: Die Meisten von uns waren beim Konzertbeginn bereits abgefahren. Wir halten diese Entscheidung (im Widerspruch zu oben) für richtig, da einerseits eigentlich nur noch Chaos herrschte und die Bullen immer massiver am Zeughaus auftraten, andererseits die Zeughausbetreiber ein eigenartiges Verhalten an den Tag legten. Letzteres bedarf aber sichlich erstmal einer passauinternen Klärung. Es ist jedesmal neu zu überlegen, ob ein zentrales Treffen im Anschluß an Aktionen sinnvoll ist, da dies die Bullen geradezu nur anlockt; es ergibt sich dadurch aber auch die Möglichkeit, sich nach allgemeinem Chaos wieder zu sammeln und gemeinsam weiterzumachen. Die Autoren dieses papers sind sich beim letzten Punkt nicht einig.

KAMPF GEGEN STAAT UND KAPITAL !
TOD DEM FASCHISMUS !

Autonome Antifaschist/inn/en.

Solange das Pack sich untereinander schlägt...

Die Gefahr einer Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen uns und Leuten aus der Skinscene, hat mich veranlasst, einen Leserbrief zur Politik der Antifaschisten zu schreiben.

Ich meine es ist ein Fehler Skins, ohne deren sozialen Hintergrund zu kennen als faschistische Schläger abzustempeln. Tatsächlich rangieren die meisten nämlich im Bereich des untersten Endes bundesdeutschen Sozialgefälles. Überwiegend stammen sie aus kaputten Arbeiterfamilien. Als vollkommen unqualifizierte bekommen sie kaum Jobs, nicht nur aus dem Grund, weil sie nicht die Sklaven irgendeiner Klitsche sein wollen. Viele halten sich mit Kleinkriminalität über Wasser. Entsprechend oft sind sie Gäste in der Ettstr. bzw. in Stadelheim. Nicht wenige Skins haben mehr Knasterfahrung als wir. Wenn wir das System als Vernutzer der Menschen die gezwungen sind in diesem System zu leben begreifen, dann müssen wir auch so ehrlich sein und die Skins als ein Abfallprodukt dieses Vernutzungsprozesses bezeichnen. In einem Zustand totaler Chancenlosigkeit, haben sich die Angehörigen der Skinscene, die von bedingungslosem Zusammenhalt, bei uns auch als Kollektivität bezeichnet, geprägt ist, eine eigene Identität geschaffen. Wir reden immer von der Organisierung der sozial Ausgegrenzten, von Jobberini usw. Wenn das nicht große Worte bleiben sollen, dann müssen wir endlich erkennen daß die Organisierung von uns ausgehen muß. Von selber werden die Deklassierten von ihrem vom System geförderten Bildleser-Niveau nicht herunterkommen. Aber nein, weil die Skins den Hitlergruß zum Spießerschrecken so geil finden, kommt keiner von uns auf die Idee sich mit den Renintenten zu verständigen. Im Gegenteil: Jedes uns politisch nicht in den Kram passende Auftreten wird mit Gewalt beantwortet.

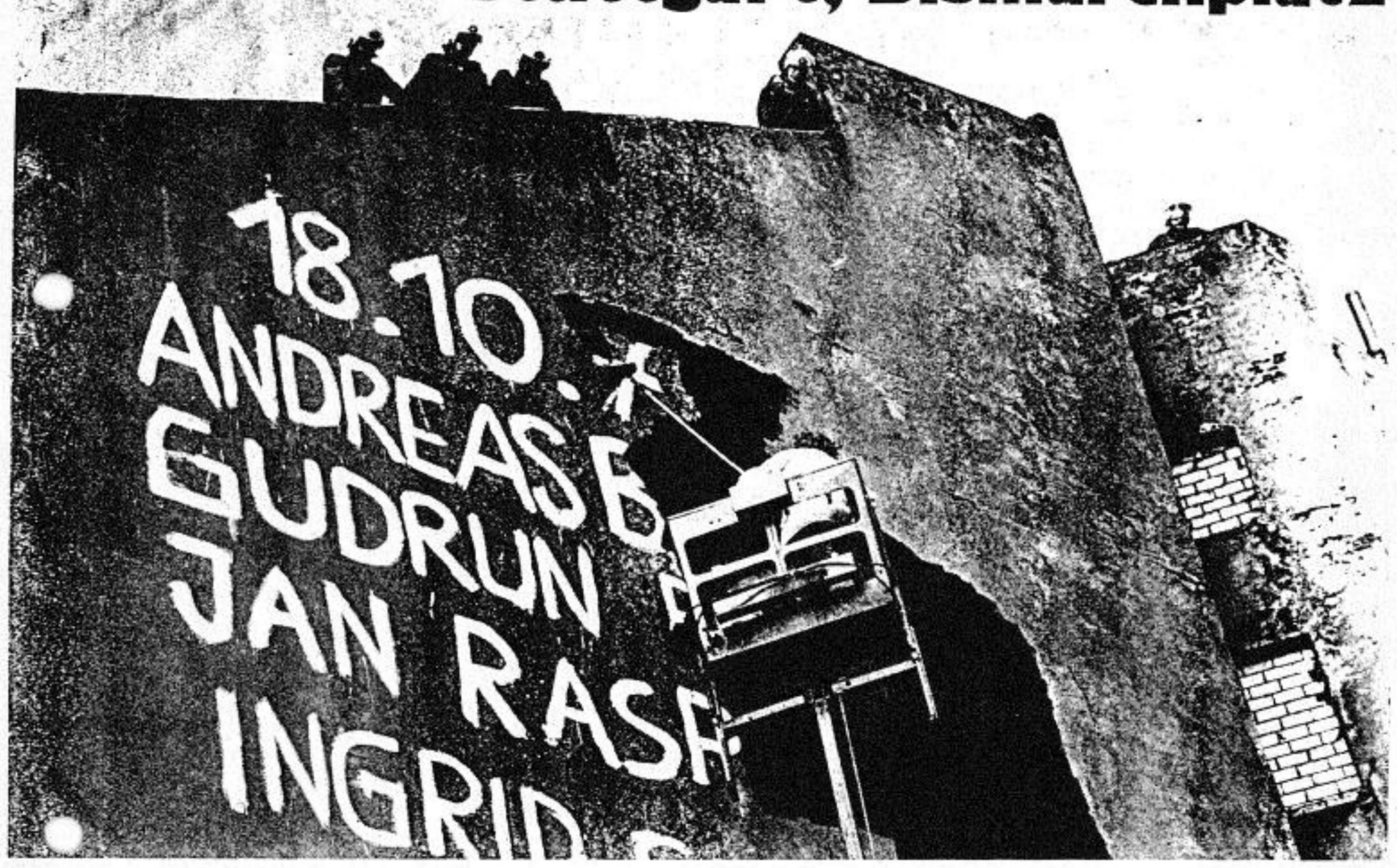
Dabei ist es vollkommen illusorisch, zu glauben, die Gruppenidentität der Skins brechen zu können. Das haben die Bullen inzwischen auch schon erkannt, oder was soll der ganze Hokuspokus mit den Fanclubbullen etc. Die, die nichts zu verlieren haben, sind durch Gewalt nicht zu unterdrücken. Außerdem tragen wir mit unserem feindseeligen Verhalten den Skins gegenüber mit dazu bei, daß sie den Faschos weiter in die Arme laufen. Die haben nämlich entdeckt wie gut sich die Hoffnungslosen als Schlägertruppe eignen. Ich halte eine Umorientierung der Antifaschistischen Aktion deshalb für notwendig. Es stellt sich die Frage, warum sozial Deklassierte den Faschos und ihren Feindbildparolen auf den Leim gehen.

Die Propaganda der Massenmedien, Beispiel Asylantenhetze, stellen den eigentlichen Nährboden für die Faschisten dar. Daß die Faschisten den Herrschenden ganz gut ins Konzept passen, ist eine alte Weisheit. Somit sehe ich auch die Herrschenden als eigentlichen Angriffspunkt der antifaschistischen Aktion. Klar, einer Organisierung des (neo)faschistischen Spektrums, wie es sich zur Zeit bei der DVU und FAP abspielt, müssen wir offensiv begegnen. Deren Mitglie haben feste ideologische Zukunftsträume. Die Skins in den selben Topf zu werfen, ist dagegen absurd und unklug zugleich. Aus dem Bewußtsein heraus zu handeln, daß die Skins eigentlich auf unsere Seite gehören, wäre eine autonome Perspektive der antifaschistischen Aktion. Außerdem müßte die Propaganda der Herrschenden vermehrt ins Fadenkreuz rücken. Unterstützung der Flüchtlinge sollte den 3.Welt-Aktiven nicht allein überlassen werden. Das ist meiner Meinung nach genauso Aufgabe der Antifaschisten. Ich sehe zwar keine reale Chance die Hard-Core Skins von ihrem faschistoiden Tripp herunter zu bekommen, wir sollten es uns aber als Ziel setzen, daß nicht noch mehr von ihnen zu den Faschisten abdriften. Das demonstrative Vorleben einer solidarischen Gegengesellschaft würde unsere Anziehungskraft auf sozial Ausgegrenzte sicher steigern. Sicher ist auch, daß sture Gegengewalt nutzlos ist. Unsere Kampfrituale scheiterten bereits an Bauzäunen, was sollen sie dann schon im Kampf um Köpfe bewirken.

Vor zehn Jahren, am 18.10.1977, wurden unsere GenossInnen Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader als Geiseln im Knast ermordet. Irmgard Möller überlebte schwer verletzt einen Mordanschlag.

Die Anstifter dieser Morde lieben es nicht, wenn über dieses Geschehen gesprochen wird. Sie wissen, daß die Diskussion über diese Morde, die Diskussion über den Inhalt, für den die Ermordeten standen, mit sich bringt. Dieser Inhalt - dessen Ziel der Kommunismus ist und dessen Mittel der Aufstand der Massen und der bewaffnete Kampf sind - ist verboten. Aus diesem Grund wird die Demo am 17.10.1987 zum zehnten Jahrestag der Morde ein Angriff sein, ohne daß auch nur ein Stein fliegt - wir werden diesen Inhalt auf die Straße tragen.

Demo am 17. 10. 87, 11° in Stuttgart, Bismarckplatz



"Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnten und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist."
(aus: Rote Armee Fraktion, "Das Konzept Stadtguerilla")

"Die militärische Linie der Bewegung 2.Juni ist nicht von der politischen Linie getrennt und ist ihr nicht untergeordnet. Wir betrachten beide Linien als untrennbar verbunden. Sie sind zwei Seiten derselben revolutionären Sache. Die Linie der Bewegung 2.Juni ist einheitlich politisch militärisch. Sie ist revolutionär. Die legal arbeitenden Genossen arbeiten an der Basis, in den Stadtteilen, in den Betrieben, in den Basisgruppen, in den Schulen, in den Universitäten, und sind bemüht, an der Vereinheitlichung der städtischen Massenfront mitzuwirken."
(aus: Bewegung 2.Juni, "Programm")

"Was wir wollen ist Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann mal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen."
(aus: Interview mit einer Revolutionären Zelle)

Wir denken, daß für die Frage was dieser Jahrestag für uns bedeutet, die Klärung der Entwicklung hin zu diesem Ereignis wichtig ist.

Eine der Absichten mit der die Bourgeoisie '33 den Faschismus etablierte war die Auslöschung des Klassengedanken in der Arbeiterlnnenbewegung. Diese Absicht (und nicht nur diese) wurde in der BRD ebenfalls zu einem bestimmenden Moment der Innenpolitik. Die brutale Niederschlagung der in das "Machtvakuum" drängenden ArbeiterInnenrevolten '45-'49, der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und das KPD-Verbot '56 mögen als Belege dafür genügen.

Die Notstandsgesetze waren der bedeutenste Ausdruck eines neuen Abschnitts systematischer konterrevolutionärer Aufrüstung: Ideologisch nicht nur durch die Springerpresse; technisch-militärisch durch die Aufrüstung von Bullen, BGS, den Geheimdiensten und der Bundeswehr nach Innen; formal-juristisch durch Gesetze(verschärfungen) in nahezu allen Bereichen, vom Haft- bis hin zum Ausländerrecht.

In keinster Weise zufällig fand die Bereitstellung dieser Repressionsinstrumentarien parallel zur "Krise" '66/'67 statt. Schon kurze Zeit später sollte klar werden wofür. Über die antiimperialisitischen, zunächst am Krieg in Vietnam orientierten, studentischen Proteste hinaus entwickelte sich eine Vielzahl von Kämpfen, die nahezu sämtliche Segmente der ArbeiterInnenklasse umfasste:

- Die starke Streikbewegung in den Fabriken, erinnert sei hier nur an die Septemberstreiks '69, den Streik in der Chemieindustrie '71 oder an die wilden Streiks '73. Im Verlauf dieser Streikbewegungen, deren Inhalte nicht nur hohe Lohnforderungen und Kampf gegen die Arbeitshetze waren, sondern die ebenso durch hohe Festgeldforderungen und Forderungen nach Streichung von Leichtlohngruppen das "Gleicher Lohn für Alle" auf die Tagesordnung setzte, kam es zu harten militanten Auseinandersetzungen mit Werkschutz und Bullen.

- Die SchülerInnen-, Lehrlings- und Jugendbewegung, die sich vor allem durch Leistungsverweigerun widersetzte und selbstbestimmte Freiräume wie Jugendzentren erkämpfte. Ihre antiautoritäre Orientierung griff die reaktionäre Moral an und wirkte zersetzend auf bürgerliche Werte.

- Die Häuser-, Miet- und Fahrpreiskämpfe deren Inhalt die Aneignung gesellschaftlichen Reichtums war.

- Die Kämpfe in den Anstalten, Heimen und Knästen gegen die Zurichtung der Insassen für die Erfordernisse der Mehrwertproduktion und gegen Folter.

In all diesen Kämpfen gabs radikale, linke Strömungen, mit dem Ziel proletarisch revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln, die Kämpfe zu organisieren und in Zusammenhang miteinander zu bringen. Sie erreichten dadurch eine neue Qualität, daß in ihnen erstmals seit Gründung der BRD der Versuch unternommen wurde, direkt gegen Staat und Kapital, gegen die "spätnazistische Leistungsgesellschaft" (Karl Heinz Roth) zu mobilisieren. Gleichzeitig unternahmen Linksradikale Anstrengungen, einen starken, antiimperialistischen Internationalismus zu entwickeln, den Imperialismus in der Metropole anzugreifen.

Mit Bezug darauf und aus diesen Kämpfen heraus entschieden sich zunächst die RAF, ihr folgend Bewegung 2. Juni und die RZ, für einen Weg, dessen historische Bedeutung in der Etablierung des bewaffneten Kampfes in der Metropole BRD liegt. Daß diese Konzepte auf Sympathie und Solidarität bei Vielen stießen, beweisen die vielzitierten, aber nie veröffentlichten, Umfrageergebnisse, nach denen 1971 um die 25% der 19-24jährigen soweit mit der RAF sympathisierten, daß sie bereit waren, auch bei Androhung von Strafverfolgung RAF-GenossInnen vor den Bullen zu verstecken.

Klar, daß diese Entwicklung der Verbindung von militanten Kämpfen mit Massenperspektive und der Organisierung bewaffneter Gruppen den Staat zur Reaktion zwang. Auch wenn die erreichte Stärke dieser Bewegung, vor allem wegen der nicht gelungenen Verbindung all dieser Kämpfe der Klassensegmente untereinander und mit den politischen Ansätzen der revolutionären Gruppen, es nicht erlaubte von einer revolutionären Situation zu sprechen, konnte die Bourgeoisie nicht bis dahin warten. Sie mußte ein Instrumentarium bereithalten mit dem es möglich war, die sich entwickelnden Bewegungen zu zerschlagen und andererseits, falls das aus irgendwelchen Gründen mißlingen würde, die offene terroristische Diktatur rechtlich abzusichern und praktisch durchzusetzen.

Die andere Seite dieses Konzeptes stellte die sozialdemokratische Strategie der Reform und Integration dar, die in den Betrieben durch Klassenspaltung, Gewerkschaftsstrategie und Umstrukturierung und an den Unis durch Amnestie und Bildungsreform befriedend eingreifen sollte. In den Knästen bekamen diese beiden Seiten eines Konzeptes ebenfalls Bedeutung. Für die politischen Gefangenen wurde die Folter durch Isolation, Razzien, Zwangsernährung und dergleichen zielgerichtet zur Vernichtungshaft reformiert. "Soziale" Gefangene bekamen den sozialliberal reformierten Stufenvollzug zu spüren.

Die GenossInnen aus der RAF haben in dieser Zeit weitergekämpft. Sie haben 1977 den obersten Aufstandsbekämpfer, Generalbundesanwalt Buback und den Chef der Dresdner Bank Ponto erschossen; um 11 GenossInnen aus der Folte zu befreien den SS-Haudegen, Daimler-Chef und Arbeit"geber"präsidenten Schleyer entführt. '77 hatte bereits vieles aus den Entsolidarisierungskampagnen gegriffen. Aus dieser Position heraus entschloß sich - welches verwaltende Gremium der Bourgeoisie auch immer - die Geiseln in Stammheim zu liquidieren. Sie schlugen damit nach dem Teil der Linken der Unterwerfung und/oder Verrat noch nicht auf seine (zusammengerollten) Fahnen geschrieben hatte. Die Morde zielten also in mehrere Richtungen:

- Zerschlagung des bewaffnet kämpfenden Ansatzes Rote Armee Fraktion.
- Damit der Versuch der Zerschlagung aller bewaffnet kämpfender Gruppen in der BRD.
- Versuch der Zerschlagung einer Herausbildung einer (auch "nicht bewaffnet") kämpfenden, radikalen, antagonistischen Linken.
- Versuch der Zerschlagung der öffentlichen ("legalen") Auseinandersetzungen mit den bewaffnet kämpfenden Gruppen.

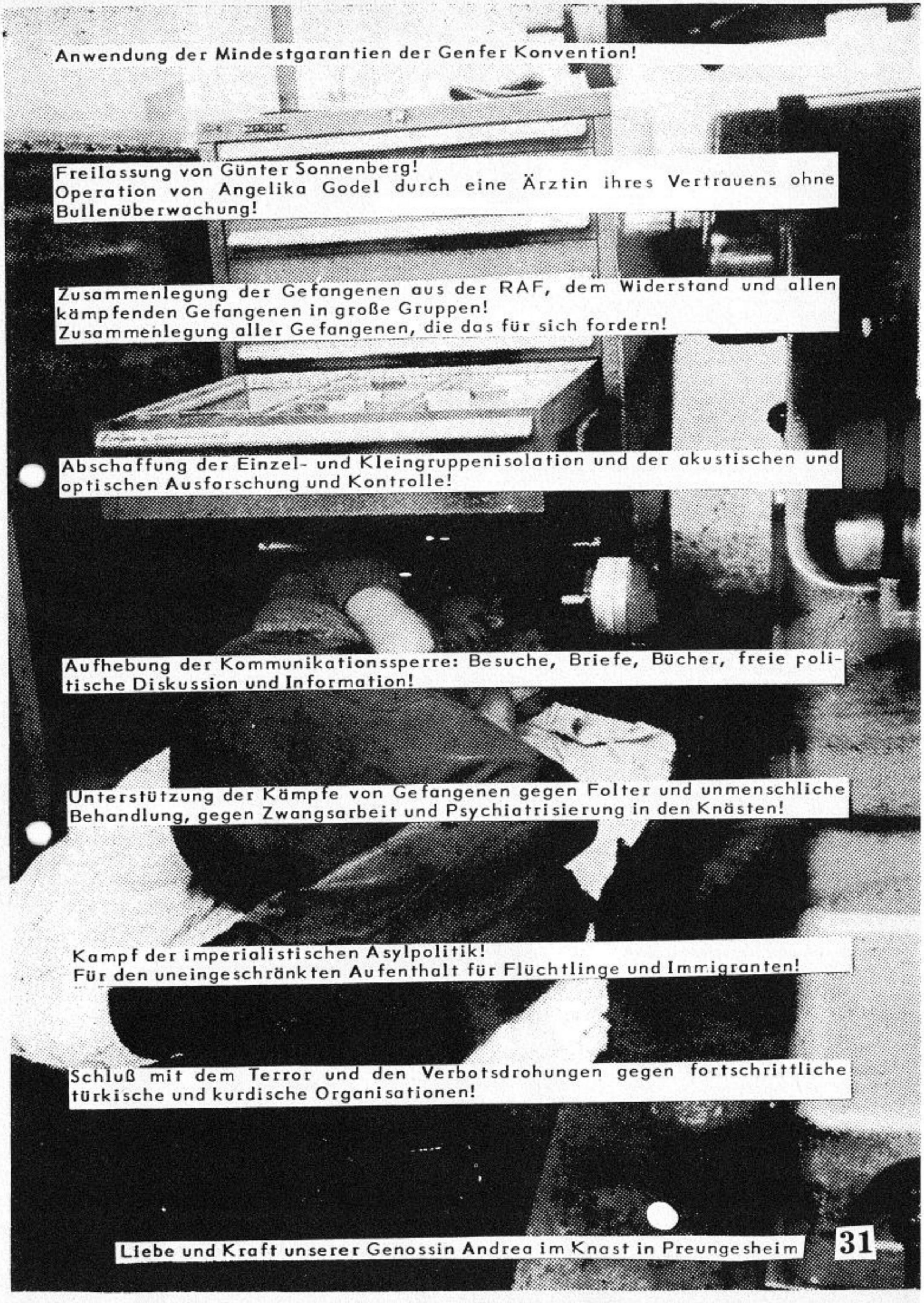
Insgesamt ging es also gegen die in der BRD historisch durchgesetzte Aufnahme des bewaffneten Kampfes überhaupt, gegen neu entstehende Massenbewegungen und der sich darin herausbildenden antagonistischen Kräfte. '77 war ein neuer Einschnitt: die bis dahin schon laufenden Entsolidarisierungskampagnen der Herrschenden, die Versuche der Entpolitisierung des bewaffneten Kampfes (da war ihnen kein Mittel zu dreckig - bis hin zur Pathologisierung) spitzten sich - für "die Linke" - auf eine Entscheidungssituation zu. War vorher die Integration weiter Teile der reformistischen und Spontilinken ins System weit fortgeschritten, wurde ab '77 das Verhalten dieses, großen Teils der "Linken" bestimmt durch demonstrative Unterwerfung und Denunziation.

Die Alternative stand offen zutage: Aufnahme in die Arme der Herrschenden oder Aufnahme des entschiedenen revolutionären Kampfes. Die durch Repression oder Reform aus der Linken herausgebrochenen und ins System integrierten Figuren und Gruppen sollten aktiver Bestandteil der Aufstandsbekämpfung werden. Dabei war es unerheblich ob diese Figuren und Gruppen jemals revolutionäre Positionen vertraten (wie Mahler, Klein, Baumann etc.) oder ihr Verrat schon im Ansatz begründet lag (wie "Langer Marsch" Redaktion, Fischer usw.).

Wir sehen also, daß die Morde in Stammheim, genauso wie die Morde in den Jahren zuvor, gegen uns alle gerichtet waren. Folter und Mord im Knast sind immer gegen uns gerichtet, gefangene GenossInnen sind immer Gefangene die uns angehen, strategische oder konzeptionelle Differenzen im Knastkampf nur Grund eine eigene konkrete Praxis zu entwickeln. Das Konzept der Aufstandsbekämpfung ist ein einheitliches Konzept, in dem Maßnahmen gegen gefangene Revolutionäre ebenso ein Teil sind, wie Maßnahmen gegen militanten Massenwiderstand (vgl aktuelle Gesetze) oder die präventive Klassenspaltung (Frauen - Männer "Deutsche - AusländerInnen, Garantiert Entgarantierte...)

'77 setzte Bedingungen mit denen wir heute konfrontiert sind. Was die Konterrevolution betrifft können wirs hier schnell abhandeln: Die Faschisierung ist weiter fortgeschritten; ideologisch, militärisch, juristisch. In den Knästen wird weiter gefoltert und gemordet. Aber Umgehen mit '77 kann nicht nur Starren auf Konterrevolution und Repression heißen - schließlich ist die Existenz einer klassenbezogenen, revolutionären Linken, in der wir Teil sind, Beweis dafür, daß das Kalkül der Schweine nicht aufgegangen ist - sondern fordert die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Klassenkämpfe, mit dem was damals richtig war und mit den Fehlern der GenossInnen und damit die Weiterentwicklung unserer Organisierung, der Orientierung an und der Intervention in die Klassenkämpfe, des Kampfes gegen das Patriarchat, der Analyse der Metropolenrealität und des proletarischen Internationalismus.

einige Autonome


Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention!
Freilassung von Günter Sonnenberg!
Operation von Angelika Godel durch eine Ärztin ihres Vertrauens ohne Bullenüberwachung!
Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in große Gruppen!
Zusammenlegung aller Gefangenen, die das für sich fordern!
Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle!
Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information!
Unterstützung der Kämpfe von Gefangenen gegen Folter und unmenschliche Behandlung, gegen Zwangsarbeit und Psychiatrisierung in den Knästen!
Kampf der imperialistischen Asylpolitik!
Für den uneingeschränkten Aufenthalt für Flüchtlinge und Immigranten!
Schluß mit dem Terror und den Verbotsdrohungen gegen fortschrittliche türkische und kurdische Organisationen!
Liebe und Kraft unserer Genossin Andrea im Knast in Preungesheim
31

DER STAATSTERROR IM GESAMTSYSTEM DER BRD AM BEISPIEL DES SCHULSYSTEMS

I) Vorbemerkung

Folgender Artikel entstand aus einem Manuskript, das ursprünglich für ein Schulreferat vorgesehen war. Da der betreffende Lehrer das Thema des Referats scheinbar offen gelassen hatte, lag es nahe, ein Experiment zu starten, inwieweit es möglich ist, unsere Politik auch an den Schulen zu vertreten und dem gefrusteten Schüler, der dazu neigt, ein Referat als willkommenes Unterrichtsvakuum zu betrachten, etwas zu vermitteln.

Nachdem der Vortrag schon nach den unter II) aufgeführten Gedanken trotz Interesse von Seiten der Mehrheit der Klasse durch den Lehrer mit dem fadenscheinigen Vorwand, das Thema entspräche "nicht den Vorstellungen", abgebrochen worden war, wurde dem referierenden Schüler schließlich die Note "befriedigend" erteilt, obwohl von einer Leitung, in der Platz für eine freie Entscheidung des Schülers über den selbstgewollten Umfang dieser Leistung gewesen wäre, keine Rede sein kann. Aus diesem Verhalten kann Mensch nur Entnehmen, daß sich die Schweine an der Schule und in den Ministerien recht gut über die Crux ihres Systems im klaren sind, das es gilt zu erhalten und auch sich beruhen zu lassen aus Gründen, die ich später näher erläutern will. Die Gegebenheiten und Probleme, die hier angesprochen werden, sind nicht konstruktiv gehalten, da es mir vor allem darauf ankommt, ihre Ursachen und Zusammenhänge klarzustellen und nicht etwa darauf, systemimmanente "Lösungsvorschläge" in den Raum zu stellen.

II) Zum Begriff "Staatsterror"

Jeder Staat ist totalitär. Der BRD-Staat definiert sich selbst (und damit auch andere Staaten) als einen "organisierten Verband, der eine eigenständige hoheitliche Gewalt über ein Gebiet und die darin befindlichen Menschen ausübt. (...) wesentlich ist der Begriff der Staatsgewalt, die Anordnungs- und Befehls-, Durchsetzungs- und Zwangsgewalt zugleich ist und Gebiet und Bevölkerung zu einer organisierten Einheit zusammenfaßt." (Meyers kleines Lexikon "Politik", Mannheim, 1986). Um die Privilegien einer kleinen Minderheit zu gewährleisten, unterdrückt der Staat jegliche freie Tätigkeit durch seine Institutionen und "ordnungskräfte" und bemüht sich, die riesigen sozialen Unterschiede durch Erziehung zu Gehorsam, Disziplin und Unterwerfung und durch Begriffe wie "Volksgemeinschaft", "freiheitliche Demokratie" und 'Grundrechte" zu kaschieren.

"Regiert sein, das heißt unter polizeilicher überwachung stehen, inspiziert, spioniert, dirigiert, mit Gesetzen überschüttet, reglementiert, eingepfercht, belehrt, bepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert, kommandiert zu werden. (...) Das ist die Regierung, das ist ihre Gerechtigkeit, das ist ihre Moral." ("Anarchie", Karin Kramer Verlag, Berlin, 1986). Beileibe nicht nur die Bullen, auch alle übrigen Organe des Staates, wie die Presse, der Rundfunk, das Fernsehen, die Kirche, die Institution der Familie und nicht zuletzt das Schulsystem tragen ihr Scherflein bei zur Verwirklichung der oben genannten Interessen und Absichten, die die Eigenschaft einer jeden Regierung sind. Von Kindheit an terrorisiert dieser wohldurchdachte Staatsapparat den Einzelnen in jeder Weise, so daß das Individuum auf seinen späteren Platz in der Gesellschaft zurechtgeschneidert wird, sich in einen vorgefertigten Rahmen einzufügen hat. Die Rolle des Menschen im Schweinesystem der BRD läuft mit der zunehmenden Perfektionierung der Unterdrückungsmaschinerie durch EDV, Vergrößerung des Bullenpotentials, sogenannte "Anti-Terror-Gesetze", Spezialisierung zu Fachidiotie und ähnliches mehr auf eine reine Funktionalisierung hinaus, d.h. das Leben des Einzelnen verliert an Bedeutung, gefragt ist nur noch seine Funktion im Getriebe.

III) Der Unsinn der Leistungsgesellschaft

Das gegenwärtige gesellschaftliche Zusammenleben in der BRD wird zum Großteil durch den Begriff des sogenannten "Leistungsprinzips" bestimmt, d.h. der angenommene Wert, die Einschätzung einer Leistung durch Zweitpersonen oder Institutionen stellt den alleinigen Maßstab für ihre Belohnung dar. Die materielle und soziale Chance und Anerkennung und die Stellung des Einzelnen im System wird also gemäß dessen Leistung vergeben. Es ergibt sich somit die (hierzulande eingehend genutzte) Möglichkeit einer umfassenden Ausnutzung und Ausbeutung der menschlichen Produktivkräfte, der geistigen und körperlichen Eigenschaften, Kenntnisse und Fähigkeiten durch die Träger von Produktionsmitteln, wobei "humane Werte", wie z.B. die "freie Entfaltung der Persönlichkeit", die es ja nie gegeben hat, v.a. im Arbeitsprozeß und im schulischen Sterben, völlig unter den Tisch fallen. Eine der Aufgaben des Schulsystems der BRD besteht nun darin, den Schüler durch den Ansporn zu Leistung mittels Anerkennung auf eben jene Verhaltensweise hinzutrimmen, das für ihn im späteren Berufsleben höchstmögliche Belohnungsniveau zu erreichen. Wie mensch einem Köter den Knochen für seinen Gehorsam vorwirft, er danach schnappt und mit dem Schwanze wedelt, so verpaßt mensch dem Schüler seine Zensur, auf daß er, Wichtigkeit erheischend, sich bei seinen Mitschülern über deren Noten informiere, um sich seines ach so bedeutenden Stellenwertes im Notenspiegel zu erfreuen. Dabei existieren keinerlei Maßstäbe für eine gerechtfertigte Bemessung jeglicher Leistung, da es aufgrund der völlig unterschiedlichen Voraussetzungen, die die "Leistenden" mit sich bringen, unmöglich ist, eine bestimmte Leistung in ein Verhältnis zu einer anderen Leistung zu setzen. Genau dieses Unmögliche wird einem aber von den Herren Kultusministern als möglich und sinnvoll verkauft! Das geschieht v.a.

durch die berühmte "Meßskala", die bekanntlich von 1=sehr gute Leistung bis 6=ungenügende Leistung reicht. Jene trägt aber aufgrund des vorher Gesagten keinerlei Möglichkeit in sich, irgendeine Beziehung zwischen dem "Lernenden" und seiner leistung auszudrücken. Sie kann also keinen anderen Sinn haben, als dem Schüler entweder ein Gefühl der Unzulänglichkeit zu geben, um bei ihm im späteren Leben bei sozialen Mißständen keinen Gedanken des Unwillens oder gar der Rebellion gegen das Schweinesystem aufkommen zu lassen, oder ihm die Rechtfertigung seiner Führungsposition in der Gesellschaft zu vermitteln.

IV) Notenterror

Weiterhin stellen Zensuren eine Beurteilung dar, die sich auf den ganzen Menschen und nicht allein auf dessen schulische Leistung erstreckt. Ein "schlechter" Schüler gilt nun einmal gemeinhin als ein dummer und fauler Mensch bei seinen Mitschülern, die seine Verhaltensweisen, die er in der Schule an den Tag legt, auch auf sein übriges Leben übertragen. So abgestempelt und in eine unnatürliche Rolle gedrängt, greift diese "Unzulänglichkeit" selbstverständlich auch auf sein außerschulisches Leben über und er bestätigt somit nur das Klischee seiner Mitmenschen. Bei einem "guten" Schüler läuft die Sache analog: Er wird in seiner Fähigkeit, seinem vermeintlichen Können bestärkt und verhält sich in seinem übrigen Leben mit der Zeit immer mehr so wie in der Schule. Dieses aber ist voll und ganz beabsichtigt! Wie anders läßt sich das sogenannte "Recht" des Lehrers auf eine Beurteilung des Schülers, den er ja nur im Rahmen der Schule, nicht aber in seiner übrigen Person erfassen kann, erklären, als allein durch die Tatsache, daß der Staat den mehr oder minder erfolgreichen Versuch macht, die zunächst vorhandenen Individuellen Grundbedürfnisse eines Menschen, wie z.B. Freiheit, den Ansprüchen der Gesellschaft anzugleichen bzw. den von Geburt an vorhandenen Willen des Individuums zu brechen und eine Entfaltung der Persönlichkeit im Rahmen systembezogenen Denkens ablaufen zu lassen, so daß das Adjektiv "frei" in diesem Zusammenhang nur reiner Hohn sein kann? Durch das Schulmilieu wird somit die eigentliche Persönlichkeit des Menschen zersetzt und entfremdet; das Autoritätsgefüge an einer Schule zwingt jeden Schüler, seine natürlichen, angeborenen Verhaltensweisen zu verleugnen.

V) Die Schule als Instrument zur Schaffung von Klassen

Das gesamte Schulsystem der BRD stellt somit eine riesige Sortierungsmaschinerie dar, die Menschen aussortiert, entsprechend ihrer funktionellen Brauchbarkeit einzelnen Berufssparten zuordnet und das "Materiale" seinem letztendlichen Platz in der Gesellschaft zuordnet. Auch wenn innerhalb der vier Glieder Sonderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium in hübsch liberaler Manier noch eine Auffächerung in einzelne "Bereiche", wie z.B. technischer, sozialer, naturwissenschaftlicher Zweig erfolgt, so wird doch der Schüler auf den Zweig, den er gewählt hat, funktionsgerecht genormt, um seinen Beruf später mit der größtmöglichen Effektivität für die Ausbeuter ausführen zu können. Aus dem Umstand, daß der Schwerpunkt unserer Region zur Zeit auf Fächern wie Mathematik, Physik und Informatik liegt, läßt sich erkennen, daß es gerade diese Auffächerung ist, die den Herrschenden das Mittel in die Hände gibt, für ihre Interessen das Potential an Ingenieuren heranzuzüchten, das sie z.B. für den Betrieb einer WAA benötigen und die Ausbildung der Situation einer jeden Region anzupassen. Mensch wird so, durch die verschiedenartigen geistigen, körperlichen und interessenbezogenen Voraussetzungen bedingt, in verschiedene Klassen eingeordnet. Diese Schaffung von Klassen läßt sich gut am sportlichen Interesse von Akademikern beobachten, die meistens Golf der Tennis spielen, während ein Arbeiter mit Hauptschulabschluß sich wahrscheinlich eher einem Fußballverein anschließen wird. Es läßt sich somit eine durchgeplante Steuerung der Interessen eines Individuums ersehen, die den autonomen Anspruch, den dieses in sich birgt, ausmerzt, um Systemfeindlichkeit zu vermeiden.

VI) "nuestra juventud libre"

Ferner soll auch durch eine einseitige politische Beeinflussung an den Schulen, durch die Vorgabe einer bestimmten Parteirichtung besonders an den bayrischen Gymnasien, welche die Brutstätten der späteren geistigen Führungsschicht darstellen, eine Mentalität erweckt werden, die mensch gemeinhin als christlich-sozial bezeichnet und die eine ernsthafte Bedrohung für jeden frei denkenden Menschen darstellt. Mensch denke dabei nur an verschiedene Aushänge an "schwarzen Brettern" in Gymnasien, deren Inhalte von Manipulation zum Thema Atomenergie bis hin zu "frischem Wind in der Wirtschaft" reichen oder an die Verfälschung geschichtlicher Tatsachen in bewußter Absicht: Ich kann mich nicht erinnern, im Geschichtsunterricht jemals etwas über die Existenz, geschweige denn die Struktur und Organisation freier Gesellschaften gehört zu haben. An den Hauptschulen ist dieses Phänomen der Manipulation aus dem einfachen Grund nicht so ausgeprägt zu beobachten, weil die Mitwirkung eines ehemaligen Hauptschülers im politischen Prozeß sich auf das Wählen beschränkt, während ein ehemaliger Gymnasiast in Funktionärsposition gut daran tut, die Linie der CS-Union zu vertreten. Der vielzitierte Satz, die "Schule sei ein Apolitikum", ist schlechtweg eine Lüge. Der demokratisch pluralistische Anspruch dieses System erweist sich mit der manipulativen Handhabung der Erziehung in diesem Staat als reine Farce. Schule tötet!

Hinein in die Betriebe?

Wir wollen hier Stellung nehmen zur Perspektivdiskussion, die in einigen Zusammenhängen geführt wird. Dabei soll dieser Artikel nur ein Diskussionsansatz sein.

Konkret beschäftigt uns die Frage, welche "Zielgruppe" autonome und anarchistische Politik ansprechen soll. Aktuell wird diese Frage einerseits durch Tendenzen innerhalb der Autonomen, der politischen Arbeit im klassischen Industrieproletariat mehr Bedeutung zukommmen zu lassen, andererseits durch den Riot von Kreuzberg am 1.Mai.

Als Anhang des Artikels veröffentlichen wir einen Auszug aus Bakunins "Schrift gegen Marx", weniger um mit "Klassikern" um uns zu werfen, als um bewußt zu machen, wie alt diese Auseinandersetzung ist.

Uns liegt viel daran, mit den Gruppen die bezüglich dieser Frage anderer Meinung sind, zu einer solidarischen Auseinandersetzung zu kommmen.

Heutige Situation

Nachdem die "Wirtschaftswundertechnologien" Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie im wesentlichen ausgereizt sind, setzt das Kapital auf neue Technologien. Dies sind vor allem die Mikroelektronik, die Gentechnologie und der Energiesektor. Allen neuen Technologien ist gemein, daß sie in hohem Maße kapital- und wenig arbeitsintensiv sind. Tendenziell versuchen die HERRschenden die Fabriken weitgehend arbeiterfrei zu organisieren. Damit soll die Profitrate gesteigert und die Grundlage sozialer Kämpfe in den Betrieben weitgehend beseitigt werden. Es ist daher zu erwarten, daß der Anteil des Industrieproletariats an der Gesamtbevölkerung weiter abnimmt. Weiterhin wird diese Entwicklung zu einer verschärften Aufspaltung der Gesellschaft führen. Auf der einen Seite die, die an den neuen Technologien teilhaben (Programmierer*Innen, qualifizierte Leute für die Roboterfließbänder usw.) und durch relativ hohen Verdienst ins System integriert werden sollen, auf der anderen Seite jene, die aus den Fabriken entlassen werden und zwangsläufig in die Unterklassen absteigen. Verstärkt wird diese Entwicklung noch durch den Einsatz von Computertechnologie in den Büros, der zur "Freisetzung" vieler Angestellter führt.

Entscheidende Klassen heute

Die entscheidenden Klassen im heutigen Klassenkampf sind nach unserer Ansicht die Unterklassen, da sie der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung am direktesten ausgesetzt sind. Zum einen, weil sie als ersetzbare Arbeitskräfte gezwungen sind zu schlechtesten Löhnen zu arbeiten ,durch die Zunahme der Automatisierung wird dieser Faktor noch verstärkt, und zum anderen durch entgarantierte Arbeitsverhältnisse, in denen sie als Teilzeitarbeitskräfte und Jobber arbeiten. Zu diesen Unterklassen zählen desweiteren noch Arbeitslose, Heimarbeiter*Innen, Hausfrauen, Rentner*Innen mit wenig Einkommen, viele Schüler*Innen und Student*Innen und Sozialhilfeempfänger*Innen. Unter den zuletzt genannten sind besonders die jugendlichen Arbeitslosen zu beachten, da sie am schlimmsten von den kapitalistischen Zuständen betroffen sind. Ihre Enttäuschung kann sich schnell in militanten Aktionen gegen die bestehenden Verhältnisse äußern. Durch ihren Ausschluß aus der Gesellschaft sind sie dem doppelten Druck durch Eltern und sozialen Umfeld ausgesetzt. Das entscheidende an den Unterklassen ist die in ihnen liegende sozialrevolutionäre Brisanz. Durch ihre soziale und wirtschaftliche

...Lage, und zum Teil durch ihre Ghettoisierung, sind sie für das System zum unberechenbaren Faktor geworden. Ihre Lage wird sich weiter verschlechtern und ihre Zahl zunehmen, da der Ausgrenzungsprozess des Kapitals einem neuen Höhepunkt zustrebt. Ihre Lage verschlechtert sich ständig und wird noch durch laufende Entrechtungen verschärft. Sie bilden das revolutionäre Subjekt, das schon jetzt zu Aufständen bereit ist

Diese Faktoren zu erkennen und zu nützen ist Ausdruck richtiger Strategie und Taktik im Kampf gegen das Schweinesystem.

Dagegen ist das traditionelle Industrieproletariat z.z nicht revolutionär und teilweise korrumpiert. Seine relativ privilegierte Stellung im Produktionsprozess und seine relativ gute Entlohnung hält sie (noch) bei der Stange des Kapitals. Die politische Qualität des Industrieproletariats ist heute eher konservativ oder liberal. Sie haben inzwischen schon Besitz, den sie auch eifersüchtig hüten. Außer ihren Ketten haben sie noch einiges mehr zu velieren und das hindert sie wirkungsvoll in den Klassenkampf einzugreifen. Die Bestechung der Facharbeiter ist heute nur deshalb möglich, weil Teile der Extraprofite aus der Ausbeutung der "3.Welt" als Bestechungssold verwendet wird. Die relativ gute materielle Lage der Facharbeiter ist direkt der imperialistischen Ausbeutung der "3.Welt" geschuldet.

Konsequenzen

Angesichts der heutigen Lage und wahrscheinlichen Entwicklung kann es nicht unsere Aufgabe sein, wie in den 70'ern die K-Gruppen den Marsch ind die Betriebe zu propagieren. Vielmehr müssen wir die Arbeit in den Unterklassen, denen wohl auch die Mehrzahl von uns angehört, verstärken. Das heißt, die Probleme der Entgarantierten (Miete, Sozialamt, Arbeitsamt, Jobs, kein Zugang zu Waren usw.) müsen aufgegriffen werden. Eine mögliche Form ist die massenhafte Selbstaneignung von Waren und "Dienstleistungen". Künftige Klassenkämpfe werden wohl so ähnlich aussehen wie der Riot in Kreuzberg. Natürlich soll das nicht heißen, daß Leute, die sowieso im Betrieb sind, dort keine politische Arbeit machen sollen.

Soweit fürs Erste.

Für die soziale Revolution

Anhang:

....Es ist sicher, daß die Internationale, hätte sie den Atheismus als verpflichtendes Prinzip in ihr Programm aufgenommmen, die Blüte des Proletariats aus ihrer Mitte ausgeschlossen hätte – und unter diesem Begriff verstehe ich nicht, so wie die Marxisten, die oberste, zivilierteste und wohlhabenste Schicht der Arbeiterwelt, diese quasi-bürgerliche Arbeiterschicht, genau die, deren sich jene bedienen wollen, um ihre vierte Regierungsklasse zu konstituieren, und die, brächte man keine Ordnung in das Interesse der großen Masse des Proletariats, tatsächlich dazu fähig wäre, eine zu bilden, denn mit ihren relativen, quasi-bürgerlichen Wohlstand ist sie unglücklicherweise nur zu tief von allen politischen und sozialen Vorurteilen und den engen Sehnsüchten und Ansprüchen durchdrungen. Man kann sagen, daß diese Schicht die am wenigsten sozialistische und am stärksten individualistische des ganzen Proletariats ist.

Unter Blüte des Proletariats verstehe ich vor allem jene große Masse, die Millionen von Nichtzivilisierten, Enterbten, Elenden und Analphabeten, die Herr Engels und Herr Marx dem väterlichen Regime einer sehr starken Regierung unterstellen wollen, zweifellos zu deren eigenem Wohl, so wie alle Regierungen bekanntlich im eigenen Interesse der Massen etabliert wurden. Unter Blüte des Proletariats verstehe ich genau dieses ewige Regierungsfutter, diese große Volkskannalie, die, fast unberührt von jeder bürgerlichen Zivilisation, in sich, in ihren Leidenschaften, Instinkten und Sehnsüchten, in dem Mangel und Elend ihrer gemeinsamen Lage alle Keime des zukünftigen Sozialismus trägt, und die allein heute mächtig genug ist, die soziale Revolution einzuleiten und zum Sieg zu verhelfen.(aus Bakunin: Schrift gegen Marx)

Großes, namhaftes Herrenatelier in München
...demeister oder ...ckschneider
...fe im Zusch...
...z-Mei...
Azubis (au... weibl.)
...fachma...
...lausmeisterei...
F. Maiberger + Partner oHG, 8000 München 2, ☎595412-1
...isterehepaar
...wagenfahrer
...Florist'
...her/Fein...
...mpflegerin
...auschlosser
...nen-Mechanik
Buffetdame
Spülerin
Café Guglhupf, Kaufingerstr. 5, ☎089/3512010 od. ☎2604863
Autohaus Neuried, ☎753049, Forstenrieder Str. 5, 8027 Neuried
Wir suchen ab sofort 4-Mann-Maurer-partie und 4-Mann-Zimmerer-Akkord-
Fernfahrer
Hausmeister-Ehepa...
Bäcker
Bäckerei, Konditorei Ludwi..., Münchner Str. 2, 8016 Feldk..., München, ☎089/9032182
Haus- u. Küchenhilfe
Köchin
Notengrafiker/in
Baggerführer
Lagerarbeiter
Damco-Fritz Rieder Spedition, Robert-Bosch-Str. 5, 8046 Gar...
VITALIS MÜNC...
Empfangsherr (Dame)
...sucht Metzge...
☎089/765816
...otosetzer
Gelernte Buchbinder
Kraftfahrer FS Kl.
Welcher Student mit guten En...

35

Neue Veröffentlichungen

Rezessionen

Im Oktober 1987, 10 Jahre nach den Morden von Stammheim, ist im Verlag GNN eine Dokumentation der Auseinandersetzung zwischen der Roten Armee Fraktion und dem Staatsapparat der BRD erschienen. Die Dokumentation enthält programmatische Schriften und Erklärungen der RAF sowie Texte des Staatsapparates und des gesellschaftlichen Oberbaus zwischen 1970 und 1984, schwerpunktmäßig bis 1977. Es ist erfreulich, daß die relevanten inhaltlichen Papiere der RAF nun "legal" und breit vertrieben werden können. Die Dokumentation umfaßt 130 Seiten im DIN-A-4-Format. Das Einzelexemplar kostet 8,00 DM, Buchläden, Wiederverkäufer usw. erhalten 30% Rabatt. Bestellungen an: GNN Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1, T. 0221/211558

Erfaßt - Gemustert - Kriegsbereit

30 Jahre Wehrpflicht
Graswurzelrevolution 1987 Nr. 113/114
Sonderheft "Widerstand gegen die Wehrpflicht", 68 Seiten, DM 6,-
Vertrieb: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Jüngst ging es durch die Presse: Die Zahl der Totalverweigerer ist erneut kräftig gestiegen. Totalverweigerung bedeutet die vollständige Ablehnung der staatlichen Wehrpflicht, angefangen mit der Erfassung über den Bundeswehr- oder Zivildienst bis hin zur Wehrüberwachung. Die Zeitschrift "Graswurzelrevolution" hat nun zum 30. Jahr der ersten Einberufung von Wehrpflichtigen in der BRD unter dem Titel "Widerstand gegen die Wehrpflicht" ein Sonderheft herausgebracht, das praktische Ansätze, Hintergründe und Diskussionen zur Wehrpflichtverweigerung in bisher einzigartiger Weise zusammenträgt.

Eingeleitet wird das Heft mit einem Plädoyer, den Widerstand gegen die "Kulturnorm Wehrpflicht" in der Friedens- und antimilitaristischen Arbeit verstärkt aufzugreifen: Hunderttausende sind von ihr betroffen und die ins Haus stehenden Verschärfungen (Verlängerung der Dienstzeiten, weniger Zurückstellungen und Ausmusterungen, Frauen zum Bund ...) schaffen zusätzlichen Konfliktstoff. Nachdem im ersten Teil Informationen zur Wehrerfassung, Musterung bis hin zum Thema "Abhaun nach Berlin" gegeben werden, findet in zwei umfangreichen Themenblöcken die Auseinandersetzung mit Zivildienst und Bundeswehrzeit statt.

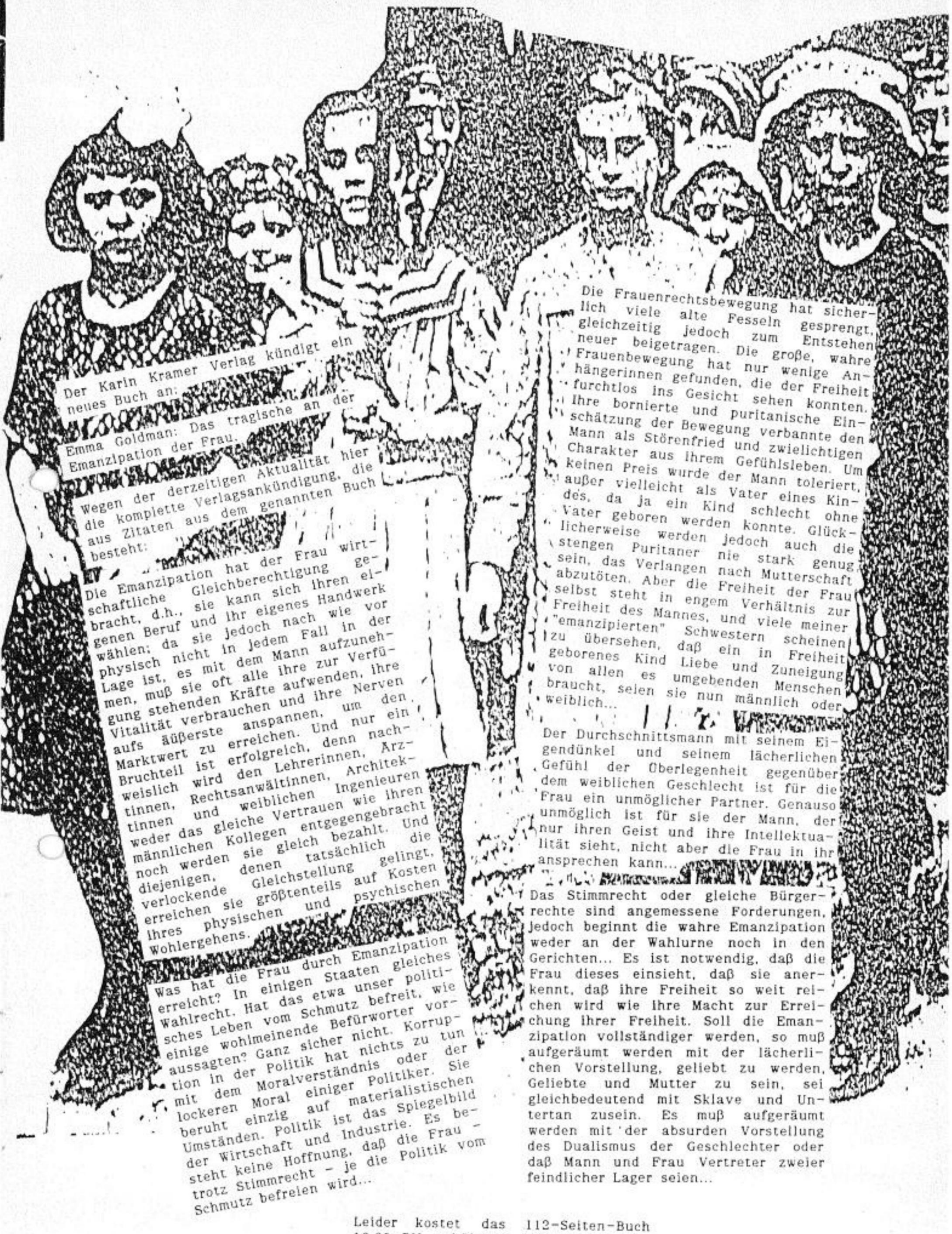
Dabei wird politische Arbeit im Zivildienst und der Bundeswehr keineswegs grundsätzlich abgelehnt, es werden Verbindungslinien geschlagen, die versuchen, Totalverweigerung und Widerstand in den Institutionen in einen Zusammenhang zu stellen.

Besonders berücksichtigt wird auch das Thema Repression und Solidaritätsarbeit mit wichtigen Anregungen für Betroffene und Unterstützergruppen. Neben dem Auslandsteil, in dem beispielhaft die Situation in Südafrika, Schweiz und Polen dargestellt wird, findet sich im historischen Teil ein Artikel, der es verdient, besonders hervorgehoben zu werden: Dieter Brünn schildert die wenig bekannte Geschichte des Widerstandes amerikanischer Wehrpflichtiger gegen den Vietnamkrieg.

Kurz: Dies längst überfällige Heft ist jedem wärmstens empfohlen und für die politische Arbeit zur Kriegsdienstverweigerung unverzichtbar.
(W.H.)

Das anarchistische Magazin AKTION erscheint inzwischen mit fünf Regionalteilen (Hamburg, Göttingen, Darmstadt, Hannover, Frankfurt), in der gerade erschienenen Nr. 29 ist u.a. ein ausführliches Interview mit der Hafenstraße, ein Bericht zu Freiburg u.v.a.m. enthalten. AKTION, c/o Libertäres Zentrum, Kriegstr.38, 6000 Frankfurt/M., T. 069/7381152

Die GRASWURZELREVOLUTION brachte kürzlich ein 76-seitiges Sonderheft zur "Sozialgeschichte des Antimilitarismus" heraus. Enthalten sind Texte von Arthur Lehning, Max Nettlau, Rudolf Rocker, Bart de Ligt, Pierre Ramus, Albert de Jong u.a. Thematisch wird Geschichte, verantwortliches Produzieren, die Verteidigung der Revolution und Theorie des Anarchismus behandelt. Wenn auch die meisten Texte eher nur in Bezug auf eine bestimmte Strömung des Anarchismus ausgewählt sind, finden sich doch viele interessante Abhandlungen. Was fehlt, wäre eine ausführlichere und ausgeglichenere Auseinandersetzung zur Gewaltfrage gewesen. Zum Einzelpreis von 8,00 Dm erhältlich bei Graswurzelrevolution, Nerstweg 32, 2000 Hamburg 50, T. 040/3909222



Der Karin Kramer Verlag kündigt ein neues Buch an:

Emma Goldman: Das tragische an der Emanzipation der Frau.

Wegen der derzeitigen Aktualität hier die komplette Verlagsankündigung, die aus Zitaten aus dem genannten Buch besteht:

Die Emanzipation hat der Frau wirtschaftliche Gleichberechtigung gebracht, d.h., sie kann sich ihren eigenen Beruf und ihr eigenes Handwerk wählen; da sie jedoch nach wie vor physisch nicht in jedem Fall in der Lage ist, es mit dem Mann aufzunehmen, muß sie oft alle ihre zur Verfügung stehenden Kräfte aufwenden, ihre Vitalität verbrauchen und ihre Nerven aufs äußerste anspannen, um den Marktwert zu erreichen. Und nur ein Bruchteil ist erfolgreich, denn nachweislich wird den Lehrerinnen, Ärztinnen, Rechtsanwältinnen, Architektinnen und weiblichen Ingenieuren weder das gleiche Vertrauen wie ihren männlichen Kollegen entgegengebracht noch werden sie gleich bezahlt. Und diejenigen, denen tatsächlich die verlockende Gleichstellung gelingt, erreichen sie größtenteils auf Kosten ihres physischen und psychischen Wohlergehens.

Was hat die Frau durch Emanzipation erreicht? In einigen Staaten gleiches Wahlrecht. Hat das etwa unser politisches Leben vom Schmutz befreit, wie einige wohlmeinende Befürworter voraussagten? Ganz sicher nicht. Korruption in der Politik hat nichts zu tun mit dem Moralverständnis oder der lockeren Moral einiger Politiker. Sie beruht einzig auf materialistischen Umständen. Politik ist das Spiegelbild der Wirtschaft und Industrie. Es besteht keine Hoffnung, daß die Frau - trotz Stimmrecht - je die Politik vom Schmutz befreien wird...

Die Frauenrechtsbewegung hat sicherlich viele alte Fesseln gesprengt, gleichzeitig jedoch zum Entstehen neuer beigetragen. Die große, wahre Frauenbewegung hat nur wenige Anhängerinnen gefunden, die der Freiheit furchtlos ins Gesicht sehen konnten. Ihre bornierte und puritanische Einschätzung der Bewegung verbannte den Mann als Störenfried und zwielichtigen Charakter aus ihrem Gefühlsleben. Um keinen Preis wurde der Mann toleriert, außer vielleicht als Vater eines Kindes, da ja ein Kind schlecht ohne Vater geboren werden konnte. Glücklicherweise werden jedoch auch die strengen Puritaner nie stark genug sein, das Verlangen nach Mutterschaft abzutöten. Aber die Freiheit der Frau selbst steht in engem Verhältnis zur Freiheit des Mannes, und viele meiner "emanzipierten" Schwestern scheinen zu übersehen, daß ein in Freiheit geborenes Kind Liebe und Zuneigung von allen es umgebenden Menschen braucht, seien sie nun männlich oder weiblich...

Der Durchschnittsmann mit seinem Eigendünkel und seinem lächerlichen Gefühl der Überlegenheit gegenüber dem weiblichen Geschlecht ist für die Frau ein unmöglicher Partner. Genauso unmöglich ist für sie der Mann, der nur ihren Geist und ihre Intellektualität sieht, nicht aber die Frau in ihr ansprechen kann...

Das Stimmrecht oder gleiche Bürgerrechte sind angemessene Forderungen, jedoch beginnt die wahre Emanzipation weder an der Wahlurne noch in den Gerichten... Es ist notwendig, daß die Frau dieses einsieht, daß sie anerkennt, daß ihre Freiheit so weit reichen wird wie ihre Macht zur Erreichung ihrer Freiheit. Soll die Emanzipation vollständiger werden, so muß aufgeräumt werden mit der lächerlichen Vorstellung, geliebt zu werden, Geliebte und Mutter zu sein, sei gleichbedeutend mit Sklave und Untertan zusein. Es muß aufgeräumt werden mit der absurden Vorstellung des Dualismus der Geschlechter oder daß Mann und Frau Vertreter zweier feindlicher Lager seien...

Leider kostet das 112-Seiten-Buch 16,80 DM, erhältlich beim Karin Kramer Verlag, Postfach 440417, 1000 Berlin-West 44, T.030/6842598

... HERZSCHLÄGE ... HERZSC

Betrifft: Hochspannungsmaststerben

vom 29.8.87 bei Mörfelden/Walldorf

Wir sehen diese unsere Aktion als Auftakt einer neuen bundesweiten Kampagne gegen den menschenverachtenden Ausbau des Nuklearprogramms in Wackersdorf, Hanau und anderswo.

Mit direkter Sabotage überall, anläßlich der Widerstandstage gegen die WAA und später, soll die Atommafia massiv bekämpft werden.

Vierzehn Monate nach Tschernobyl scheint die Taktiererei der Herrschenden nun auch in der Öffentlichkeit beendet zu sein. Dreist verkündet Umweltzerstörungsminister Töpfer, daß in Gorleben am Schacht weitergebaut wird, obwohl noch nicht einmal alle Ursachen des Unglückes vom Mai, bei dem ein Arbeiter ums Leben kam, geklärt sind. Der sich im Schauprozeß von Hanau befindliche Ex-Geschäftsführer der Plutoniumfabrik Alkem (an der die RWE zu 45% beteiligt ist) CDU-Bonze Warrikoff, fühlt sich keiner Schuld bewußt, eine Atomfabrik illegal betrieben zu haben.

Im Gegensatz zu bürgerlichen Kräften (Grünen + SPD) kommt es uns nicht darauf an, ob eine Atomanlage legal oder illegal arbeitet - sie gehört generell abgeschaltet!

Nachdem Anfang dieses Jahres von Resonanzmeßkörpern und vermehrter Überwachung von Strommasten die Rede war, scheint diese Form des Widerstands fast gänzlich (außer Masten in Baden Württemberg - wir grüßen unsere Freunde) eingeschlafen zu sein.

Kontinuität im aktiven Widerstand bedeutet für uns auch, daß man Aktionen macht, selbst wenn sie nicht immer in den Zeitungen stehen oder Fehlinformationen über die angebliche Bewachung von (mehr als 100.000) Strommasten verbreitet werden.

Diese Mastaktion ist als bundesweites Signal für einen forcierten und kontinuierlichen Angriff auf die herrschende Klasse zu sehen.

Auf bald und überall!
Revolutionäre Heimwerker

DOKUMENTATION

Das Kriegsprojekt WAA - Wackersdorf verhindern!

In der Nacht vom 15. zum 16. September haben wir in Berlin-Tempelhof an der Germelmannbrücke auf einer Baustelle einen großen Raupenbagger der DYWIDAG mit Brandsätzen zerstört. DYWIDAG ist neben Hoch-Tief, Heitkamp, Lurgi, Uhde + KWU aktuell am Bau der WAA beteiligt.

Perspektive von Angriffen gegen WAA-Baufirmen ist deren Arbeitsalltag überall empfindlich zu stören, ihre Profite zu schmälern, die Firmen letztendlich vom WAA-Projekt zurückziehen. Wichtig dazu ist eine bundesweite Ausweitung der Aktionen!

In diesem Zusammenhang begrüßen wir auf's schärfste die jüngsten Angriffe in Bochum gegen Heitkamp, bei München gegen DYWIDAG sowie die Erklärung der Anarchistischen Zellen.

Bis bald in der Oberpfalz zu den Aktionstagen + der Großdemo am 10. Oktober!

Autonome Zelle Erna Sielka

38

... und noch einige Tips:

In der Vergangenheit wurde das Gerücht verbreitet, Masten umzusägen sei ein Kinderspiel. Fehler können aber auch hier gemacht werden. Laßt euch deshalb genügend Zeit - zunächst beim Ausspähen eines Mastes (u.a. auf Hochstände, Jäger und mehrere Fluchtwege achten). Beim Beschaffen von Material kauft nicht zuviel (z.B. Sägeblätter) in einem Laden und kauft es durch unauffällige Leute.

Überlegt auf jeden Fall die Möglichkeit eines Unfalles. Warten bei einem Unfall kann zum Tode des/der Verletzten führen. Bei einem schweren Unfall deshalb schnellstens zum nächsten Krankenhaus. Das Leben von Genossen, aber auch von Unbeteiligten, ist wichtiger als die eigene Bedrohung durch Knast (aber das läßt sich durch umsichtiges Handeln reduzieren).

Späht unmittelbar vor der Sägeaktion nochmals die Umgebung aus. Achtet zugleich auf die Eigensicherung, denn laut FD (Fachdirektion Staatsschutz) in Hamburg werden an gefährdeten Objekten vermehrt Streifen gefahren (lest hierzu auch Radikal 133). Dabei wird ohne Licht gefahren - oft auch der Motor abgestellt und in die Dunkelheit gelauscht. Da Sägen Lärm verursacht, solltet ihr Wachen schon in größerer Entfernung aufstellen - möglichst mit Handsprechgeräten. Achtet darauf, daß wirklich nur in absoluten Notfällen ein Morse-/Pfeifsignal gegeben wird (möglichst nicht sprechen, da evt. zufällig von CB-Funkfans aufgenommene Stimmen zugeordnet werden können).

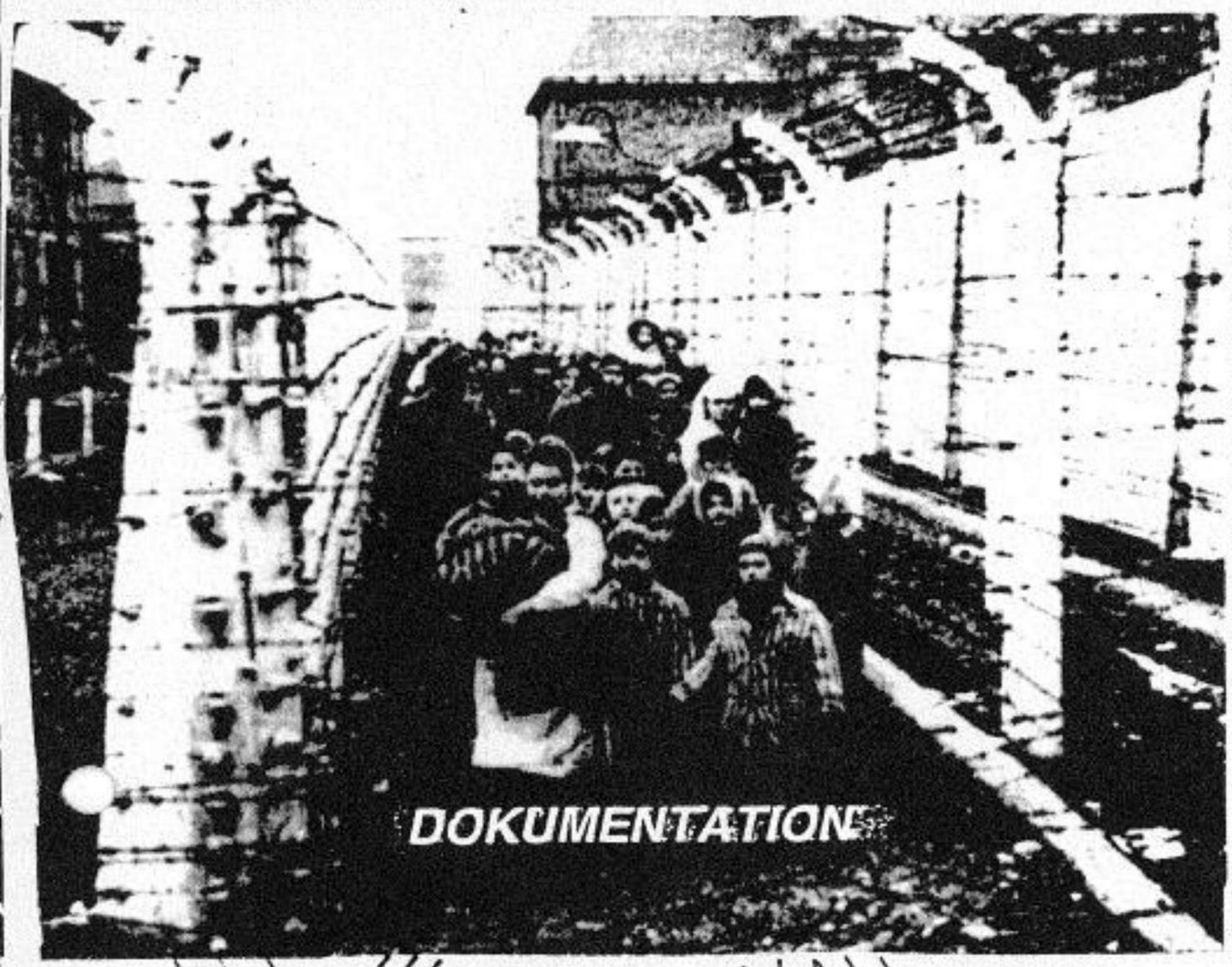
Nehmt zur eigentlichen Aktion geschlossene Handschuhe mit und dunkle Plastikregenmäntel. Man kann diese, wenn es knapp wird, leicht vernichten. Nehmt Gummistiefel mit. Es darf sich kein Metallpartikelchen in den Kleidern verfangen. Wechselt auf der Flucht die Kleidung und Schuhe.

Die Bullen gehen heute bei Stromausfall generell von Sabotage aus und haben für jeden Stromabschnitt spezielle Ringfahndungspläne in den Schubladen. Eure Zeitspanne für den Fluchtweg ist also kürzer als noch vor wenigen Monaten.

Viel Spaß und Erfolg wünschen euch trotzdem

Revolutionäre Heimwerker

HLÄGE... HERZSCHLÄGE...



An die Polizeisoldateska (und an ihre Auftraggeber)

Ihr habt die SS-Kaserne beim KZ Dachau übernommen, ihre Tradition ebenfalls, die alten Mauern und Stacheldrähte sollen Euch noch immer schützen. Ihr prügelt bzw. laßt auf Menschen einprügeln, die sich dem Atom(TOD)programm widersetzen oder die sich gegen den alten, neuen Faschismus wehren wollen. Ihr schützt, wie schon andere hirnlose Staatsbüttel vor Euch Kapital- und Machtinteressen, schützt den Staat, der nichts ist als ein Unterdrückungsinstrument der Herrschenden. Muß mensch Euch immer Eure Scheiße im Hirn gewaltsam umrühren, damit Ihr begreift, wohin der Zug geht? Gerade das ehemalige SS-Gelände ist eines der größten Polizeistützpunkte in Westdeutschland, und er hat eine wichtige Rolle im Aufstandbekämpfungskonzept, er dient u.a. als Erprobungs- und Trainingsgelände für neue Polizeiwaffen, für Wasserwerfertests usw. Ihr baut die sogenannte "Innere Sicherheit" weiter mit aus, doch es ist nicht die Sicherheit der Menschen hier und in aller Welt, sondern die Sicherheit für Kapital und Militärstrategen, die Aufrüstung, imperialistischen Krieg etc. weiter planen, vorbereiten und durchführen.

Der Kriegshaushalt für 1988 soll erneut um 1,5% auf 52,3 Milliarden DM ansteigen. Dazu kommen in andere Ressorts versteckte Kosten. Ziel dieser Aufrüstung ist nicht der Frieden, sondern die endgültige Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer neuen "Blitzkriegsarmee". Im Rahmen des Manövers "Kecker Spatz" in Bayern und Baden-Würtemberg wird es ab dem 15. September zum bisher größten Truppenaufmarsch in der BRD-Geschichte kommen. "Wenn die Herrschenden vom Frieden reden, weiß das gemeine Volk, daß es Krieg geben wird." Im Rahmen der NATO-Strategie geht es dabei auch um die Einbindung von schnellen Eingreiftruppen, in diesem Fall um die französische FAR (Force de Action Rapide), damit steigt auch die Möglichkeit für die BRD, sich an weltweiten Kommandounternehmen noch aktiver und direkter zu beteiligen. Bislang schien ein Blitzkrieg höchstens nach Westen durchführbar, nach Osten in die großen strategischen Tiefen der Sowjetunion jedoch aussichtslos. Das "Gefecht in die Tiefe" mit flexiblen Stoßverbänden des Heeres und einer neu strukturierten Luftwaffe soll neue Perspektiven ermöglichen. Zusammen mit Frankreich will die BRD Westeuropa auch zu einer eigenständigen imperialistischen Großmacht aufbauen, zwecks der eigenen spezifischen "Interessen" im Osten.

Diese Perspektiven müssen wir ihnen gründlich versalzen. Unsere Aktion gegen die Polizeikaserne in Dachau versteht sich in engem Zusammenhang mit dem 1. September 1939, als mit dem Überfall auf Polen ein Krieg begann, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Damals haben auch Kapital, Militär und Staatsapparat einen Krieg gestartet, der aber letztendlich im Osten verloren wurde. Doch die Herren aus den Vorstandsetagen basteln schon wieder an einer Wiederholung, und das mit Hilfe alter und neuer Nazis. Jüngste Ereignisse in Passau, die Vorfälle nach dem Tode von Bruchpilot Heß, der Aufmarsch der Narrenzöglinge in Wunsiedel, vor Spandau und vor der Feldherrenhalle zeigt das "liberale" Verhalten gegenüber der alten und neuen braunen Pest hierzulande. Kein Wunder, wurden die Konzerne, die den Krieg verschuldet hatten, die Hitler an die Macht brachten und die an Millionen von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern verdienten, nicht zerschlagen, sondern sie konnten sich zu neuer Größe emporheben. Kettenhunde werden wie immer gebraucht, wollen früh genug herangezogen sein. Klar, ihr von Polizei und Militär, hattet da immer schon Euren Schutzschirm um die Löcher gezogen, aus denen die Ratten krochen.

Denen, die mehrere Dutzend Millionen Menschen durch Blitzkrieg oder KZ bestialisch ermordeten, wie etwa dem Nazi-Schergen Heß, der alle Angriffskriege mitplante und der sich besonders bei der Verfolgung von Andersdenkenden, Juden usw. hervortat, der die Rassengesetze mit entwarf. Er arbeitete also die "Nürnberger Gesetze" mit aus und war nach dem Überfall auf Polen Verwalter des besetzten Gebietes. Er hatte nur ein wenig Pech, daß er zu denjenigen Figuren gehörte, die die Schweine aus taktischen Gründen im Zuge der "Entnazifizierung" opferten. Den Hintermännern wurde nach dem Krieg von den Westmächten kein Haar gekrümmt, sie wurden ja auch noch gebraucht. Wir haben nichts vergessen und Euch vergessen wir auch nichts.

Deswegen haben wir Euch jetzt in der Nacht zum 1. September besucht, und Euch ein paar Spielzeuge für die Schrottverwertung vorbereitet. Eurem Spieltrieb wird damit noch wenig angetan sein, doch wir verbleiben auf das nächste Mal.

Bullen habt Acht!
Wandelt das gesamte Gebiet des KZ Dachau in eine internationale Gedenkstätte um, auch die SS-Kaserne!
Kampf gegen jede staatliche Organisation, für eine freie, solidarische Gesellschaft!
Solidarität mit allen kämpfenden Gefangenen in den Knästen!

Brigade Schwarze Rose – Revolutionäre Zellen
1. September 1987

HAUSDURCHSUCHUNG IN ROSENHEIM

Die Bauarbeiten an der geplanten WAA in Wackersdorf schreiten trotz des breiten und massiven Widerstandes zügig voran. Doch nicht nur in der Oberpfalz ist der Kampf gegen die WAA und das Aufzeigen der bundesweiten Verflechtung der Atomindustrie bis in die Regierungsspitze notwendig.

Wichtiger Bestandteil des Widerstandes ist es gerade die regionalen Strukturen der Stromerzeuger aufzudecken.

Um die Rolle der IAW (Isar-Amper-Werke) in diesem Zusammenhang aufzuzeigen, fand im Dezember 86 in Rosenheim eine "Anti-Atom-Woche" statt. Die IAW versorgen den gesamten oberbayrischen Raum mit Atomstrom aus OHU I und demnächst OHU II bei Landshut und tragen über Anteile an der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben) zum Bau der WAA bei.

Neben zahlreichen Veranstaltungen zu diesem Thema wurde im Rahmen dieser Woche zu einem Spaziergang vor dem Hauptverwaltungsgebäude der IAW in Westerndorf/St. Peter aufgerufen.

Speziell die "Anti-Atom-Woche" wurde zum Anlaß genommen, die gesamten Rosenheimer Anti-AKW-Gruppen zu durchleuchten und einzuschüchtern. Zwar konnten sämtliche Veranstaltungen trotz ständiger Behinderungen, wenn auch unter Bespitzelung stattfinden, doch eine Reihe von Polizeimaßnahmen machten deutlich, worum es wirklich ging:

- Ein Schüler wurde beim Verteilen des Veranstaltungskalenders vor der Schule von der Kripo Rosenheim / Abteilung Politische Polizei festgenommen und durchsucht.
- Die Spaziergänger vor den IAW in Westerndorf wurden von ca. fünf Hundertschaften der Polizei und des Bundesgrenzschutzes erwartet. Das gesamte Gelände war gegen eventuelle "Angriffe" abgeriegelt. Die Personalien der meisten Teilnehmer wurden aufgenommen.
- Um den Widerstand vor Ort aufrecht zu erhalten, fand Anfang März ein weiterer Spaziergang statt. Diesmal jedoch waren die Einschüchterungsversuche härter, zahlreiche Personen wurden zur Personalienaufnahme festgenommen und bekamen später Zahlungsbefehle, wegen "Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung".
- Drei Wochen später gipfelten die staatlichen Repressionen in einer großangelegten Hausdurchsuchung. Aus der Zusammenstellung verschiedener, aus dem

Zusammenhang gerissener Zitate und Überschriften eines zur "Anti-Atom-Woche" verteilten Flugblattes wird ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Bewohner wegen "Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" konstruiert, ein Durchsuchungsbefehl erlassen und gleich auf das ganze Haus ausgeweitet.

24. März 6.45 Uhr

Ca. 30 Beamte der Polizei, des Staatsschutzes, des Landeskriminalamtes und Rauschgiftdezernats durchsuchten am Dienstag, den 24. März das Haus in der Kloeckelstraße in Rosenheim. Unter der Leitung zweier Staatsanwälte kehren sie vom Keller bis zum Dachboden das Unterste zu oberst.

Ab 6.45 Uhr wird das Haus umstellt. Sechs der neun Bewohner sind bereits unterwegs zur Arbeit. Zehn Minuten Sturmklingeln holt die Verbliebenen aus den Betten. Die Beamten bauen sich vor den Wohnungstüren in den drei Etagen auf, nachdem ihnen jemand schlaftrunken die Haustür aufgemacht hat.

Beim Öffnen hält der Erste gleich den Fuß in die Tür, drückt dagegen und verlangt barsch: "Machen Sie die Tür auf!" Erst auf hartnäckiges Dagegendrücken und Fragen nach dem Warum und Wieso wird der richterliche Beschluß vorgezeigt und sie dringen ein. Auf weitere Fragen geben die Beamten nur ausweichende Auskünfte und keinerlei Aufklärung über die Rechte. Eingeschüchtert von den eigenen Propagandalügen hatten sie wohl mit starkem Widerstand gerechnet.

Systematisch werden nun alle Zimmer gleichzeitig durchsucht. Drei Bewohner und eine Frau, die nur Gast ist, versuchen bei der Durchsuchung den Überblick zu behalten. Vergeblich. Eine Frau wird im Nachthemd lange Zeit in der Küche festgehalten. Räume der Hausbesitzerin werden kurzerhand aufgebohrt. Wäschestück für Wäschestück wird umgedreht, Bücher und Unterlagen werden Seite für Seite gesichtet. Anfänglich werden die Sachen noch zurückgestellt. Nachdem nach einer Stunde noch nichts zum Beschlagnahmen gefunden wurde, erlahmt der Eifer etwas. Sie geben sich jetzt jovial und hoffen, daß ihnen mit Erklärungen und Kommentaren zu den herausgegriffenen Gegenständen die Arbeit erleichtert wird. Einige versuchen nun in Briefen und privaten Fotos wenn schon nicht strafbares, so doch intimes zu erhaschen. Dies dürfen nach dem Gesetz nur Staatsanwälte.
Eine elektrische Schreibmaschine wird nur mitgenommen, weil sie sie für eine Schriftprobe nicht in Gang bekommen. Mit dem Recht am eigenen Bild werden Fotos von Spitzeln und Staatsschützern (auf öffentlichen Veranstaltungen) mitgenommen. Quittungen für die beschlagnahmten Fotos werden nicht ausgestellt. Die Mülltonne wird auf der Zufahrt entleert und durchwühlt. Der Bauhof wird bestellt und muß es wieder wegräumen.

Nach zwei Stunden Durchsuchung werden die beiden Beschuldigten zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Die Aktion hat in der Nachbarschaft starkes Aufsehen erregt und viele Leute stehen auf der Straße.

Da die Staatsschützer nichts gefunden haben, verabschieden sie sich mit "Auf Wiedersehen". Abschließend geben sie den Bewohnern noch schlechte Zensuren, da sie sich zu wenig kooperativ gezeigt haben.

Wie lächerlich und überzogen dies zunächst scheint, hiermit werden Ziele verfolgt, die alle betreffen.

Auch bei genauem Lesen des besagten Flugblattes können keine Stellen gefunden werden, in denen z.B. nach dem Motto "Zündet Häuser an, schmeißt Scheiben ein, oder gar Beraube deinen Nächsten" zu konkreten Straftaten aufgerufen wird. Doch in dem Kampf gegen das "geistige Umfeld des Terrorismus", in dem sich dieser Staat seit geraumer Zeit befindet, ist das auch augenscheinlich gar nicht mehr nötig. Gerade mit den neuen Sicherheitsgesetzen, unter die jenes Flugblatt wohl zum Leidwesen der Staatsanwaltschaft und seiner Helfer aus zeitlichen Gründen (sie wurden erst im Januar eingeführt) noch nicht fällt, soll nicht mehr Täterschaft sondern geistige Haltung verfolgt werden. Wer bekundet gegen WAA und Volkszählung zu sein, vielleicht sogar noch Widerstand dagegen leistet, ist verdächtig. Wer eine andere Meinung hat wird zum potentiellen Straftäter. Und dann reicht es schon, einen umgesägten Strommasten abzubilden, auch wenn alle Zeitungen und das Landeskriminalamt in einer Broschüre das Gleiche tun.

Doch egal was aus diesem konkreten Vorwurf einmal juristisch wird, eines haben die Rosenheimer Staatsschützer und die Staatsanwaltschaft in Traunstein schon jetzt geschafft: Endlich war der minimalste Vorwand entstanden, unter welchem das möglich war, was sie schon so lange ersehnten; nicht nur die Räume der direkt Beschuldigten, sonder ein gesamtes Haus mit engagierten Leuten in Rosenheim zu durchsuchen und damit auszuleuchten.
Den von dieser Aktion Betroffenen, aber auch allen anderen, die in dieser Gegend noch kritische Meinungen äußern, soll unmißverständlich klar gemacht werden, daß sie von Seiten des Staates mit allem zu rechnen haben. Wenn sich viele gegen den täglichen Wahnsinn in diesem Land wehren, müssen Exempel statuiert werden. Momentan trifft es konkret meist nur wenige, gemeint sind alle. Einige als "kriminell" darzustellen heißt: Alle sollen eingeschüchtert werden!

Während der letzten Tage haben wir aber gemerkt, daß bei vielen die von dieser Aktion der Polizei erfahren haben, nicht Angst und Einschüchterung, sondern Empörung und Wut entstanden sind. Wenn wir zusammenhalten und einsehen, daß wir alle gemeint sind, wird diese Strategie des Staates keinen Erfolg haben und Politik in Rosenheim zu machen, weiterhin möglich sein.

Unterstützt den Rechtshilfefond!
Spendenkonto: Raiffeisenbank Rosenheim, Nr. 45337399

9. 10. 1987, 9 Uhr Zimmer 81/0 Anbau – Prozeßtermin im Amtsgericht Rosenheim!

Monika und Frank (Brune/Erbe) sind eines gemeinschaftlichen Vergehens der öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach den §§ III, 316 und 25 StGB angeklagt.

Zur Anklage kam es, nachdem ein Mitarbeiter der Isar-Amper-Werke die beiden beim Flugblattverteilen gesehen haben will. Das Flugblatt mit dem Titel "Weg mit dem Atom-Staat" befaßt sich mit der Atompolitik u.a. der Isar-Amper-Werke. Als Aufruf zu öffentlichen Straftaten wird ein Bild gewertet, das zwei umgestürzte Strommasten zeigt, mit dem Untertitel "So wie die Dinge liegen, liegen sie gut!"

Im Verlauf der Ermittlungen kam es zu einer Hausdurchsuchung in der Kloeckelstraße. Das gesamte Haus, das von 3 WGs bewohnt wird, wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot auf den Kopf gestellt. Doch der gesuchte Gegenstand – die Schreibmaschine, mit der das Flugblatt getippt wurde – konnte nicht gefunden werden.

Die Anklage, die schon von ihrem Inhalt her auf wackeligen Füßen steht, muß sich also ganz auf die Aussage des Denunzianten vom Dezember 86 stützen. Das Ermittlungsverfahren läuft seit diesem Zeitpunkt.

Die Fragwürdigkeit der Anklage erhöht sich dadurch, daß Monika erst Monate später, aufgrund der ED-Behandlung nach der Hausdurchsuchung von den "Zeugen" 100% erkannt worden ist, sie aber schon vorher in den Ermittlungsakten als zweite "Täterin" benannt wird.

Den engagierten Leuten in der Region soll mit diesem Gesinnungsprozeß unmißverständlich klar gemacht werden, daß von Seiten des Staates mit allem zu rechnen ist. Wenn sich viele in diesem Land gegen den täglichen Wahnsinn wehren, müssen Exempel statuiert werden. Momentan trifft es konkret nur wenige, gemeint sind alle! Einige als kriminell darzustellen, heißt: Alle sollen eingeschüchtert werden!

Die Ermittlungsunterlagen beweisen dies. In Rosenheim wurde jede kleinste politische Bewegung registriert, bespitzelt und aufgelistet. Fragwürdige Konstruktionen müssen herhalten um die Rosenheimer Bewegung zu kriminalisieren und zu vernichten. So wird dieser Fall vor einem Schöffengericht verhandelt. (Bei Verhängen von Freiheitsstrafen von über einem Jahr muß von einem Schöffengericht verhandelt werden.)

AG SPAK
Kistlerstr. 1
8 München 90

sozialarbeit/sozialpolitik

J.Singhartinger
AIDS ALS ANLASS – KONTROLLE ALS KONZEPT
Entwicklungen am Beispiel des Strafvollzugs
ISBN 3-923 126-48-4
ersch.: Okt. 1987
ca. 150 Seiten
M 82 – ca. DM 18,–

Über Aids werden repressive Maßnahmen vor allem in Bevölkerungsgruppen legitimiert, die ohnehin schon massivem gesellschaftlichem Druck oder juristischen Sanktionen ausgesetzt sind. Der Umgang mit der Krankheit ist symptomatisch für den Umgang diser Gesellschaft mit ihren sozialen Problemen. Das Buch geht sehr vielschichtig an die Lawine gesellschaftlicher (Über-)Reaktionen heran, die die Panik um Aids aus(ge)löst (hat) und zeichnet mögliche Entwicklungen zu einem von einer breiten Masse getragenen Kontrollstaat vor.

Knut Papendorf
GESELLSCHAFT OHNE GITTER
Eine Absage an die traditionelle Kriminalpolitik
220 Seiten
M 67 – D[illegible]2,–

Das Buch versucht anhand der Praxis der skandinavischen Gefangenenbewegung mögliche Wege und Strategien hin zur Gefängnisabschaffung aufzuzeigen.

Thomas Mathiesen
MACHT UND GEGENMACHT
Überlegungen zu wirkungsvollem Widerstand
186 Seiten
DM 22,–
ISBN 3-923 126-35-2

Der zentrale Wert des Buches liegt in der Entwicklung von Strategien aufgrund einer systematischen Analyse. Überlegungen, die für die sozialen Bewegungen oder für die grün-bunt-alternativen Diskussionen hier sicherlich wichtig, wenn nicht gar notwendig sind.

Letzte Meldung:

Am 14./15. November 1987 soll in Höchstadt an der Aisch (etwa 40 km nordwestlich von Nürnberg) der nächste NPD-Bundesparteitag stattfinden. Verhinderung ist angesagt. Informiert Euch über geplante Gegenaktionen.

HERGEHÖRT!

Lautsprecher, Mikrofone, Verstärker von Disco bis Studio. Große Auswahl – kleine Preise. Alles zum Ausprobieren, Mieten und sogar zum Kaufen.

SPONTON

Tontechnik
Neureutherstr. 18
☎ 271 83 72
Mü 40

klassenkämpferisch, subversiv gegen Macht und Ohnmacht !

Bunt & Billig-Druck

Eins-Ⓐ-Qualitaet

☎: 912569

F. Henzler, Weichselstr 14
8000 münchen 80

Kegeln, Flippern, Billiard!

Kegel

im
KREITTMAYRHOF
geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr

8000 München 2, Kreittmayrstr 15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

K.O. BACK

Vollwertbäckerei

Kollektiv ökologische Backwaren GmbH

SCHWABING — Conradelindenstr. 1, Bäckerei + Laden, Mo-Vormittag + Do. Nachmittag ZU

HAIDHAUSEN — Holzstr. / Ecke Kellerstr., Stehcafé + Laden, Mo-Vormittag ZU

DIREKTVERTRIEB — TEL: 365567, Montags von 17⁰⁰-22⁰⁰

AIZ BIOBAU GmbH

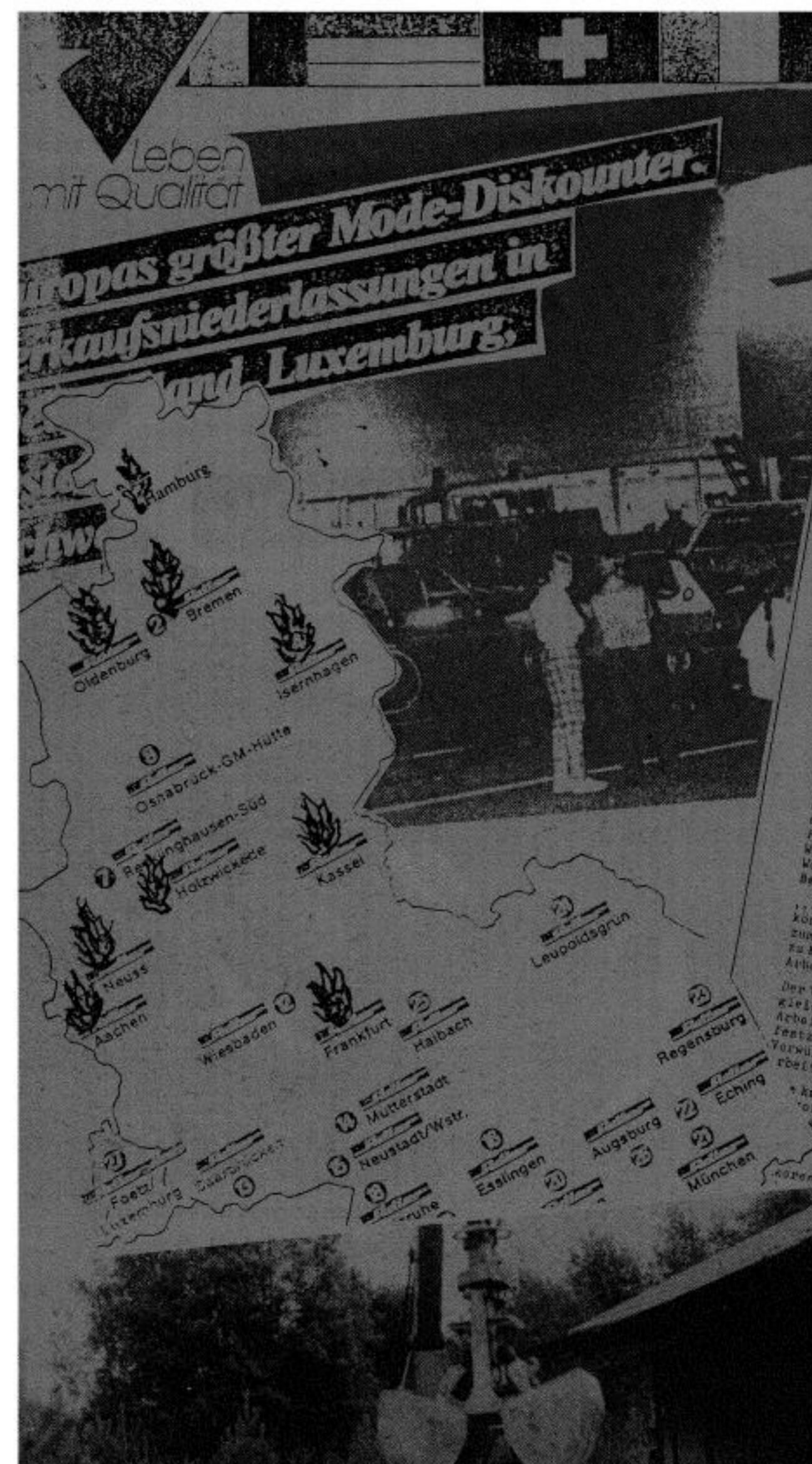
Renovierungen
Um- und Neubauten
in biologischer Bauweise
Baubiologische Beratung

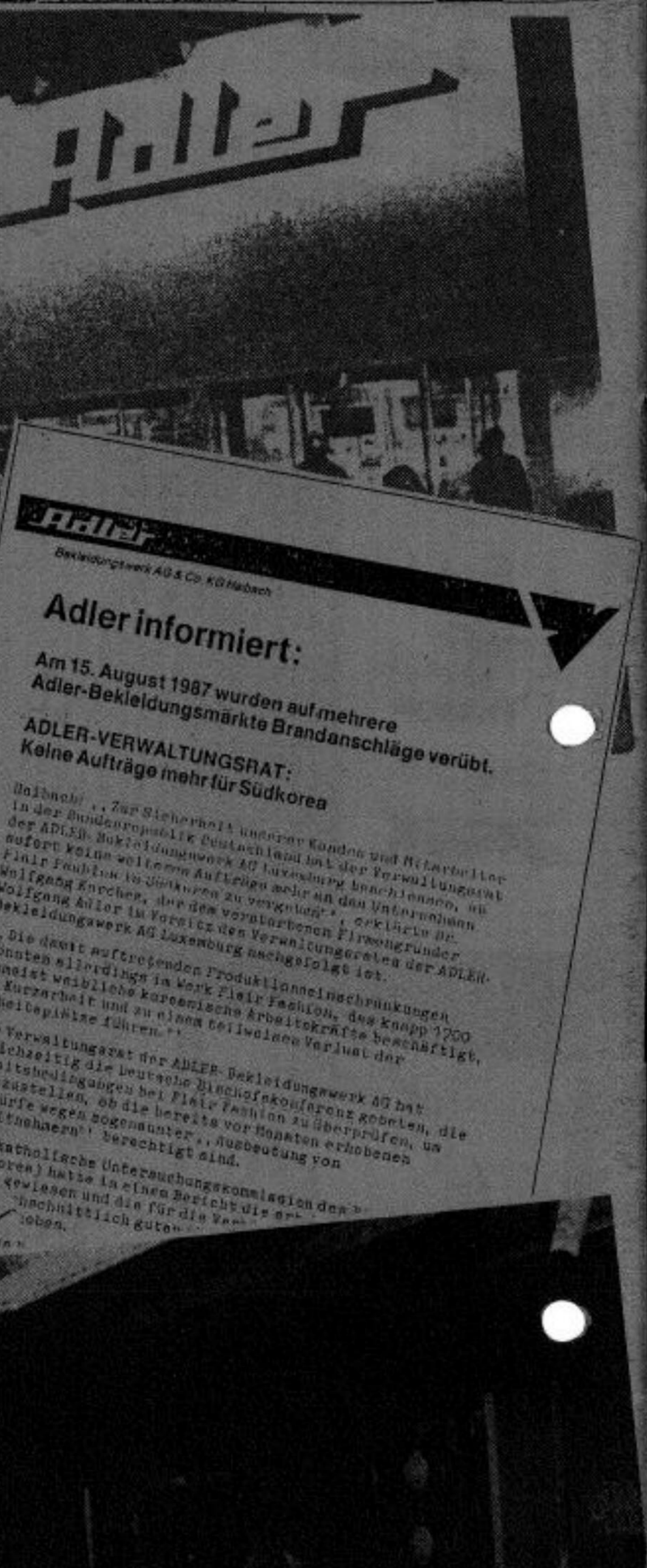
Reifenstuelstr. 6
8000 Munchen 5
Tel. 768036
und 776800

Leben mit Qualität

Europas größter Mode-Diskounter.

1.200 Verkaufsniederlassungen in Deutschland und Luxemburg.





ADLER

Bekleidungswerk AG & Co. KG Halbach

Adler informiert:

Am 15. August 1987 wurden auf mehrere Adler-Bekleidungsmärkte Brandanschläge verübt.

ADLER-VERWALTUNGSRAT: Keine Aufträge mehr für Südkorea

Halbach. „Zur Sicherheit unserer Kunden und Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland hat der Verwaltungsrat der ADLER-Bekleidungswerk AG Luxemburg beschlossen, in Fleir Fashion in Südkorea zu verkaufen", erklärte Dr. Wolfgang Knochen, der den verantwortlichen Firmengründer Wolfgang Adler im Verwaltungsrat der ADLER-Bekleidungswerk AG Luxemburg nachgefolgt ist.

„Die damit auftretenden Produktionseinschränkungen könnten allerdings in Werk Fleir Fashion, das knapp 1200 zumeist weibliche koreanische Arbeitskräfte beschäftigt, zu Kurzarbeit und zu einem teilweisen Verlust der Arbeitsplätze führen."

Der Verwaltungsrat der ADLER-Bekleidungswerk AG hat gleichzeitig die deutsche Bischofskonferenz gebeten, die Arbeitsbedingungen bei Fleir Fashion zu überprüfen, um festzustellen, ob die bereits vor Monaten erhobenen Vorwürfe wegen sogenannter „Ausbeutung von Arbeitnehmern" berechtigt sind.

* Katholische Untersuchungskommission des [illegible] hatte in einem Bericht die [illegible] bemängelt und die für die [illegible] durchschnittlich gute [illegible] gehalten.

Stromverteilerstation der OBAG in die Luft gesprengt
Polizei vermutet militante Kernkraftgegner als Täter

Bei Explosion im Innenraum wurden Einrichtung und Gebäude zerstört / Mindestens eine Million Schaden